

ENGELBERG/RÖSSLER/WACHTLER

ZUR GESCHICHTE
DER SÄCHSISCHEN
BERGARBEITER
BEWEGUNG

NZ
15670
eng

ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN
BERGWERKSCHAFTSBEWEGUNG



SLUB

Wir führen Wissen.



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

174 1/2

10

170

ENGELBERG / RÖSSLER / WACHTLER

ZUR GESCHICHTE DER SACHSISCHEN BERGARBEITERBEWEGUNG

Rückgabe spätestens am

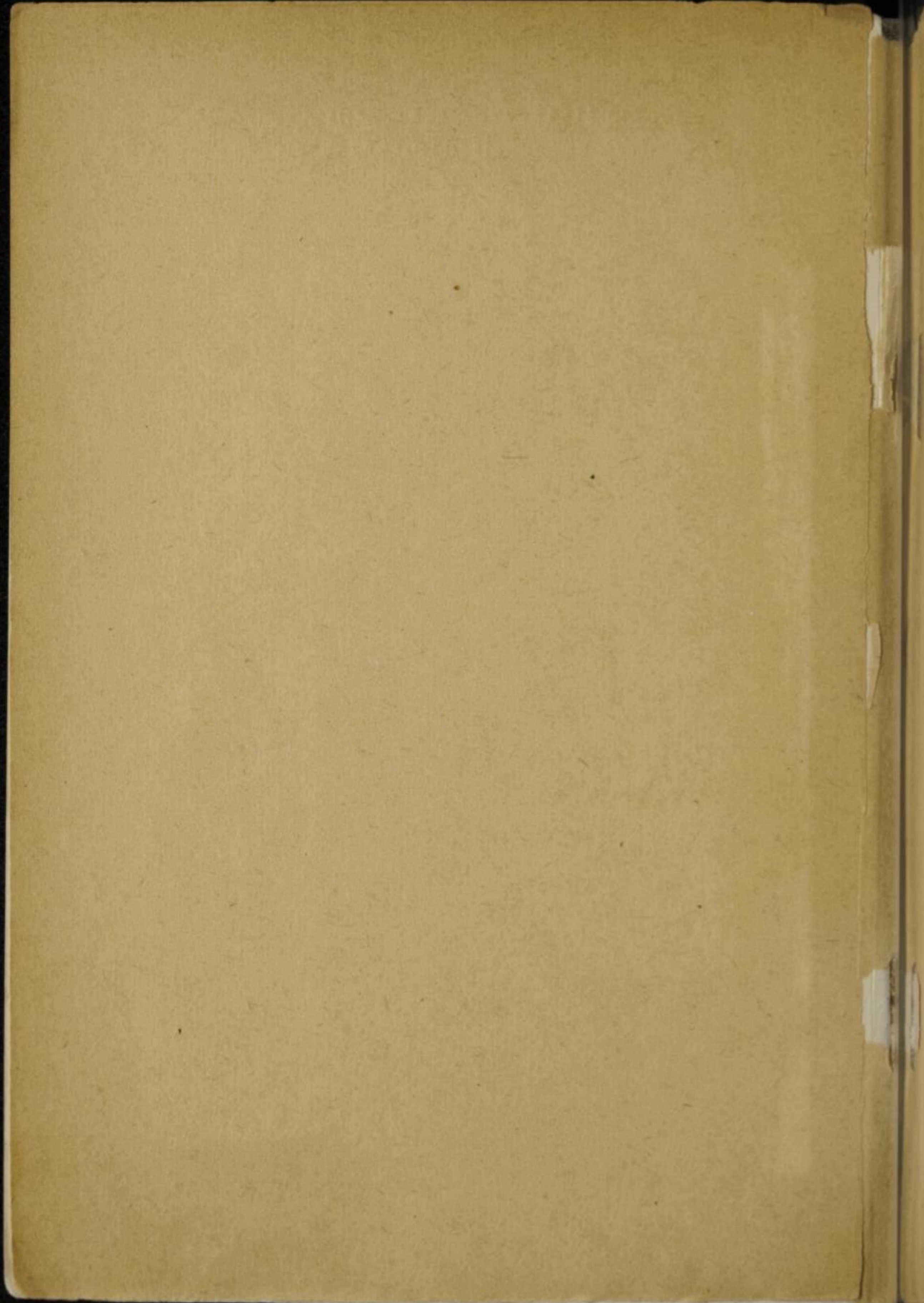
SA: 425931

Buch beschädigt!

STEHT IM LESESAAL

FZ DIN 1500

ekz Best.-Nr. 806642.1



PROFESSOR DR. ERNST ENGELBERG
HORST RÖSSLER · EBERHARD WÄCHTLER

ZUR
GESCHICHTE DER
SÄCHSISCHEN
BERGARBEITERBEWEGUNG

1954

TRIBUNE · VERLAG UND DRUCKEREIEN DES FDGB · BERLIN

NZ

15670

eng

Technische Universität
Chemnitz - Zwickau
Universitätsbibliothek

S1

425931 Ls



~~87947~~

Alle Rechte vorbehalten • Tribüne Verlag und Druckereien des FDGB • Berlin N4, Chausseestr. 123/124
Satz, Druck und Buchbindearbeit : Tribüne • Druckerei I • Dresden III-9-2 638 2 - 390/17/54 - Bv 227 - 5 - 1054

Vorwort

Auf dem Kongreß der Historiker der Deutschen Demokratischen Republik im Juni 1952 wurde vom Vertreter des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Recht gefordert, daß sich die Historiker weit mehr als bisher mit der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und der einzelnen Betriebe beschäftigen.

Die vorliegende Schrift befaßt sich mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter der Steinkohlenreviere Sachsens, insbesondere Oelsnitz-Lugaus, in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, nicht zuletzt auch mit den lange Zeit sehr wenig bekannten Beziehungen zwischen den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus und den Lugauer Bergarbeitern. Die Verfasser dieser Schrift sind bemüht, den Kampf um die Durchsetzung der revolutionären Prinzipien des Marxismus in der Arbeiterbewegung im engsten Zusammenhang mit dem Massenkampf des Proletariats zu zeigen.

Unsere Schrift, die vor allem dem revolutionären Kampf der Bergarbeiter in Vergangenheit und Gegenwart gewidmet ist, will zugleich eine kleine Erinnerungsgabe anlässlich der 85. Wiederkehr der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im August 1869 in Eisenach sein.

Als Einleitung zur Arbeit von Horst Rößler und Eberhard Wächtler diene die Festrede, die ich am 5. Mai 1953, im Karl-Marx-Jahr, in Lugau vor Kumpeln des Oelsnitz-Lugauer Steinkohlenreviers gehalten habe. Horst Rößler, der im Rahmen des nationalen Aufbauwerkes im Kreis Stollberg an der Erforschung der Heimatgeschichte und speziell der Geschichte der

Arbeiterbewegung im niederen Erzgebirge arbeitet, und Eberhard Wächtler, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichte des deutschen Volkes an der Karl-Marx-Universität, haben unter meiner Leitung die Zeitungs- und Archivmaterialien in bezug auf die Oelsnitz-Lugauer Bergarbeiterbewegung der 50er und 60er Jahre durchgearbeitet. Die aus diesen Materialien zitierten Stellen sind selbstverständlich in moderner Schreibweise wiedergegeben.

Wir haben vor allem folgenden Archiven zu danken: dem Sächsischen Landeshauptarchiv Dresden, dem Stadtarchiv Zwickau, dem Stadtarchiv Stollberg und den Betriebsarchiven des Karl-Liebknecht-Werkes und des Werkes „Deutschland“ in Oelsnitz. Des ferneren danken wir Herrn Dr. Bruno Kaiser im Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut in Berlin und Herrn Dr. Feyl in der Universitätsbibliothek der Friedrich-Schiller-Universität Jena für die Überlassung wertvoller Zeitungsmaterialien. Horst Rößler und Eberhard Wächtler werden die Erforschung und Darstellung der Geschichte der Bergarbeiterbewegung des Oelsnitz-Lugauer Steinkohlenreviers über das Jahr 1870 hinaus bis zur Gegenwart fortsetzen.

Juni 1954

Prof. Dr. Ernst Engelberg

I

Ernst Engelberg

Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, und die sächsischen Bergarbeiter*

Heute vor 135 Jahren wurde der größte Sohn des deutschen Volkes, Karl Marx, in Trier geboren. In ihm ehren wir einen Riesen an Wissen und schöpferischem Geist und einen gewaltigen Revolutionär, der der Arbeiterklasse und damit der Menschheit Weg und Ziel ihrer Befreiung zeigte. Hier in Lugau haben wir noch besondere Veranlassung, Karl Marx zu ehren, und können seiner in einem besonderen Zusammenhang gedenken. Denn es waren Lugauer Bergarbeiter, die in Karl Marx einen wahrhaften Freund und großen Führer des Proletariats erkannt hatten und sich deshalb Ende 1868 als erste deutsche Arbeiter der 60er Jahre an ihn persönlich um politischen Rat und Hilfe wandten und diesen Rat und diese Hilfe von Karl Marx und seinem Freunde Friedrich Engels auch erhielten. Die Bergarbeiter von heute werden deshalb mit Stolz und besonderer Dankbarkeit Karl Marx ehren, zugleich mit dem Willen, aus seinem kämpferischen Leben und seinen wegweisenden Schriften erhöhte Kraft zu schöpfen für den schweren Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Frieden und um den Aufbau des Sozialismus.

Wie wurde nun Karl Marx zu dem gewaltigen Revolutionär, der dem theoretischen Denken erstmals eine sichere wissenschaftliche Grundlage gab und dessen Lehre hunderte Millionen von Proletariern auf dem ganzen Erdball zu mobilisieren verstand? Er entstammte einer wohlhabenden und gebildeten Familie und besuchte und absolvierte die besten Bildungsstätten seiner Zeit — Gymnasium und Universität — und entwickelte seine reichen Begabungen schon sehr früh. Zugleich wuchs Marx in eine Zeit voller sozialer und politischer Gegensätze hinein, die einer Revolution entgegnetrieben. Die Junker herrschten nicht nur über die Bauern, Handwerker und Proletarier, sondern auch über die bürgerliche

* Festrede, gehalten am 5. Mai 1953 im Klubhaus des Karl-Liebknecht-Werkes in Lugau.

Klasse. Diese bürgerliche Klasse war an der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die bei aller grauenhaften Ausbeutung damals noch fortschrittlich war, durch zahllose veraltete Bestimmungen und Einrichtungen feudaler Art gehemmt, vor allem war sie aber gehemmt durch das Fehlen eines einheitlichen Nationalstaates: 39 Staaten, meist Klein- und Kleinststaaten, gab es in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Bourgeoisie brauchte einen nationalen Markt, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, das den Vormarsch der kapitalistischen Produktionsweise nicht durch verschiedene Münzen, Maße und Wirtschaftsgesetze hemmte; sie brauchte auch einen starken Staat, der dem deutschen Kaufmann im Ausland im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erst den nötigen Respekt zu verschaffen vermochte.

Zugleich mit den Widersprüchen zwischen Bourgeoisie und feudalbürokratischer Monarchie zeigten sich aber auch schon die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat. In Deutschland war also ein eigenartiger Knotenpunkt von Widersprüchen, der scharfsinnige, ehrliche und *mutige* Denker zu besonders radikalen Schlußfolgerungen führen mußte. So kam es, daß der ursprünglich *bürgerlich*-demokratische Revolutionär Karl Marx verhältnismäßig rasch zum *proletarischen* Revolutionär wurde.

Bereits 1843 hatte sich der 25jährige Karl Marx, nachdem er Chefredakteur der inzwischen verbotenen bürgerlich-demokratischen „Rheinischen Zeitung“ gewesen war, eindeutig auf das Proletariat hin orientiert und für das Proletariat Partei ergriffen; so war schon damals das Wichtigste in dem wissenschaftlichen Sozialismus, nämlich die Lehre von der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft, bereits von Marx erfaßt.

Bei Marx blieb es nicht bei Worten der Sympathie für das Proletariat. Seit dem Frühjahr 1844 nahm er Kontakt mit den Führern der französischen geheimen Arbeitergesellschaften auf, vor allem aber mit dem ebenfalls geheimen Bund der Gerechten, in dem sich die deutschen Handwerker gesellen, die kommunistisch eingestellt waren, organisiert hatten. Immer öfter besuchte er die Versammlungen der deutschen Handwerker in Paris.

Aber Marx trat in keine der damaligen revolutionären Geheimgesellschaften ein, weil er erkannt hatte, daß das Zusammenphantasieren von kommunistischen Zukunftsgesellschaften, das bloße *Schwärmen* für den Kommunismus, ohne die *Bedingungen der Befreiung* des Proletariats zu kennen, für die Arbeiterbewegung, zumindest auf die Dauer gesehen, *schädlich* ist.

Ohne den Kontakt mit den revolutionär gestimmten Handwerksgesellen und Arbeitern aufzugeben, galt es darum für ihn in erster Linie, in Auseinandersetzung mit den wichtigsten ideologischen Strömungen seiner Zeit — der klassischen deutschen Philosophie, der klassischen englischen politischen Ökonomie und dem französischen Sozialismus — die geschichtlichen Voraussetzungen und Bedingungen der Befreiung des Proletariats wissenschaftlich einwandfrei zu klären. Mit anderen Worten: Der utopische Sozialismus mußte durch den wissenschaftlichen Sozialismus ersetzt werden. Es genügte dem Proletariat nicht, zu wissen, daß es eine historische Mission zu erfüllen habe, nämlich im Endresultat seiner Kämpfe die klassenlose kommunistische Gesellschaftsordnung aufzubauen; es mußte auch wissen, *warum* es diese Mission zu erfüllen hat und erfüllen kann und welche historischen Etappen es in opfer- und mühevollen Klassenkämpfen zu durchschreiten hat, damit es zum Endziel gelangt.

Marx bekämpfte fortan alle politischen Marktschreier und Quacksalber aufs schärfste, die dem Proletariat einen leichten Sieg, womöglich den Sprung von heute auf morgen ins gelobte Land versprachen. Er bekämpfte jene Herrschaften, die die Illusion und die Lüge verbreiteten, als ob *im Kampfe um den Sozialismus* eine Verständigung mit der Bourgeoisie möglich sei. Immer wieder sagte er, daß das Proletariat harte, unerbittliche Klassenkämpfe bestehen müsse, wobei es nicht ohne Niederlagen und Rückschläge abgehen werde — Klassenkämpfe, in denen es sich selbst verändere und allmählich befähige, seine historische Mission zu erfüllen. Gemeinsam mit Friedrich Engels, mit dem ihn seit September 1844 eine unverbrüchliche, beispielhafte Freundschaft und Kampfgenossenschaft bis an sein Lebensende verbinden sollte, ging Marx nun daran, den wissenschaftlichen Sozialismus auszuarbeiten.

Wogegen sich Marx und Engels wehrten, das war die Vorstellung, daß der Sozialismus und der Kommunismus in ewig gültigen Ideen begründet seien, sagen wir einmal in der Idee von der unterschiedslosen Liebe der Menschen zueinander, über alle Klassenschranken und Klassengegensätze hinweg. Marx und Engels wollten von dieser — wie sie sagten — Liebessabbelei nichts wissen. Es fiel ihnen nicht ein, den Proletariern Liebe zu den Ausbeutern zu predigen; es fiel ihnen ebensowenig ein, den Ausbeutern gut zuzureden und von ihnen Liebe zu den Menschen und Verständnis für die Not der Arbeiter zu erhoffen.

Nein, Marx und Engels wußten schon damals, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß.

Die wichtigste Voraussetzung für die Befreiungsbewegung des Proletariats

war und ist, daß es zur geschichtlichen Selbsterkenntnis und zum Selbstbewußtsein erzogen wird. Wenn Karl Marx und Friedrich Engels den historischen Materialismus, wonach die Produktion und die Entwicklungsstufen der Produktion die Grundlage der Geschichte sind und nicht der Entwicklungsprozeß irgendwelcher Ideen — wenn sie also den historischen Materialismus entwickelten und ausbauten, wenn sie ferner durch die Entdeckung des Mehrwerts den Charakter der Ausbeutung der Arbeiter wissenschaftlich erklärten, dann taten sie dies, um dem Proletariat zu zeigen, *warum* es berufen ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu vernichten. „Der bisherige Sozialismus“, so führte Engels später aus, „kritisierte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Je heftiger er gegen die von ihr unzertrennliche Ausbeutung der Arbeiterklasse eiferte, desto weniger war er imstande, deutlich anzugeben, worin diese Ausbeutung bestehe und wie sie entstehe. Es handelte sich aber darum, die kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Unterganges, darzustellen, andererseits aber auch ihren inneren Charakter bloßzulegen, der noch immer verborgen war. Dies geschah durch die Enthüllung des *Mehrwerts*. Es wurde bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist.“¹

Die Herausbildung des historischen Materialismus und einer ganz neuen politischen Ökonomie waren für Marx und Engels nicht bloß eine wissenschaftliche Angelegenheit, sondern dienten am Ende dazu, dem Proletariat das Bewußtsein seiner besonderen Klassenlage zu vermitteln, es zu befähigen, sich zu befreien und die Welt revolutionär zu verändern. Die Theorie war bei Marx und Engels stets auf die Praxis ausgerichtet. Sie waren aus *wissenschaftlicher Überzeugung Revolutionäre* und wollten deshalb auch das Proletariat im revolutionären Geiste erziehen. Marx formulierte dies in jenen Jahren einmal sehr scharf: „... das Proletariat hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch weit nötiger als sein Brot.“

Marx und Engels wollten jedoch dem Proletariat nicht nur sagen, *warum* es eine historische Mission zu erfüllen hat, nämlich *warum* es die kapita-

¹ Fr. Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, in Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 125.

listische Produktion in seinem eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Menschheit zu vernichten hat; zum wissenschaftlichen Sozialismus gehört es auch, im Unterschied zum utopischen Sozialismus, die *Bedingungen* der Befreiung des Proletariats zu zeigen; es gehört zum wissenschaftlichen Sozialismus, daß dem Proletariat auch der *Weg* zu seiner Befreiung gewiesen wird. Da kamen ja immer die Opportunisten in der Arbeiterbewegung und erklärten den Revolutionären: „Im Ziel sind wir uns doch einig; das ist doch die Hauptsache. Wenn wir uns über den Weg zum Ziel nicht oder noch nicht einig sind, dann ist das nicht schlimm.“ Das waren gefährliche Anschauungen, die gerade in der deutschen Arbeiterbewegung dazu führten, daß die Opportunisten in den Arbeiterorganisationen, insbesondere in der Partei des Proletariats, geduldet wurden und ihnen Gelegenheit gegeben wurde, die Arbeiter zu verwirren und sie den herrschenden Klassen dienstbar zu machen.

Es ist doch klar, daß es zum Sozialismus hin *grundsätzlich* keine verschiedenen Wege geben kann; auch da gibt es keine verschiedenen Wahrheiten. Der einzig richtige, durch die historische Erfahrung immer wieder als richtig erwiesene Weg zum Sozialismus ist das Befolgen des Prinzips, als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus die politische Macht durch das Proletariat zu erringen und die Ausbeuterklasse durch das Proletariat niederzuhalten. Natürlich vollzieht sich die Eroberung und Ausübung der Herrschaft des Proletariats je nach den besonderen historischen Bedingungen und je nach den besonderen Bedingungen in den einzelnen Ländern in verschiedenen *Formen*. In jedem Fall aber Eroberung der Herrschaft des Proletariats — um diese *politische* Revolution kommt kein Proletariat, wenn es den Sozialismus aufbauen will. Da gibt es weder einen besonderen deutschen, noch französischen, noch sonst einen besonderen Weg.

Marx und Engels bekämpften alle die kleinbürgerlichen Sozialisten und Agenten der Bourgeoisie, die zwar viel vom Sozialismus redeten, aber die Meinung verbreiteten, als ob der unversöhnliche Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die proletarische Revolution nicht notwendig seien. Im Kampf gegen die Einflüsse kleinbürgerlicher Ansichten in deutschen Handwerkerkreisen zu Paris erklärte Engels 1847, daß es „kein anderes Mittel“ zur Verwirklichung des Sozialismus als die vorherige Revolution gäbe.

Jedoch so sehr Marx und Engels die Notwendigkeit der proletarischen Revolution immer wieder hervorhoben, so sehr sie betonten, daß die bürgerliche Revolution keine wirkliche Befreiung der Menschen bringen

könne, so sehr bekämpften sie auch diejenigen, die meinten, die bürgerliche Revolution könne übersprungen werden. Es lag im Interesse des Proletariats, wenn die bürgerlich-demokratischen Freiheiten errungen und die Hauptfrage in Deutschland, nämlich die nationale Einheit, gelöst wurde; denn mit der Erringung bürgerlicher Freiheitsrechte und des nationalen Einheitsstaates verschaffte sich das Proletariat eine Kampfarena gegen die Bourgeoisie, in der es sich ungehinderter bewegen konnte. Es war nicht mehr gehindert durch die Grenzen und verschiedenen Gesetzgebungen von 39 Klein- und Kleinststaaten, nicht mehr gehemmt durch die polizeilichen Plackereien, die von der Feudalbürokratie ausgingen. Es hatte auch dann nur noch mit *einem* Feinde, der Bourgeoisie, zu tun. Die Situation von heute ist sicherlich anders als die Lage in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber auch heute kann das deutsche Proletariat nicht auf den Kampf um die deutsche Einheit verzichten.

Marx und Engels hatten besonders von 1846 ab ihre wissenschaftliche Lehre von der Befreiung des Proletariats in einer regen publizistischen Tätigkeit propagiert — immer im scharfen Kampf gegen bürgerliche, reaktionäre, konterrevolutionäre Einflüsse. Das hat die damals bestehenden deutschen Arbeiterorganisationen, insbesondere den Londoner Bund der Gerechten, aufs tiefste beeinflußt. So konnte die Mehrheit des Bundes der Gerechten während zweier Kongresse im Jahre 1847 für die Ansichten von Marx und Engels gewonnen werden. Der *Bund der Gerechten* verwandelte sich in den *Bund der Kommunisten*. Er bildete die erste proletarische Partei, die über ein wissenschaftlich fundiertes und einwandfreies Programm verfügte; denn Karl Marx wurde beauftragt, für diesen Bund der Kommunisten das weltberühmte, unvergängliche „*Manifest der Kommunistischen Partei*“ zu verfassen. Damit begann die Verschmelzung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus.

Das Kommunistische Manifest stellt eine großartige Zusammenfassung der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus dar und gilt deshalb mit Recht als die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus und Kommunismus.

Das Kommunistische Manifest erschien am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848. Deshalb waren seine taktischen Richtlinien außerordentlich wichtig: „In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei“, — so heißt es in dem Schlußkapitel des Kommunistischen Manifestes —, „sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und

die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.“

Jawohl, Marx und Engels verlangten, daß das Proletariat die Bourgeoisie, wenn sie gegen die Feudalbürokratie revolutionär auftritt, politisch unterstützt — wobei aber das Proletariat als eine selbständige, seiner besonderen antibourgeoisien Ziele bewußte Macht auftritt. Die Bourgeoisie im antifeudalen Kampf unterstützen hieß nicht, daß sich das Proletariat in deren Schlepptau nehmen lassen sollte.

Und wenn wir heute für die Einheit Deutschlands und für die bürgerlich-demokratischen Rechte in Westdeutschland kämpfen, dann heißt das nicht, daß wir hier in der Deutschen Demokratischen Republik darauf verzichten, den Sozialismus aufzubauen. Im Gegenteil, es zeigt sich schon jetzt, daß der Aufbau des Sozialismus die unter Führung des Proletariats stehende nationale Bewegung stärkt.

Nach den im Kommunistischen Manifest gegebenen taktischen Richtlinien handelten Marx, Engels und die führenden Mitglieder des Bundes der Kommunisten während der Revolution von 1848/49 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und in den Arbeitervereinen. Das Kommunistische Manifest ergänzten sie zu Beginn der Revolution von 1848, indem sie als politische Linie für ihr Handeln in der Revolution noch ein besonderes Aktionsprogramm, die „17 Forderungen der Kommunistischen Partei“, herausbrachten. An der Spitze dieses Aktionsprogramms stand die Forderung nach der „einen, unteilbaren Republik für ganz Deutschland“.

Marx und Engels erwiesen sich damals als die konsequentesten deutschen Patrioten, indem sie — als Ergebnis einer Volksrevolution gegen die feudalen Kräfte und Mächte innerhalb und außerhalb Deutschlands — einen einheitlichen deutschen Nationalstaat forderten, der mit der jahrhundertelangen deutschen Kleinstaaterei ein für allemal aufräumen sollte. Sie unterstützten jede Bewegung während der Revolution, die geeignet war, ihre revolutionär-patriotischen Ziele zu fördern. So beteiligten sich führende Mitglieder des Bundes der Kommunisten, voran Friedrich Engels, an den Endkämpfen der Revolution im Jahre 1849, an jener Reichsverfassungskampagne, in der versucht wurde, die deutsche Einheit

mit der Waffe in der Hand gegen die Konterrevolution, insbesondere gegen das reaktionäre Preußen, zu retten. Engels schrieb darüber unmittelbar nach der Revolution: „Die Partei des Proletariats war ziemlich stark in der badisch-pfälzischen Armee vertreten, besonders in den Freikorps, wie im unsrigen, in der Flüchtlingslegion usw., und sie kann ruhig alle anderen Parteien herausfordern, auf nur einen einzigen ihrer Angehörigen den geringsten Tadel zu werfen. Die entschiedensten Kommunisten waren die couragiertesten Soldaten.“²

Die Revolution von 1848/49 scheiterte, weil das Proletariat noch zu schwach und unentwickelt war, um die Führung zu übernehmen — die Bourgeoisie hingegen feige und verräterisch ihre politische Unmündigkeit dem revolutionären Kampf gegen die Feudalen und die absolute Monarchie vorzog.

Marx und Engels wurden nach dem Sieg der Konterrevolution ins Exil getrieben. Für Marx selbst begann jetzt eine Zeit fruchtbarer wissenschaftlichen Arbeitens, aber auch eine Zeit bitterster Not und namenlosen Leids: drei seiner Kinder starben innerhalb von fünf Jahren, er selbst und seine Familie wurden immer wieder von Krankheit heimgesucht. Die Not war oft so groß, daß er nicht ausgehen konnte, weil seine Röcke auf dem Pfandhaus waren.

Aber, so schrieb seine Frau: „Er hat noch nie, selbst in den schrecklichsten Momenten, die Sicherheit der Zukunft . . . verloren.“³ Die Sicherheit der Zukunft konnte er deshalb nicht verlieren, weil er für das sich entwickelnde Neue, für das Aufwärtstrebende Partei ergriffen hatte. Er wußte, daß sich das Proletariat, dem er all sein Denken und Handeln, sein ganzes Leben widmete, auch nach diesen Rückschlägen, die es nach der Niederlage der Revolution erlitten hatte, in noch umfassenderen Klassenkampfarmeen wieder erheben wird.

Und in der Tat, auf der Grundlage des gewaltigen Fortschritts von Industrie und Handel während der fünfziger und sechziger Jahre, auf der Basis der Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Klassen in allen mittel- und westeuropäischen Ländern und der Wiederbelebung nationaler Bewegungen (Italien, Deutschland, Polen) erstarkte in den sechziger Jahren die internationale Arbeiterbewegung von neuem. So kam es im September 1864 zur Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der I. Internationale. Sogleich stürzte sich Marx wieder in den praktischen

² Fr. Engels, „Die deutsche Reichsverfassungskampagne“, London 1850; in: Marx, Engels, Lenin, Stalin, „Zur deutschen Geschichte“, Bd. II, 1. Halbband, S. 549.

³ Jenny Marx an Joseph Weydemeyer, 20. Mai 1850, in: Karl Marx, „Eine Sammlung von Erinnerungen und Aufsätzen“, Berlin 1947, S. 16/17.

politischen Kampf. Er wurde die Seele dieser I. Internationale (I. A. A.). Hatte die revolutionäre Tätigkeit Karl Marx' in der Revolutionszeit um 1848 vor allem durch das Kommunistische Manifest und die „Neue Rheinische Zeitung“ den ersten Höhepunkt erreicht, so waren die Schaffung und Führung der I. Internationale und die Herausgabe des „Kapitals“ der zweite Höhepunkt in Karl Marx' kämpferischem Leben für die Sache des revolutionären Proletariats.

Marx hatte es in der I. Internationale mit Arbeiterorganisationen der verschiedensten Art, Größe und Ideologie zu tun. Sie alle zusammenzufassen — das war keine leichte Aufgabe. Karl Marx stellte sich bei der Abfassung der Inauguraladresse (das heißt des Programms) und der Statuten der I. Internationale die Aufgabe, diesen verschiedenen Arbeiterorganisationen ein solches Programm zu geben, das ihnen ermöglichen sollte, *gemeinsam* in der Richtung auf die proletarisch-sozialistische Revolution hin zu marschieren.

Alle die verschiedenartigen Arbeiterorganisationen, die sich 1864 zu einem internationalen Kampfbund zusammenschlossen, waren sich in einem wesentlichen Punkt einig: in der Idee der *Selbständigkeit* der Arbeiterklasse gegenüber allen anderen Klassen, insbesondere natürlich gegenüber der Bourgeoisie. Davon ging Marx aus und stellte deshalb in den Erwägungsgründen zu den Statuten den Satz voran: „*Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.*“

Daraus ergaben sich die zentralen Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes gleichsam von selbst: *Die Idee der Eroberung der politischen Macht* durch die Arbeiterklasse, die Marx als ihre „große Pflicht“ bezeichnete, und die *Idee der politischen Partei des Proletariats*, die der Erkämpfung dieses Zieles dient. Nachdem im Programm und in den Statuten die entscheidenden Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes festgelegt worden waren, galt es, sie weiter in das Bewußtsein der organisierten Arbeiterklasse eindringen zu lassen und sie noch eindringlicher und schärfer zu formulieren. Dies geschah beispielsweise in der Resolution über die Gewerkschaftsfrage, die von Marx verfaßt und auf dem Genfer Kongreß 1866 angenommen worden ist.

Diese Resolution richtete sich nicht nur gegen die *Gewerkschaftsfeinde* innerhalb der französischen und deutschen Arbeiterbewegung (zum Beispiel gegen die Lassalleaner), sondern auch gegen die *Nur-Gewerkschafter*, die sich in ihrem Kampf auf die nächsten Tagesziele, auf die Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit beschränken wollten. Marx verlangte statt dessen auch den „Angriff auf das System der Lohnsklaverei und gegen

die heutige (das heißt die kapitalistische) Produktionsweise“. Marx verlangte, daß die Arbeiterklasse ihr revolutionäres Ziel nie aus dem Auge verliert, genauso wie er im Kommunistischen Manifest erklärte: *Die Kommunisten „vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“*. Außerdem erklärte er von neuem, daß die Konstituierung der Arbeiterklasse *„als politische Partei unerlässlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels — Abschaffung der Klassen“*. In dieser Genfer Resolution über die Gewerkschaftsfrage wurden also folgende Prinzipien noch einmal eindringlich festgelegt und in aller Schärfe ausgesprochen:

1. Das Prinzip der Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf — ein Prinzip, das heute für Westdeutschland von besonders aktueller Bedeutung ist;
2. die Notwendigkeit, eine politische Partei der Arbeiterklasse zu bilden als höchste Klassenorganisation, als dem Organisator und dem Garanten des Sieges der Arbeiterklasse;
3. das sozialistische Ziel wurde durch den Hinweis auf die „Abschaffung der Klassen“, auf die Notwendigkeit des Angriffs auf das *System* der Lohnsklaverei hervorgehoben.

In der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder wuchs die Autorität der I. Internationale immer mehr, was nur möglich war, weil sie sich nicht darauf beschränkte, bloß Propagandagesellschaft zu sein, sondern weil sie die politischen und ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse aktiv unterstützte und leitete, besonders im Krisenjahr 1867.

In jenem Jahr erschien auch das wissenschaftliche Hauptwerk von Karl Marx, der erste Band des „Kapitals“, ein Werk, das durch seine Gelehrsamkeit, seinen Scharfsinn, gepaart mit revolutionärer Leidenschaftlichkeit und Parteilichkeit, jedermann, der sich mit diesem gewaltigen Werk vertraut machte, in Staunen versetzte. Jetzt war die Überlegenheit derjenigen Wissenschaft, die sich für die revolutionäre Sache des Proletariats einsetzte, gegenüber der bürgerlichen Wissenschaft eindeutig bewiesen. Im „Kapital“ wurde das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung in allen ihren Seiten und Phasen in wissenschaftlich unwiderleglicher Beweisführung enthüllt. Im „Kapital“ wurde auch die Notwendigkeit des Untergangs des Kapitalismus, hervorgerufen durch die stets wachsende Konzentration und die revolutionäre Aktion des Proletariats, nachgewiesen. Die bürgerlichen Wissenschaftler und die bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung haben sich jahrzehntelang, bis in unsere Tage hinein, vergeblich abgemüht, Karl Marx zu widerlegen. Sie haben dabei nur ihre

Unwissenschaftlichkeit an den Tag gelegt und wurden durch die geschichtlichen Erfahrungen ins Unrecht gesetzt.

Das „Kapital“ hatte und hat noch eine große nationale Bedeutung für das deutsche Volk, und zwar in einem doppelten Sinne. Erstens: Indem Marx die Erfahrungen und die Ergebnisse des Kampfes der englischen Arbeiterklasse den deutschen Arbeitern vermittelte, zeigte er dem deutschen Volk die Möglichkeit, wie es das Elend und die Schrecken der kapitalistischen Produktionsweise rascher überwinden kann. Marx wies auf diese Bedeutung des „Kapitals“ ausdrücklich hin, wenn er im Vorwort erklärte: „Eine Nation soll und kann von der andern lernen.“ Zweitens: Mit dem Erscheinen des „Kapitals“ hat Karl Marx die deutsche Wissenschaft auf eine bisher nie gekannte Höhe gehoben. Die Anwürfe, daß Marx und seine Anhänger die Internationale beherrschen, wies er durch Hinweise auf die Zusammensetzung des Generalrats zurück, fügte aber hinzu, daß sich eben in der Internationale die Überlegenheit der *deutschen* Wissenschaft geltend mache.⁴ Diese Überlegenheit war dabei in erster Linie dem „Kapital“ zu verdanken. Es ist klar, daß eine neue Blüte der deutschen Wissenschaft nur dann möglich ist, wenn wir uns auf unsere beste wissenschaftliche Tradition, den Marxismus, stützen und dabei die Lehre von Lenin und Stalin, die eine Weiterentwicklung des Marxismus darstellt, vollauf berücksichtigen.

Wie hat nun Marx in den sechziger Jahren auf die deutsche Arbeiterbewegung gewirkt?

Er hatte es nicht leicht, weil in der ersten Hälfte der sechziger Jahre die politische Arbeiterbewegung in Deutschland von Lassalle und dem Lassalleanismus beherrscht wurde. Dieser hat Anschauungen und Vorstellungen unter den politisch bewußten und aktiven Arbeitern verbreitet, die den Marxschen revolutionären Prinzipien entgegengesetzt waren.

Lassalle trat offen für Klassenversöhnung ein (so wehrte er sich gegen den Vorwurf, er habe Zwiespalt zwischen die Besitzenden und Besitzlosen geworfen); Lassalle hat den ökonomischen Kampf und die Herausbildung von Gewerkschaften mit scheinradikalen Begründungen sabotiert; Lassalle hat die Illusion verbreitet, als ob das preußische Königtum dem Prole-

⁴ Marx an Bolte (23. November 1871): „Das deutsche Element ist im Council numerisch zwei Drittel schwächer als das englische und ditto schwächer als das *französische*. Die Sünde besteht also darin, daß die englischen und französischen Elemente *theoretisch* vom deutschen Element beherrscht sind (!) und diese Herrschaft, i. e. die deutsche Wissenschaft, sehr nützlich und selbst unentbehrlich finden.“

tariat Hilfe geben könnte und hat die Auffassung vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus, ohne Revolution, ohne Zerschlagung des bestehenden Staates der Ausbeuter verbreitet; mehr noch: er meinte, daß das allgemeine Wahlrecht die Revolution ersetzen könnte.

So stand es mit dem *Lassalleanismus*, der die Köpfe der Arbeiter verwirrte; jene Arbeitervereine aber, die den königlich-preussischen Sozialismus der Lassalleaner nicht mitmachten und die hauptsächlich in Sachsen stark verbreitet waren, kamen erst nach einigen Jahren auf den revolutionären Weg; auch in diesen Arbeitervereinen wurde zuerst noch Klassenversöhnung gepredigt; sie wurden noch stark von bürgerlichen Liberalen und kleinbürgerlichen Demokraten beeinflusst und ins Schlepptau genommen. Darum meinte auch Engels etwas unwillig, daß es in Deutschland zu wenig Proletarierstolz gäbe.

Aber die elementaren Bedürfnisse und der elementare Kampfwille der Arbeiter waren stärker als jene Arbeiterorganisationen, die die Arbeiter entweder an die preussische Reaktion verrieten oder die sich der kleinbürgerlichen Ideologie und Politik unterwarfen. Immer stärker wollten die Arbeiter um ihre Lebensrechte kämpfen.

August Bebel trat 1866 der I. Internationale bei; Wilhelm Liebknecht, 1865 nach seiner Ausweisung aus Berlin nach Sachsen kommend, war schon längst in Verbindung mit Karl Marx. Aber Bebel und Liebknecht zögerten noch, in den deutschen Arbeitervereinen, auch in den sächsischen Arbeitervereinen, wo ihr Einfluß besonders stark war, offen für den Anschluß an die I. Internationale einzutreten. Erst im Jahre 1868 konnten sie auf dem Verbandstag der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg den Beschluß durchsetzen, wonach der Verband der deutschen Arbeitervereine seine Übereinstimmung mit dem Programm der I. Internationale erklärte. Es ist kein Zufall, daß dieser für die deutsche Arbeiterbewegung bedeutsame Beschluß im Jahre 1868 gefaßt wurde. Während des Krisenjahres 1867 waren die Arbeiter besonders erbittert; da konnten die Apostel der Klassenversöhnung wenig ausrichten. Die Arbeiter sahen auch, wie die I. Internationale die Streiks in allen Ländern mit Rat und Tat unterstützte, wobei sie den Arbeitern bewußt machte, daß über den ökonomischen Tageskämpfen der Kampf um die politische Revolution nicht vergessen werden darf, die in ihrer ersten Etappe die feudalbürokratische Reaktion stürzen und die nationale Einheit schaffen muß. Auch erregte das Erscheinen des „Kapitals“ von Marx bei den klassenbewußten Arbeitern großes Aufsehen — so großes, daß zum Beispiel der lassalleanische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in seinen

Zeitungsorganen, aber auch auf seinen Kongressen davon Notiz nehmen mußte. Von da ab begann auch — wie Engels später feststellte — der Zersetzungsprozeß des typischen Lassalleanismus. Konnte Lassalle zu seinen Lebzeiten Karl Marx vor den deutschen Arbeitern verschweigen und die Traditionen des Bundes der Kommunisten und der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vergessen machen, so war das seinen Nachfolgern nach der Gründung der I. Internationale im Jahre 1864, nach dem Erscheinen des „Kapitals“ 1867, nicht mehr möglich.

Nach dem Nürnberger Beschluß über das Programm der I. Internationale folgten lange Zeit keine weiteren Schritte; der von Bebel und Liebknecht geführte Verband deutscher Arbeitervereine löste noch nicht seine enge Verbindung mit der kleinbürgerlichen Volkspartei; praktische Maßnahmen zum Anschluß des Verbandes an die I. Internationale wurden auch nicht getroffen, was viele revolutionäre Arbeiter ungeduldig machte. In dieser Situation erfolgte dann die bedeutsame *Intervention der Lugauer Bergarbeiter*. Sie wandten sich direkt an Karl Marx, schilderten ihm ihre Lage und baten um die Aufnahme in die I. Internationale.

Nicht umsonst gehörten die sächsischen Arbeiter zu den revolutionärsten Arbeitern in Deutschland. In Sachsen, das von jeher eines der industrie- und gewerbereichsten Gebiete Deutschlands war, machte die Industrie in den fünfziger und sechziger Jahren große Fortschritte. Und so sehr wir bedauerten, daß Bebel und Liebknecht lange zögerten, die Arbeitervereine zum Anschluß an die I. Internationale zu bewegen, so hat ihre politische Arbeit doch in hohem Maße dazu beigetragen, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter in Sachsen höher war als beispielsweise das der Arbeiter im Ruhrgebiet. Und was die Lugauer Bergarbeiter betrifft, so war es wiederum kein Zufall, daß *sie* die Initiative ergriffen und sich direkt an Karl Marx gewandt haben. Denn hier in Lugau war die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter brutaler, rücksichtsloser, unmenschlicher als in jedem anderen Revier. Die Löhne waren im wahren Sinne des Wortes Hungerlöhne; zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Darüber hinaus verstanden die Kapitalisten, mit der Lohnsumme zu wirtschaften, indem sie einen Teil der Löhne für die von den Arbeitern verausgabte Arbeitskraft erst Wochen später auszahlten. Das Pensionsgeld für die invaliden Arbeiter war auf dem Stand von Bettelpfennigen. Die unerhörte Ausbeutung wurde durch allerlei Schikanen der Zechenbeamten ergänzt und verschärft; so konnten diese Betriebsgewaltigen Geldstrafen für vermeintliche oder wirkliche Übertretungen der Betriebsordnung, die natürlich von den Kapitalisten diktiert war,

willkürlich verhängen. Auf der Zeche selbst waren die Arbeiter vollkommen rechtlos; irgendwelche kritischen Hinweise von Arbeitern auf Unzulänglichkeiten im Betriebe — selbst wenn sie auf Gefahren aufmerksam machten — wurden von den Zechenpaschas, angefangen vom Werkdirektor bis zu den Steigern, oft mit Entlassung geahndet. Arbeiter hatten eben bei diesen Fronvögten, wie sie einmal in einer Arbeiterkorrespondenz im „Demokratischen Wochenblatt“ genannt wurden, nichts zu melden.

Die hinterhältigste Methode, die Arbeiter in Ketten zu schlagen, war die Organisation der Knappschaftskasse. Jeder Zechenverein hatte seine eigene Knappschaftskasse, die in ihren Statuten bestimmte, daß Arbeiter, falls sie den Arbeitsbereich des Zechenvereins freiwillig oder unfreiwillig verlassen, ihrer ganzen Knappschaftsbeiträge und ihrer Anrechte auf Unterstützung verlustig gehen. So wollten die Zechengewaltigen die Arbeiter zu willenlosen Ausbeutungsobjekten machen. Wir werden auf die famose Einrichtung der Knappschaftskasse, die die Kapitalisten noch als soziale Einrichtung zugunsten der Arbeiter auszugeben die Frechheit hatten, gleich näher eingehen. Die Rechtlosigkeit der Arbeiter und die profitsüchtige Hartherzigkeit der Kapitalisten offenbarten sich in grausigster Weise bei dem großen Grubenunglück am 1. Juli 1867 auf der „Neuen Fundgrube“ in Lugau. An diesem Tage stürzte der einzige Schacht der Zeche ein, schloß 101 Arbeiter ein und gab sie einem fürchterlichen Erstickungstode preis. Die 101 Arbeiter hinterließen 44 Witwen und 137 Kinder.

Das war nicht Gottes Fügung, sondern die nie gerächte Schuld der Kapitalisten und ihrer Fronvögte im Betrieb. Einen Sicherheitsschacht gab es nicht, das hätte ja die Profite geschmälert. Und der Zustand des einzigen Schachtes war unter aller Kritik. Schon einen Monat vor dem entsetzlichen Unglück wurde der Betriebsdirektor darauf aufmerksam gemacht. Die Zimmerung, die Wandruten und Einstriche waren stark verfault, die Wandruten teilweise so schwammig, daß man hineingreifen konnte. Das alles kümmerte den Direktor nicht; das alles hielt noch lange, meinte dieser Fronvogt. Als dann Meldungen und Warnungen sich immer mehr häuften und immer eindringlicher wurden, wurde mit der Ausbesserung begonnen, aber aus Sorge um die Profite durfte nur an Sonntagen an der Reparatur gearbeitet werden; und auch das wurde nur saumselig betrieben. So kam, was unter der Direktion eines Menschenverächters und Profitgeiers kommen mußte — 101 Bergarbeiter wurden dem Moloch Kapital geopfert.

Das entsetzliche Unglück verschärfte die Not, stärkte aber auch den Widerstandswillen der Bergarbeiter. Dieser Widerstandswille der Bergarbeiter drückte sich in der Agitation für die Gründung von Gewerkschaften aus, die aber damals immer noch nicht recht vorankommen wollten, vor allem aber in der verstärkten Agitation zwecks Gründung einer vereinigten Knappschaftskasse. In Zwickau tat sich ein Arbeiterkomitee unter dem Vorsitz des früheren Bergarbeiters Dinter zusammen, um einen provisorischen Statutenentwurf zur Vereinigung der Knappschaften auszuarbeiten. Diesen provisorischen Statutenentwurf schickten die Lugauer Bergarbeiter an Karl Marx, als sie sich Ende 1868 an ihn wandten. Marx informierte seinen Freund Friedrich Engels unverzüglich. Beide erkannten sofort die politische Bedeutung dieser Angelegenheit und waren hocherfreut über die Intervention der Lugauer Bergarbeiter. „Der Brief der Lugauer macht ihnen alle Ehre“, stellte Engels fest (8. Dezember 1868). Und Marx darauf: „Diese braven Lugauer Minenarbeiter sind die ersten in Deutschland, die direkt mit uns in Verbindung treten, und wir müssen öffentlich für sie auftreten“ (13. Februar 1869).

Es war dann Engels, der auf Grund der von den Lugauer Bergarbeitern eingesandten Materialien und Schilderungen einen ausführlichen „Bericht über die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens“ ausarbeitete. Dieser Bericht wurde dann von Karl Marx dem Generalrat der I. Internationale vorgelegt. Der Generalrat beschloß, den Bericht sowohl in deutschen als auch in englischen Blättern zu veröffentlichen. In Deutschland wurde er dann unter anderem in dem von Liebknecht herausgegebenen „Demokratischen Wochenblatt“ zur Kenntnis aller sächsischen Bergarbeiter gebracht.⁵

In dem Bericht machten Marx und Engels vor allem klar, daß die Arbeiter den größten Teil der Beiträge zur Knappschaftskasse zahlen, während die Kapitalisten sich das Eigentum an der ganzen Kasse anmaßen, und stellten dann fest: „Die Kapitalisten scheinen ihren Arbeitern ein Geschenk zu machen. In der Tat werden die Arbeiter zu einem Geschenk an ihre Kapitalisten gezwungen. Diesen fällt mit dem Eigentumsrecht von selbst auch die Kontrolle über die Kasse zu.“ Und nun enthüllte der Bericht die ganze Selbstherrschaft der Kapitalisten in der Verwaltung der Kassen, die zum größten Teil von den Beiträgen der Arbeiter gespeist wurden.

Unter solchen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß die Leistungen der Knappschaftskasse in Krankheits- und in Fällen der Invalidität

⁵ „Demokratisches Wochenblatt“, 1869, Nr. 12, Beilage, 20. März.

mehr als jämmerlich waren. So bestimmten beispielsweise die Statuten, daß die Invaliden eine Pension von $\frac{1}{20}$ bis $\frac{1}{2}$ der letztverdienten Löhne erhalten, und Engels stellte dann die ironische Frage: „Die erleuchteten Kapitalisten, welche diese Statuten entwarfen, und die väterliche Regierung, welche sie bestätigte, schulden der Welt die Lösung einer Aufgabe: Wenn ein Bergarbeiter bei dem vollen Durchschnittslohn von $2\frac{2}{3}$ Taler per Woche halb verhungert, wie kann er leben mit einer Pension von zum Beispiel $\frac{1}{20}$ dieses Lohnes, sage 4 Silbergroschen per Woche?“

Und was jene skandalöse Bestimmung betrifft, wonach jeder Arbeiter, der den Betrieb freiwillig oder gezwungen verläßt, alle Ansprüche sowohl auf Kassenleistung als auch auf das von ihm eingezahlte Geld verliert — so betonte Engels: „Dieser Artikel verwandelt den Lohnarbeiter in einen *Leibeigenen* — bindet ihn an die Scholle, setzt ihn widerstandslos der schönödesten Mißhandlung aus.“

Marx und Engels haben nie das Proletariat als eine bloß leidende Klasse betrachtet, immer wieder hoben sie hervor, daß das Proletariat eine *kämpfende* Klasse sei. Die Arbeiterklasse ist eine ihrer Natur nach mutige Klasse, sagte Engels 1865 in seiner Broschüre „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ (Hamburg 1865). Und in seinem Bericht über die Sächsischen Knappschaftsvereine hob er gerade das Kämpfertum der Lugauer Bergarbeiter hervor: „Es scheint paradox“, so führte Engels aus, „von Leuten in so verworfener Lage männliche Unabhängigkeit und Selbstachtung zu erwarten. Dennoch zählen diese Bergarbeiter, zu ihrer Ehre sei es gesagt, zu den Vorkämpfern der deutschen Arbeiterklasse.“

Am Schluß des Berichtes gab Engels entscheidende Hinweise für den weiteren Kampf der sächsischen Bergarbeiter und für die zukünftige Gestaltung der Knappschaftskassen. Ihm kam es darauf an, daß diese Knappschaftskassen nicht bloß Unterstützungsvereine bleiben und als solche reformiert werden. Gewiß war Engels damit einverstanden, daß die Leistungen der Kassen erhöht werden, daß ihre Verwaltung verbessert wird. Aber er wollte noch mehr: Er wollte, daß diese Kassen zu *Klassenkampforganen* des Proletariats werden; er wollte, daß die Knappschaftsvereine in Arbeitergesellschaften umgewandelt werden.

Und dabei legte Engels sofort den Finger auf den reformistischen Kern in den Vorschlägen jener Kommission, die unter Vorsitz von Dinter einen Statutenentwurf ausgearbeitet hatte. In diesem Entwurf gab es eine Bestimmung folgenden Inhalts: „Die Beiträge der Meister (das heißt

der Kapitalisten — d. Vf.) zur Knappschaftskasse sollen die Hälfte der von ihren Arbeitern gezahlten Beiträge erreichen.“ Eine solche Bestimmung erscheint, oberflächlich betrachtet, plausibel. Aber gerade da hakte Engels ein und stellte überraschend fest: „Das Grundübel besteht darin, daß die Kapitalisten überhaupt beitragen.“ Es ist deswegen ein Grundübel, weil wegen dieser Kapitalistenbeiträge die Leitung der Knappschaftskasse und des Knappschaftsvereins den Kapitalisten nicht zu entziehen ist. Dinter und seinesgleichen hegten die typisch reformistische und opportunistische Illusion, als ob die Arbeiter friedlich-schiedlich mit den Kapitalisten gemeinsam die Kasse verwalten könnten. Engels wollte aber, daß die Arbeiter vollkommen unabhängig werden und die Knappschaftsvereine wirkliche Arbeitergesellschaften werden. Aber „um wirkliche Arbeitergesellschaften zu sein, müssen die Knappschaftsvereine ausschließlich auf Arbeiterbeiträgen beruhen“. Den sächsischen Bergleuten gab Engels folgendes zu bedenken: „Was er immer zur Knappschaftskasse zahle, der Kapitalist erspart ebensoviel und mehr an Arbeitslohn. Gesellschaften dieser Art haben die eigentümliche Wirkung, das Gesetz der Nachfrage und Zufuhr zum ausschließlichen Vorteil des Kapitalisten zu suspendieren. In anderen Worten: Durch den ungewöhnlichen Halt, den sie dem Kapital auf individuelle Arbeiter geben, drücken sie die Löhne selbst *unter* ihre gewöhnliche Durchschnittshöhe herab.“

Der entscheidende Kern in den Vorschlägen von Engels war die *Idee der Selbständigkeit der Arbeiter*, die grundsätzliche Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Engels zeigte, daß in den Tageskämpfen der Arbeiter niemals ihre Zukunftsinteressen außer acht gelassen werden dürfen. Die Arbeiter dürfen sich nicht nur an die Kapitalisten nicht binden, sondern müssen auch alle Organisationen von der Art der Knappschaftskassen ausnutzen, sie zu wirklichen Kampforganisationen des Proletariats machen, damit sie im politischen Kampf gegen den bestehenden Staat beitragen.

Unter den sächsischen Bergarbeitern hatten sich also zwei Gruppen herausgebildet. Die eine, „welche“, wie Engels sagte, „reformieren möchte mit Erlaubnis des Kapitals“. Diese reformistische Gruppe stand unter der Führung Dinters. Die andere Gruppe war die revolutionäre Richtung, die sich vertrauensvoll an Marx gewandt hatte und auch die Ideen der I. Internationale akzeptierte. Diese revolutionäre Richtung gewann schließlich das Übergewicht, weil nur sie die objektiven Interessen des Proletariats vertrat. Dinter wurde 1874 aus den Bergarbeitergewerkschaften verjagt.

Es ist klar, daß auch diese revolutionären Bergarbeiter mit dazu beitrugen, daß sich dann wenige Monate nach Veröffentlichung des Marx-Engelsschen Berichtes endgültig eine revolutionäre Arbeiterpartei bilden konnte. Bekanntlich wurde im August 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet, wobei sich das dort angenommene Programm im großen und ganzen an das Programm der I. Internationale angeschlossen. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach im Jahre 1869 war der entscheidende Schritt zur Trennung vom ideologischen Einfluß der Bourgeoisie. In Eisenach wurde das *Fundament* für eine marxistische Arbeiterpartei in Deutschland gelegt.

Fortan waren die Beziehungen zwischen der Partei, August Bebel und Wilhelm Liebknechts einerseits und den Lugauer Arbeitern andererseits sehr eng. Wilhelm Liebknecht kam ab und zu nach Lugau, hielt hier Versammlungen ab und pflegte enge Beziehungen mit den Bergarbeitern. Er war es auch, der im Reichstag öfters über die Lage der Bergarbeiter und insbesondere über die Knappschaftskassen gesprochen hat.

Die heroische Aufklärungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie während der Zeit des Sozialistengesetzes, ihr Kampf um die Interessen der Arbeiter vermochten deren Kraft und Mut in bis dahin nie dagewesenem Maße zu heben. Höhepunkt dieser Entwicklung war der gewaltige Streik der deutschen Bergarbeiter vom Mai 1889, an dem auch die sächsischen Bergarbeiter beteiligt waren. Obwohl der Streik der rund 100 000 Bergarbeiter nur um wirtschaftliche Forderungen geführt worden war, hatte er eine gewaltige politische Bedeutung. Von diesem Streik der Bergarbeiter an war die Zersetzung des Bismarckschen Regimes unaufhaltsam geworden. In jenen Sommermonaten des Jahres 1889 schrieb ein hoher Beamter und Sachbearbeiter für sozialpolitische Fragen, Geheimrat Lohmann, an einen Freund, nach dem Bergarbeiterstreik wachse unter den Beamten das Gefühl, daß man in eine Sackgasse geraten sei. So hat also der Kampf der Bergarbeiter das Bismarcksche System angeschlagen; er trug wesentlich dazu bei, daß Bismarck im März 1890 gehen mußte.

Dieser Triumph der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei August Bebel und Wilhelm Liebknechts, war nur ihrer Unversöhnlichkeit gegenüber dem Klassenfeinde, ihrer Aktivität und ihrem revolutionären Elan zu verdanken. Paktierer mit dem Klassenfeinde gab es zwar auch damals innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, aber sie hatten nicht das Übergewicht, sie hatten in den entscheidenden Führungsorganen der Sozialdemokratie nicht das Heft in der Hand.

Wir wissen aber, wie dann nach dem Auftreten des Erzreformisten Eduard Bernstein der Opportunismus, der die Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie leugnete und die revolutionäre Zielsetzung aufgab, immer mehr das Übergewicht in der deutschen Sozialdemokratie erhielt. Zur Ehre der Lugauer Bergarbeiter sei es aber gesagt, daß sie in ihrer Mehrheit ihren alten revolutionären Traditionen treu blieben. Gewiß hatten auch die königstreuen Knappen, diese gelben Gewerkschaften, einigen Einfluß auf die Lugauer Bergarbeiter. Aber sie beherrschten die Lugauer Arbeiterbewegung nicht.

In der Revolution von 1918/19 sollte es sich zeigen, wie verhängnisvoll und schädlich der Opportunismus für die Arbeiterklasse ist. Die Opportunisten, die die Notwendigkeit der Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Niederhaltung der Klassenfeinde als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus leugneten, mußten selbstverständlich bestrebt sein, die Novemberrevolution möglichst rasch in „geordnete Bahnen“ zu lenken, also zu *verraten*. Die Opportunisten wurden zu *Würgern der revolutionären Energie der Massen*.

In dieser Zeit des opportunistischen Verrats an der Revolution, an der Zukunft des Proletariats, am Sozialismus, tat sich in Lugau eine Gruppe revolutionärer Bergarbeiter zusammen und gründete eine Gruppe des Spartakusbundes. In den folgenden schweren Jahrzehnten der inneren Auseinandersetzung innerhalb der KPD um die Herausbildung einer wirklich bolschewistischen Partei, einer Partei von neuem Typus, gelang es in Lugau-Oelsnitz stets, die opportunistischen Gruppen, so beispielsweise die konterrevolutionäre Brandlergruppe, zu isolieren. Im entscheidenden Moment brach immer wieder die revolutionäre Tradition des Lugau-Oelsnitzer Kohlengebietes durch; im entscheidenden Moment verstanden es die Arbeiter, den revolutionären Charakter ihrer Partei zu wahren und zu schützen.

Nach der Befreiung von der faschistischen Barbarei durch die heldenhafte Sowjetarmee waren hier in Ostdeutschland die Voraussetzungen für eine grundsätzliche Wendung in der deutschen Geschichte geschaffen. Hier in Ostdeutschland gab es keine imperialistische Besatzungsmacht, die den Einigungswillen der Arbeiterklasse hemmte. Im Gegenteil, der ungestüme Wille der deutschen Arbeiterklasse, die verhängnisvolle Spaltung endlich zu beenden und eine einheitliche Partei mit den alten revolutionären sozialistischen Zielen zu bilden — dieser Wille konnte sich jetzt ungehemmt durchsetzen. Am 22. April 1946 konstituierte sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Damit war die Voraussetzung für

den Aufbau einer neuen wirklich demokratischen Ordnung geschaffen. Die Monopolkapitalisten, Kriegsgewinnler und Kriegsverbrecher wurden enteignet und ihre Betriebe in Volkseigentum übergeführt. Das Junkerland wurde von der Arbeiterklasse unseren werktätigen Bauern und Landarbeitern übergeben. Die Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Staat erhielt die Arbeiterklasse.

Der Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung vollzog sich in einem immer schärfer werdenden Klassenkampf gegen die früheren Ausbeuter und ihre Freunde in Staat und Verwaltung. Die Partei der Arbeiterklasse mußte alle Tendenzen zur Klassenversöhnung, jede Abweichung vom Marxismus-Leninismus aufs entschiedenste bekämpfen, so beispielsweise auch jene Auffassung von einem angeblich besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Nein, wie früher, so auch nach 1945, so auch heute: *Unbedingte Selbständigkeit der Arbeiterklasse! Unversöhnlichkeit dem Feind des Proletariats und des übrigen werktätigen Volkes gegenüber! Immer die revolutionäre Zielsetzung im Auge!*

In den Betrieben der volkseigenen Industrie vollzog sich eine grundsätzliche Änderung. Jetzt arbeiten die Arbeiter nicht mehr für die Profite der Kapitalisten, sondern für die Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebens und das aller werktätigen Schichten. Jetzt mußte die alte Einstellung zur Arbeit aus der Kapitalistenzeit überwunden werden und einer neuen Einstellung zur Arbeit, die der objektiven Veränderung in den Eigentumsverhältnissen entspricht, Platz machen.

Ausdruck für die neue Einstellung zur Arbeit ist die Aktivistenbewegung, die von der jungen Proletariergeneration ausging, und die sich dann zur Hennecke-Bewegung weiterentwickelte. Wie vormals in der Zeit der I. Internationale, so rückten auch jetzt wieder Lugauer Bergarbeiter unter die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse. Die alten revolutionären Traditionen setzten sich von neuem durch.

Inwiefern war denn die Tat des Lugauer Bergarbeiters Adolf Hennecke eine revolutionäre Tat? Sie war nicht allein deswegen revolutionär, weil sie neue Arbeitsmethoden einführte und nie dagewesene Produktionserfolge errang. Die Tat Henneckes war revolutionär, weil sie mit der vom Klassenfeind und vom imperialistischen Feind der deutschen Nation bewußt genährten und hauptsächlich von der rechten SPD-Führung verbreiteten Ansicht, man könne aus eigener Kraft aus dem Elend und der Not der Nachkriegszeit nicht heraus, eindeutig brach. Erinnern wir uns doch, wie viele damals nach dem Westen schauten, von dort Hilfe erhofften, sich gerne mit dem Klassen- und Volksfeind eingelassen hätten,

gerne bereit waren, sich an die „goldenen Ketten“ des imperialistischen Westens zu binden. Die Tat Hennekes bedeutete dagegen eindeutig: Schluß damit, Schluß mit dem Willen zur Unterwerfung unter den Klassen- und Volksfeind. Wir können aus eigener Kraft die Not und das Elend meistern. Wir werden die Zähne zusammenbeißen und zuerst mehr produzieren und dann besser leben. Die Tat Hennekes war der Ausdruck des Unabhängigkeitssinnes der Arbeiter; sie zeigte, wie die Arbeiter unter neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der alten revolutionären Losung folgen: *Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!*

Ohne diesen revolutionären Geist hätte sich die Aktivistenbewegung nicht weiter verbreiten können, hätte sie nicht höhere Formen annehmen können. Wie sehr die Aktivistenbewegung auf das engste mit dem proletarischen und revolutionären Klassenbewußtsein zusammenhängt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie nach dem historischen Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen, einen neuen großartigen Aufschwung nahm.

Zu den neuen höheren Formen der Aktivistenbewegung gehören die Franik-Bewegung und der sozialistische Wettbewerb auf der Grundlage technisch begründeter Normen. Sie werden als das Hauptkettenglied bei unseren Bemühungen um die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität erkannt.

Am 14. März 1953 brannte zum ersten Male auf dem Karl-Liebknecht-Werk und auf dem Werk „Deutschland“ in Oelsnitz der rote Stern, welcher der Bevölkerung anzeigte, daß der Tagesplan erfüllt worden ist. Die Steigerung unserer Arbeitsproduktivität wird alle Schwierigkeiten unseres Aufbaues überwinden helfen. Die gesteigerte Arbeitsproduktivität schafft auch die Voraussetzungen, um unseren Lebensstandard zu erhöhen. Wir können damit den westdeutschen Klassenbrüdern zeigen, was eine geschlossene, klassenbewußte, kraftbewußte, von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung befreite Arbeiterklasse vermag.

Bei allen Schwierigkeiten unseres Aufbaues dürfen wir nie vergessen, daß wir es viel leichter haben, als es die heroischen Sowjetvölker hatten, die im Kampf um den Sozialismus nicht auf andere Erfahrungen zurückgreifen konnten, die sich alles selbst erarbeiten mußten. Wir dagegen können uns auf die schwer erkämpften Erfahrungen der Sowjetunion stützen — Erfahrungen, die sie uns selbstlos vermittelt, Erfahrungen, die ihren großartigsten theoretischen Ausdruck in den Werken von Lenin

und Stalin fanden. Neben einer unschätzbaren moralischen und politischen Unterstützung, insbesondere im Kampf um die Einheit Deutschlands, leistet die Sowjetunion uns auch große materielle Hilfe, indem sie uns jene Maschinen überläßt, die sie in der sozialistischen Industrie oder in der Kollektivwirtschaft entwickelt hat. Für das alles können wir ihr nicht dankbar genug sein.

Wir wissen, daß die Feinde des Sozialismus und die Verteidiger einer alten, überlebten Gesellschaftsordnung nur darauf lauern, um Schwächen bei uns auszunutzen, um uns zu schaden und uns womöglich zu überfallen. Darum ist Wachsamkeit gegenüber Schädlingen und Saboteuren mehr denn je notwendig, darum ist Verteidigungsbereitschaft, Verteidigungswille, Verteidigungskraft unbedingtes Gebot für unsere Werktätigen.

Vergessen wir dies, dann geben wir unsere revolutionären Ziele und unseren sozialistischen Aufbau preis, dann verraten wir das Vermächtnis des größten Sohnes unseres Volkes, das Vermächtnis von Karl Marx. Dann sinken wir auf das moralisch-politische Niveau der rechten sozialdemokratischen Führer, die schon längst den Kampf um den Sozialismus aufgegeben und ihn durch das Bündnis mit dem Imperialismus ersetzt haben.

Die große Tradition der Lugauer Bergarbeiter, die Würdigung ihres Kampfes durch Marx und Engels sind heute für sie stolze und ernste Verpflichtungen, die sie durch ihre begeisterte Mitarbeit am Aufbau und an der Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik erfüllen. In diesem Sinne gilt es, das große Vermächtnis von Karl Marx weiterhin zu erfüllen und seine Lehre zu verwirklichen.

II

Horst Rößler / Eberhard Wächtler

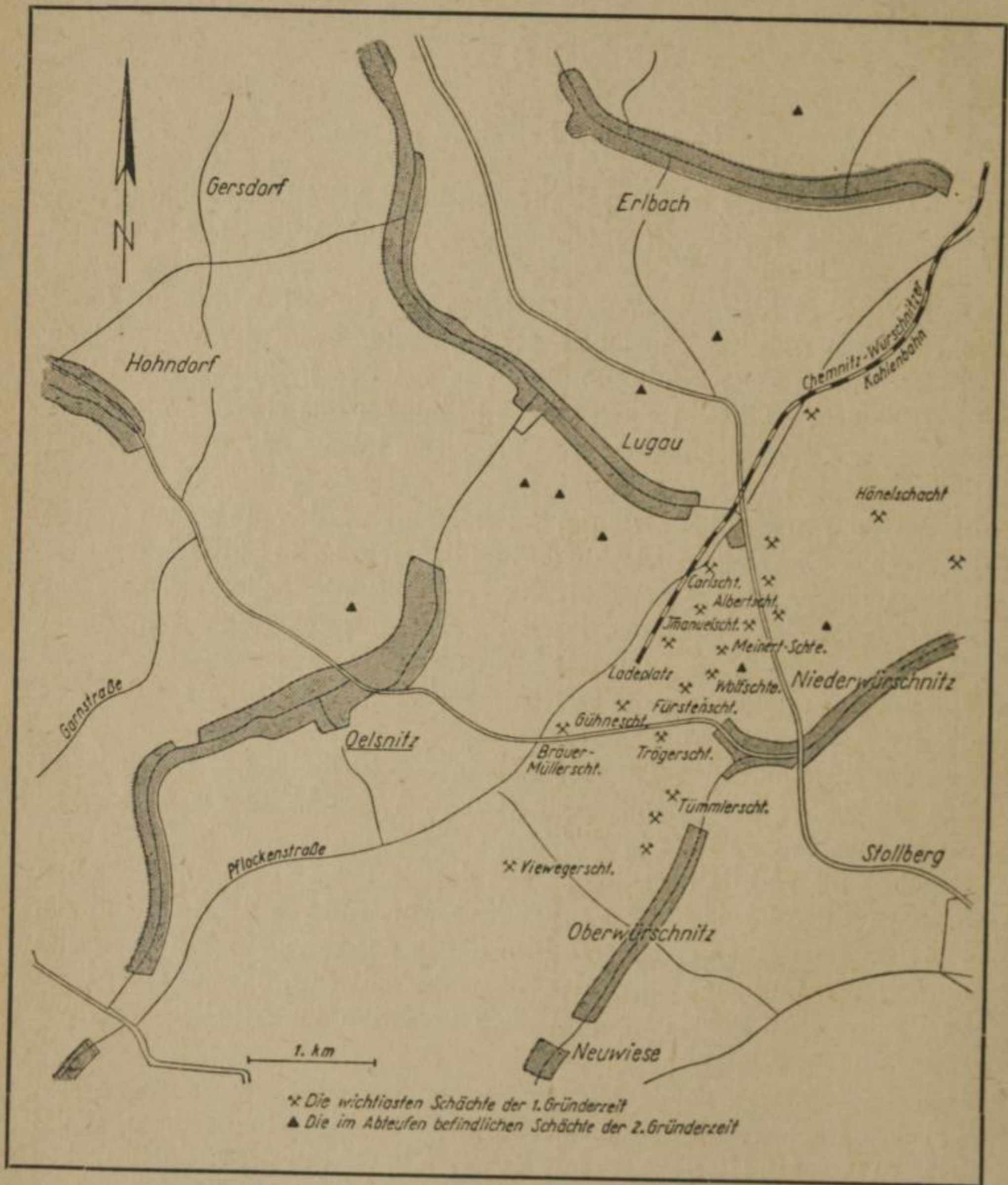
Zur Geschichte des Bergbaues und der Arbeiterbewegung im Steinkohlenrevier von Oelsnitz/Erzg. — Lugau von 1844 bis 1870

Die sächsischen Steinkohlenkumpel stehen seit einigen Jahren mit ihren patriotischen Arbeitsleistungen in der vordersten Front der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik bei der Erfüllung der Wirtschaftspläne. Aus ihren Reihen gingen bahnbrechende Neuerer wie Adolf Hennecke, Alfred Baumann, Franz Franik und Tausende von Aktivisten hervor.

Bei Meldungen über beispielhafte Sollerfüllung werden die beiden großen Steinkohlenwerke „Karl Liebknecht“ und „Deutschland“ in Oelsnitz/Erzgebirge immer wieder genannt, die zum östlichen Teilrevier, zum sogenannten Oelsnitz-Lugauer Revier, gehören. Lange Zeit war dieses Kohlenrevier wenig bekannt. Die beiden Bergarbeiterstädte Oelsnitz und Lugau tragen noch heute die Spuren arger Vernachlässigung aus der Zeit der Herrschaft der Grubenherren.

Seit der entscheidenden Tat Adolf Henneckes ist dieses Revier wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Wenn heute die Leistungen der Steinkohlenkumpel von Zwickau, Oelsnitz und Lugau in der ganzen Republik als vorbildlich gelten, wenn dort in der Dämmerung die roten Sterne auf den Fördertürmen aufleuchten, kündend von der Sollerfüllung, von hart errungenen Arbeitserfolgen tief in der Erde — dann zeugt dies alles von einem hohen Stand des Klassenbewußtseins, das auf einer hundert Jahre alten stolzen kämpferischen Tradition der Arbeiterklasse, wie kaum woanders, beruht.

Hier, im Zwickau-Oelsnitz-Lugauer Steinkohlenbecken, im Industriegebiet zwischen Karl-Marx-Stadt und Zwickau, war stets ein Brennpunkt des Klassenkampfes. Hier, wo feudale Reaktion in Gestalt der schönburgischen Junkerherrschaft wütete, wo die Großkapitalisten der Steinkohlen-, Maschinen- und Textilindustrie die Werktätigen in schamloser, brutaler Weise ausbeuteten — hier nahmen die gepeinigten und geschundenen Kumpel der Steinkohle frühzeitig die rote Fahne der Arbeiterbewegung



Das Oelsnitz-Lugauer Steinkohlenrevier um 1857

in die Hand und halten sie noch heute fest und unerschütterlich in ihren schwieligen Fäusten.

Der Bergbau von Oelsnitz-Lugau entstand in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter der Herrschaft einer besonders ausgeprägten feudalen Reaktion. Ein großer Teil der Grubenfelder gehörte dem Fürsten von Schönburg-Waldenburg, der sich bis 1900 an der Ausbeutung der Bodenschätze direkt beteiligte.

Vor der Revolution von 1848 peinigten Frondienste, Naturalabgaben und andere raffinierte Ausbeutermethoden des Fürsten und seiner zahlreichen beim Volke arg verhaßten Beamenschar nicht nur die Klein- und Mittelbauern, sondern auch die heimarbeitenden Weber und Wirker, die ein elendes Hungerdasein führten und auf denen der doppelte Druck der feudalen und kapitalistischen Ausbeutung lastete.

Kleinbäuerliche Wirtschaft auf unfruchtbaren, steinigten oder sauren Äckern, um den Absatz ringende textile Hausindustrie, rücksichtslose Ausbeutung durch Manufakturbesitzer und Verleger bei hohen herrschaftlichen Abgaben — das alles kennzeichnet die Leiden der niedererzgebirgischen Dorfarmut. So war die Lage der Bevölkerung in den weltabgeschiedenen Dörfern Oelsnitz und Lugau und aller anderen Gemeinden des Reviers, als die ersten Kohlenfunde am Anfang des 19. Jahrhunderts bekannt wurden.

Die Kleinbauern, Weber, Wirker und Tagelöhner dieses Gebiets waren jedoch nicht gewillt, sich diesem Joch widerspruchslos zu beugen. In zahlreichen Revolten und Erhebungen wehrten sie sich tapfer gegen ihre Unterdrücker. Katastrophal wurde ihre Lage durch die Wirtschaftskrise von 1847/48. Der Höhepunkt ihres Kampfes war zweifellos der Sturm auf das Residenzschloß der Schönburgischen Herrschaft in Waldenburg am 5. April 1848, als Fronbauern, hausindustrielle Arbeiter und Manufaktur- und Fabrikarbeiter — unter ihnen die ersten „Köhler“ des Oelsnitz-Lugauer Bergbaues — durch entschlossene, revolutionäre Taten in ihrem Bereich zum Kampf des ganzen deutschen Volkes gegen Feudalismus, für Demokratie und nationale Einheit beitrugen.¹

Dieser revolutionäre Kampf im Waldenburgischen ist nicht nur ein wichtiges Ereignis in der bürgerlichen Revolution von 1848, sondern steht zugleich am Anfang der Oelsnitz-Lugauer Arbeiterbewegung, die in den letzten 100 Jahren immer neue Erfolge an ihre Fahnen heften konnte.

¹ Vergl. H. Rößler, „Der revolutionäre Kampf der Fronbauern, Weber, Wirker und Tagelöhner gegen die feudalen Ausbeuter im Erzgebirgischen Becken“, aus dem Sonderheft „Beiträge zum Studium der Heimatgeschichte“, der Zeitschrift „Geschichte in den Schulen“, S. 6 bis 47.

Der Steinkohlenbergbau im Revier Oelsnitz-Lugau ist einer der jüngsten Sachsens, ja Deutschlands überhaupt. Hier begann man den Abbau erst in der Mitte der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Im Nachbarrevier Zwickau dagegen bestand damals schon Steinkohlenabbau in bescheidenem Umfange seit mehreren Jahrhunderten.

Im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung Deutschlands setzte erst in den vierziger Jahren die verstärkte Entwicklung der Schwerindustrie und damit auch des Bergbaues ein. Es ist der Punkt in der deutschen Entwicklung, von dem Stalin sagt, daß jetzt das akkumulierte Kapital der Leichtindustrie in die Schwerindustrie hinübergepumpt wird.²

Vorher waren weder die Kapitalien zum Betrieb einer großangelegten Zeche noch entsprechende Absatzmöglichkeiten für die geförderte Kohle gegeben. Erst als die Dampfmaschine zur Energiebasis für eine moderne Industrie wurde, die Eisengewinnung und Verhüttung sich in größerem Umfange von Holzkohle auf Steinkohle und Koks umstellte, die industrielle Revolution weiter voranschritt, neue Fabriken emporwuchsen, die Eisenbahnen den Massentransport bewältigen konnten, wurde die rasche Entwicklung des Steinkohlenbergbaues möglich und nötig. Von der Entwicklung des Steinkohlenbergbaues war bis zu einem gewissen Grade in Deutschland auch die wirtschaftliche Entwicklung abhängig. Mit der Entwicklung der modernen Großindustrie siegte auch im Bergbau der kapitalistische Großbetrieb.

Die ersten Angaben über Steinkohlevorkommen im Lugau-Oelsnitzer Revier finden sich schon zeitig. Im „Vollständigen Staats-, Post- und Zeitungslexikon von Sachsen“, Jahrgang 1814, heißt es: „Schon vor 100 Jahren gab es auf der Hohensteiner Flur eine Kohlengrube, die man aber bald wieder fallen ließ, weil sich der ganze Kohlenreichtum nur als eine Ader erwies.“ Diese Entdeckung und einige weitere primitive Nachgrabungen führten zu keinem dauerhaften Erfolg. 1831 fand der fürstliche Forstbeamte Wey im Straßengraben in Neu-Oelsnitz ein ausstreichendes Kohlenflöz. Aber auch hier entstand kein wirklicher Schachtabbau. Erst Mitte der vierziger Jahre begann im hiesigen Revier der erste wirkliche Abbau. Karl Gottlob Wolf, Maschinenaufseher in Zwickau, gründete mit 26 Beteiligten (meist Verwandten aus der Lichtensteiner Gegend) eine Gesellschaft zu gleichen Teilen (Vorläufer der AG Oelsnitzer Steinkohlenbauverein), schloß mit den Grundbesitzern Abbau-

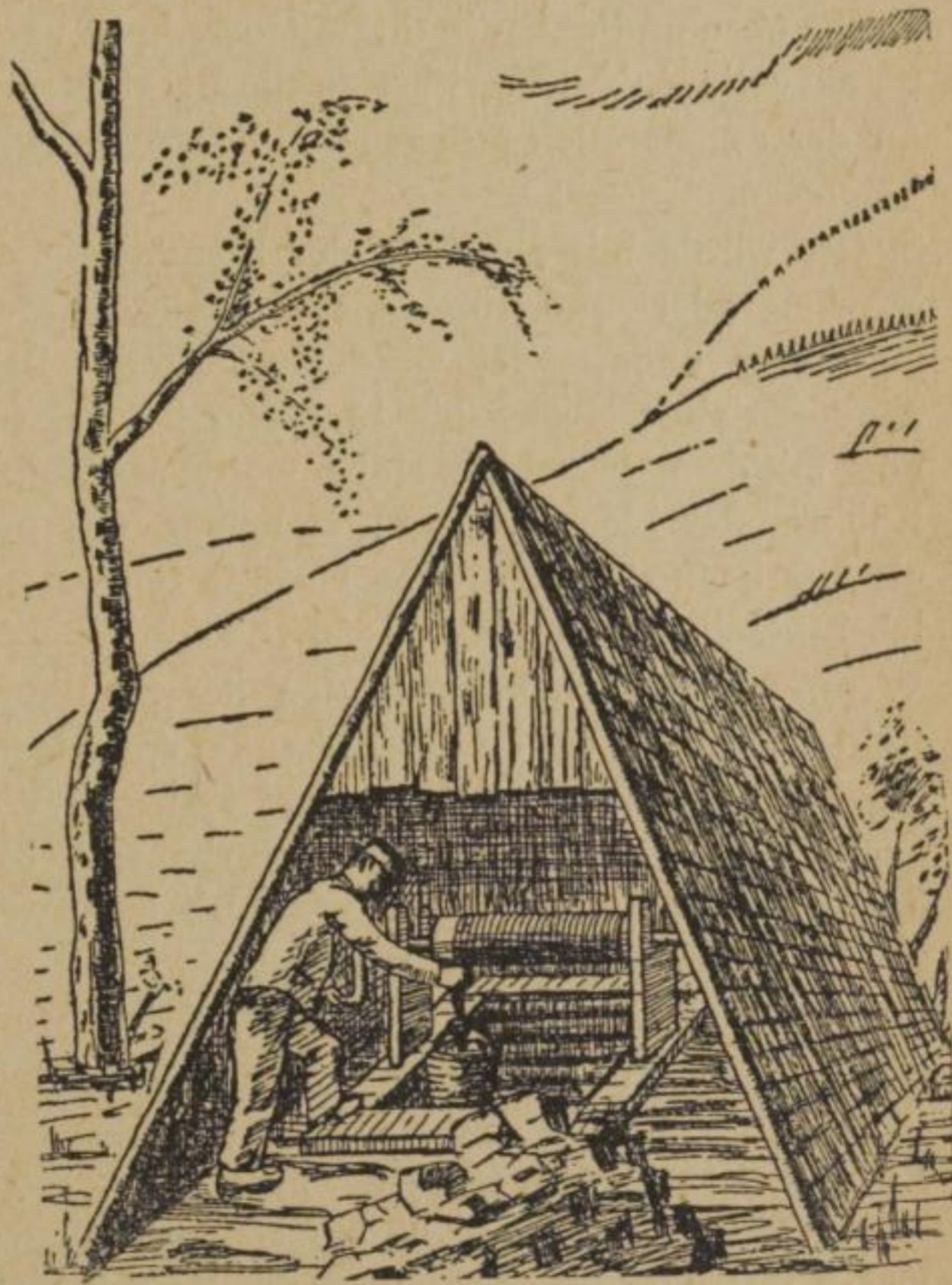
² Vgl. J. W. Stalin, „Reden in Wählerversammlungen“, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 20/21.

verträge ab und begann auf einigen kleinen Schächten an der Flurgrenze des damaligen Dorfes Oelsnitz in geringer Tiefe den Abbau.³ Seine Gesellschaft war kapitalmäßig sehr schwach. Es wundert deshalb nicht, daß er bald von kapitalkräftigeren Gesellschaften niederkonkurriert wurde und 1854 enttäuscht nach Amerika auswanderte.

Wenn sich auch die ersten Kapitalgesellschaften bereits in der ersten Gründerperiode nach 1845 gebildet hatten, so war die typische Betriebsweise dieser Frühzeit der Eigenlöhnerbetrieb der sogenannten Kohlenbauern, das heißt der sporadisch, selten fachmännisch betriebene Abbau der Steinkohlen durch Bauern und Grundbesitzer, die in ihrem Boden Kohle fanden.

Der Abbau erfolgte im Tagebau oder auch in Stollen oder kleinen Schächten. Die Schächte dieser Zeit waren äußerst primitive, brunnenähnliche Anlagen am Rande des Kohlenbeckens in Niederwürschnitz, Lugau und Neu-Oelsnitz. Die Vorläuferin des modernen Schachtgebäudes war die Kaue, ein unmittelbar auf den Erdboden gestelltes steiles Holzdach.

Bis zur Einführung der Dampfkraft hatte sich die Arbeitsweise im Erz- und Kohlenbergbau gegenüber der im Mittelalter üblichen Arbeitsweise kaum verändert. Die Schächte hatten eine lichte Weite von etwa



Haspelschacht aus der Frühzeit des Bergbaues

³ Vgl. Richter, „Allerlei zur Heimatgeschichte des Lugau-Oelsnitzer Kohlenbezirks“, Lugau 1936, S. 70, und Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaues im Erzgebirgischen Becken“, Zwickau 1938, S. 42.

1,80 mal 0,85 Metern. Die Tiefe war äußerst gering. Nicht selten wurden Flöze an der Erdoberfläche durch „Tagesstrecken“ abgebaut. Die Schächte waren mit Holz, manchmal sogar nur mit Reisig ausgekleidet. Die spitzgiebelige hölzerne Schachtkaue schützte die Schachtöffnung. Die Giebelseiten der Kaue waren mit Brettern verschlagen, an der Seite befand sich die Tür.

Direkt über der Schachtöffnung war der Handhaspel angebracht; am Hanfseil hingen Körbe oder Kübel, aus Weidenruten geflochtene, mit einem eisenbeschlagenen Holzboden versehene Fördergefäße, die ein durchschnittliches Fassungsvermögen von etwa 50 Kilogramm hatten. Damit die Förderung im Schacht reibungslos vor sich ging, waren die Körbe oben und unten in ihrem Querschnitt verjüngt. Eine schwierige und gefährvolle Arbeit verrichteten die Bergleute, die an der Schachtöffnung, an der sogenannten Hängebank, das Ausschwingen der gefüllten Körbe besorgten.

Später wurde mit zunehmender Schachttiefe der Haspel durch größere Schwungräder unterstützt, bis schließlich die ersten primitiven Dampfmaschinen angewendet wurden. Auch die Belegschaft, die bei diesen Kleinbetrieben etwa 8 bis 15 Mann betrug, fuhr entweder auf Leitern oder mit dem Haspel ein. Dabei wurde am Hanfseil ein Querholz (Knebel, Knöbel oder Hort genannt) verknotet, das der einfahrende Bergmann als Sitz benutzte. Zahlreiche Unfälle führten schließlich dazu, daß diese lebensgefährliche Methode 1856 von der Behörde verboten wurde.

Wenn man nun beim Abteufen des Schachtes auf ein abbauwürdiges Kohlenflöz stieß, wurde der Abbau im Ansteigen begonnen, um die Körbe abwärts schleppen zu können und auch das Wasser abfließen zu lassen. Der mühselige Transport der Körbe zum Schacht war Aufgabe des Schleppers, der dazu einen Tragkorb benutzte. Als Werkzeug bei der Kohलगewinnung wurde die Kohlenhaue benutzt, mit der die Kohle unterschrämt und dann die Bank hereingewonnen wurde. Zum Füllen der Körbe verwendete man die Kratze, später den gabelförmigen Kreil (Kralle).⁴

Lohnarbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes gab es damals äußerst selten. Die Eigenlöhner, die auf eigene Rechnung den Schacht betrieben, waren fast durchweg Mittelbauern, die sich bei den Fronablösungen losgekauft hatten und nun als Meister zum Klein- und Kleinstunternehmer

⁴ Vgl. Lampes „Magazin für Bergbaukunde“ (Dresden 1788), V. und VII. Teil (1790), als Nachtrag von Georg Christoph Kröhne, schönburgischer Kanzleidirektor in Glauchau, später Justizamtmann in Zwickau. Ebenso Eckardt/May, ebenda, S. 169, und Richter, ebenda, S. 83/84.

wurden. Neben dem Eigenlöhner, der anfangs stets selbst mitarbeitete, waren seine heranwachsenden Kinder, seine Verwandten, Knechte und Tagelöhner bei der Kohlengewinnung tätig. Oft waren auch „geldzahlende Gesellen“ (also Mitinhaber) an der Kohlengewinnung beteiligt. Diese Arbeitskräfte — Häusler, Kleinbauern und Hausgenossen, Arbeiter mit Landbesitz, denen es noch nicht gelungen war, sich der drückenden Feudallasten zu entledigen, — arbeiteten neben ihrer Tätigkeit als Köhler beim Steinkohlenabbau auch noch in der Landwirtschaft auf eigenem oder gepachtetem Boden oder als Tagelöhner. In Krisenzeiten stiegen auch die Weber und Wirker, um nicht zu verhungern, als Köhler in den Schacht. Die Meister (so nannte man später sogar noch die kapitalistischen Grubenherren der größeren Gesellschaften in den sechziger Jahren) arbeiteten natürlich nicht immer in der Grube mit. Sie verkauften die Kohle am Schacht oder in den nahen Städten Lichtenstein, Stollberg und Chemnitz.

Die Zahl der Bergleute vom Fach war anfangs gering. Sie kamen aus Zwickau oder dem oberen Erzgebirge. Die Unternehmer versuchten später, gerade aus diesen Kreisen einen unternehmerhörigen Stamm von Arbeitern heranzubilden.

Auf vielen Eigenlöhnergruben wurde während der Erntezeit wochenlang nicht gearbeitet. Eine klare Trennung zwischen landwirtschaftlicher und bergbaulicher Tätigkeit gab es anfangs noch nicht. Viele Saison-Tagelöhner fuhren nur im Winter ein. Im Sommer und Herbst arbeiteten sie in der Landwirtschaft oder auf dem Bau. Es ist klar, daß man in dieser Zeit noch nicht von einem modernen Proletariat im Oelsnitz-Lugauer Bergbau sprechen kann. Auch eine festgesetzte Arbeitszeit gab es bei den Köhlern von 1845 noch nicht. Die Schicht soll etwa 10 Stunden betragen haben, manchmal mehr, manchmal weniger.

Die Köhler, die auch im Sommer arbeiteten, fuhren um 4 Uhr bzw. um 5 oder 6 Uhr an. Sie blieben 4 Stunden bei der Arbeit, machten dann eine Pause und fuhren nochmals 4 Stunden ein. In den Pausen arbeitete der Eigenlöhner mit seinen Knechten zuweilen auf den Feldern oder versorgte das Vieh. Vor allem benutzte man regnerische Tage, um Kohle zu graben. Das alles war möglich, weil die Verhältnisse noch unentwickelt waren und die Abbautiefe gering war. Über die Löhne der Köhler ist wenig bekannt. 1850 betrug die Vergütung für Kohlenhauer etwa 12, für Förderleute ungefähr 10 Neugroschen je Schicht. Trotz der niedrigen Preise war bei diesen Löhnen ein Nebenverdienst notwendig und in den meisten Fällen auch vorhanden.

Die Köhler standen zum Eigenlöhner oft in einem patriarchalischen und vielfach, wie schon gesagt, in eng verwandtschaftlichem Verhältnis. Diese Eigenlöhnerbetriebe wurden bald zum Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte. Sie mußten den größeren Gesellschaften unterliegen, ganz einfach deshalb, weil sie auf Grund ihrer schlechten technischen Ausrüstung, des geringen Betriebskapitals und des unrentablen kleinen Grubenfelderbesitzes den großen Gesellschaften unterlegen waren. Der historische Fortschritt stand auf seiten der Aktiengesellschaften. Nur ganz wenige Eigenlöhner konnten in die Reihe der Werkbesitzer und Aktionäre aufrücken. Die anderen blieben Bauern oder gingen im Proletariat auf. Zur Herausbildung des Kapitalismus im Steinkohlenbergbau war die Liquidierung der Kleingewerke eine notwendige Voraussetzung.

*Die Entwicklung des Kapitalismus
im Steinkohlenbergbau nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49*

Eine neue Etappe der kapitalistischen Entwicklung im deutschen Steinkohlenbergbau setzte zweifellos nach der Revolution von 1848/49 ein. Überall in Deutschland fielen in den folgenden zwei Jahrzehnten die wesentlichsten feudalen Schranken für die kapitalistische Entwicklung im Bergbau. In Sachsen erreichte die Bourgeoisie mit dem Gesetz über den Regalbergbau von 1851 eine Einschränkung der fiskalischen Rechte auf den Erzbergbau und verstand es, ihre schon weitergehenden kapitalistischen Freiheiten im Steinkohlenbergbau zu festigen. Sämtliche wirtschaftspolitischen Verordnungen und Gesetze, abgesehen von den reaktionären Gewerbegesetzgebungen der deutschen Länder *unmittelbar* nach 1849, gaben dem Kapitalismus in den fünfziger und sechziger Jahren neue Entwicklungsmöglichkeiten. Ihren Verzicht auf politische Macht kompensierte die Bourgeoisie durch eine zunehmende wirtschaftliche Stärkung. Die deutsche Industrie entwickelte sich von 1850 bis 1860 in einem bis dahin nie gekannten und später nicht erreichten Tempo.⁶ Deutschland verwandelte sich aus einem Land mit vorwiegend agrarischem Charakter in ein beachtliches Industrieland. In diesen zwei Jahrzehnten veränderte sich auch die Landschaft des Oelsnitz-Lugauer Reviers. Dort, wo früher die Textil- und Hausindustrie neben Kleinstunternehmern in Bergbau und Landwirtschaft dominierte, entstand bis 1870 ein

⁶ Vgl. J. Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. I, Erster Teil, Verlag „Tribüne“, Berlin 1954, S. 168.

wichtiges Steinkohlenbergbauzentrum, das mit seinen Fördertürmen und anderen Berggebäuden das Landschaftsbild bestimmte.

Von den 1846 im Revier bestehenden 26 kleinen Schächten mit insgesamt 243 Mann Belegschaft blieben bis 1860 nur 4 bestehen. Alle anderen waren der Konkurrenz der größeren Gesellschaften zum Opfer gefallen. Vor allem nach 1855 bildeten sich eine Reihe von großen Steinkohlenaktiengesellschaften. Die großkapitalistische Produktion trat ihren Siegeszug über Kleinproduktion und feudale Schranken an.

Wie ging diese Entwicklung nun im einzelnen vonstatten?

Eine große Rolle spielte zunächst der Erwerb der Grubenfelder. Kohle war kein „regalisches Mineral“⁶; der Abbau stand — da es sich auch meist um Gewinnung an der Oberfläche handelte — den Grundbesitzern zu. So durfte jeder Grundbesitzer, auf Grund des „königlichen Mandates über die Gewinnung der Stein-, Braun- und Erdkohlen“ von 1822, auf seinem Boden Kohle graben. Wenn aber der Grundbesitzer binnen Jahresfrist (nach Entdeckung von Kohlenvorkommen auf seinem Grund und Boden) nicht mit dem Abbau begann, konnte — sogar wider seinen Willen — die Konzession unter Leistung des zehnten Teils der Ausbeute, des sogenannten Zehnten, an kapitalistische Unternehmer übergehen; das heißt, der Grundbesitzer war laufend an der Ausbeute und damit am Mehrwert beteiligt.

Im Oelsnitzer Revier war jedoch die Vereinbarung des Zehnten — im Gegensatz zu Zwickau — die Ausnahme und nicht die Regel.

Hier drang das Kapital später, schneller und in moderneren Formen ein. Der Erwerb des Abbaurechtes zu einem festen Kaufpreis war im Oelsnitzer Revier viel häufiger. Der kapitalistische Spekulationsgeist beherrschte auf diese Weise sowohl Grundbesitzer wie Unternehmer.

Die Preise je Scheffel (27,6712 Ar) Grubenfeld schwankten außerordentlich, waren stark abhängig von der Spekulation. Dazu kamen noch der Aktienschwindel und oft grober Betrug bei Bohrversuchen, wie zum Beispiel in Bernsdorf, wo Steinkohle ins Bohrloch geschüttet wurde.⁷

⁶ Regalisches Mineral = Mineral, dessen Abbaurecht in der damaligen Zeit nur dem sächsischen König zufiel.

⁷ Eckardt/May schreiben dazu a. a. O., Seite 54: „1848 hatte man mit dem Abteufen des Schachtes I (des Hohndorf-Bernsdorfer Steinkohlenvereins, d. V.) begonnen, der bei 84 Metern Teufe eingestellt wurde, um von der Bohrlochsohle weiter zu bohren, wobei nach Versicherung des technischen Direktors Maul schon bei 563 und 668 Ellen Teufe Kohlenbrocken gefunden worden sein sollten, was aber Professor Geinitz nach dem Befund der Bohrproben scharf in Abrede stellte. 1863 verbreitete sich die Nachricht, daß bei 897 Ellen 14 Zoll (506 Meter) ein Flöz von 2 Meter Mächtigkeit erbohrt sei. Die Freude vergrößerte sich, als sich die Mächtigkeit schließlich zu 20 $\frac{1}{2}$ Ellen (rund 16 Meter) herausstellte. Bohrproben wurden feierlich auf dem Altar der Kirche zu Bernsdorf niedergelegt, da die arme Weberbevölkerung nun durch den Bergbau zum Wohlstand zu gelangen hoffte.“

Vom Rödritzer Steinkohlenbauverein wurde der niedrigste Betrag von 70 Talern je Scheffel, vom Niederwürschnitzer Steinkohlenbauverein mit reichlich 1000 Talern der höchste Betrag, bei einem Durchschnitt von etwa 200 bis 400 Talern je Scheffel, für den Erwerb des Grubenfeldes gezahlt. Dieser Aufkauf des Grubenunterirdischen trieb auch die soziale Differenzierung der Bauernschaft schneller voran. Die ökonomische Position der Großgrundbesitzer und Großbauern wurde gefestigt und die kapitalistische Produktionsweise in der Landwirtschaft gefördert. Auch manchen Klein- und Mittelbauern gelang es, in die Schicht der Besitzenden aufzusteigen. Auf der anderen Seite wurden die Klein- und Mittelbauern in ihrer großen Mehrzahl ökonomisch geschwächt, und viele von ihnen wurden als Proletarier freigesetzt. Die beiden Hauptklassen des Kapitalismus, Bourgeoisie und Proletariat, standen sich schon nach wenigen Jahren in voller Ausprägung und Schärfe gegenüber. Die Entwicklung vollzog sich hier in einem so kurzen Zeitraum, wie wir es sonst in Deutschland sehr selten antreffen, was zweifellos dazu beitrug, daß sich im Revier Oelsnitz-Lugau Ende der sechziger Jahre ein revolutionäres Zentrum herausbildete. Infolge der ungenügenden Kenntnisse des geologischen Aufbaus des Kohlenbeckens und der kapitalistischen Spekulation sollen bis Mitte der fünfziger Jahre nach vorsichtigen Schätzungen etwa 15 Millionen Mark „vergründet“ worden sein. Den Nutzen hatten die Grundbesitzer; denn entsprechend den Vereinbarungen fiel das Abbaurecht verkrachter Unternehmen wieder an die Grundbesitzer zurück. So sollen die Abbaurechte unter dem Dorf Ursprung viermal verkauft worden sein, ohne daß man Kohle fand.

Es waren natürlich die Bergarbeiter, die am meisten unter all diesen Spekulationsmanövern zu leiden hatten; denn der Kapitalmangel nach dem Erwerb der Abbaufelder führte zur schlechten Einrichtung der Gruben und zu völlig ungenügenden Sicherheitsvorkehrungen. Die größten und kapitalkräftigsten Teilhaber waren adlige Grundherren und

Einigen Zweiflern fiel jedoch auf, daß die Proben den Knörpelkohlen des Hedwigschachtes ähnlich waren. Dazu kam der merkwürdige Umstand, daß das noch in der Kohle anstehende Bohrloch nicht weiterzubringen sein sollte. Die Gesellschaft, stutzig geworden, veranlaßte deshalb den Direktor Maul und den Bohrmeister Opitz, folgenden Eid abzulegen:

„Ich . . . schwöre zu Gott, dem Allmächtigen und Allgerechten, daß auf dem Schacht des Hohndorf-Bernsdorfer Steinkohlenbauvereins vom 23. Dezember 1863 bis zum 20. Februar 1864 von 895 Ellen ab bis zu 915 $\frac{1}{2}$ Ellen Tiefe 20 $\frac{1}{2}$ Ellen Pechkohle wirklich erbohrt wurde.“

Da sich erwies, daß der alte Schacht nicht mehr zu benutzen war (er ging auch am 26. November 1871 zu Bruch), wurde am 7. Dezember dieses Jahres das Abteufen eines zweiten Schachtes in 27 Meter Entfernung begonnen. Als man sich aber bei 499 Meter Tiefe immer noch im Rotliegenden befand, trieb man eine Strecke nach dem Bohrloch, wo man zum allgemeinen Erstaunen feststellte, daß die Bohrlochsohle bei 497 Meter . . . in braunrotem Porphyranstand und die Kohle in das Bohrloch geschüttet war. Maul wurde wegen Meineids mit Zuchthaus bestraft.“

Kapitalisten. Der größte Unternehmer unter den großen Grundbesitzern war der Fürst von Schönburg-Waldenburg. Er betrieb den „Fürstenschacht“ und kaufte später den „Immanuelschacht“. Der Chemnitzer Lokomotivenfabrikant Richard Hartmann lieferte für den zuletzt genannten Schacht die erste Dampfmaschine des Reviers. Der Fürst besaß weiterhin noch den „Gühneschacht“, der früher dem Rittergutsbesitzer Gühne gehört hatte.

Neben den Aristokraten beteiligten sich besonders stark ihre höheren Beamten, sowie die der Städte Chemnitz, Lichtenstein, Hohenstein und Zwickau an Bergwerksunternehmen. Viele Fabrikanten der Textilindustrie, wie die Gebr. Meinert aus Oelsnitz und Esche aus Limbach, sowie der obenerwähnte Lokomotivenfabrikant Hartmann investierten ebenfalls Kapital in Steinkohlenunternehmen.

Die Kohle war zum notwendigen Brot der großen Industrie geworden. Der Abbau von Kohle versprach, da ein großer Bedarf vorhanden war, guten Profit, und somit wurde das Oelsnitzer Revier von der Bourgeoisie rasch erschlossen.

Den Auftakt zur großkapitalistischen Erschließung des Reviers bildete die rege Spekulationstätigkeit eines Dr. Findeisen aus Chemnitz. Er besaß sechs kleinere Gruben, und es gelang ihm, ein großes Grubenfeld für 64 000 Taler zusammenzubringen. Seine Rechte erwarb später das Leipziger Bankhaus Dufour & Co. Der Inhaber dieses Bankhauses gründete auf der Grundlage der Grubenfelder Findeisens den Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauverein, dessen Anfangskapital 200 000 Taler betrug und der bald durchschnittlich elf Prozent Dividende ausschüttete. Vierzig Jahre lang erzielte er durch schonungslose Ausbeutung der Bergarbeiter ungemein große Profite.

Der Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauverein wurde wegen seines reichen „Dividendensegens“ das lockende Beispiel für viele Neugründungen nach 1855. Die wichtigsten davon waren: Steinkohlenbergbauverein „Gottes Segen“ zu Lugau (1856: „Gottes-Segen-Schacht“), Zwickau-Lugauer Steinkohlenbergbauverein (1856: „Neue Fundgrube“), Oelsnitzer Bergbaugesellschaft (1857: „Hedwigschacht“), Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauverein (Mit den A-, B-, C- und D-Schächten), Niederwürschnitzer-Kirchberger Steinkohlenbergbauverein (1855: „Otto-Schacht“), Lugauer Steinkohlenbergbauverein „Westphalia“ und Lugauer Steinkohlenbergbauverein „Montania“.

Großangelegte Unternehmen mit zusammenhängendem Feldbesitz, allerdings ungünstig gelegen, waren die Chemnitzer Steinkohlengesellschaft

mit 6 471 Scheffel bei Leukersdorf und die Sächsische Steinkohlencompagnie mit 3 130 Scheffel bei Oberlungwitz. Beiden Unternehmen war jedoch kein Erfolg beschieden.

Der Schwerpunkt des Abbaues verlagerte sich um 1855 bis 1860 nach Lugau und schon teilweise nach Oelsnitz vom Beckenrand in die Beckenmitte. Die technischen Einrichtungen und die Abbaumethoden waren jetzt soweit verbessert und entwickelt, daß man die Kohle auch in größeren Tiefen abbauen konnte und nicht mehr auf die Randgebiete angewiesen war, wo die Kohlenflöze ausstrichen. Außerdem waren die Steinkohlenabbau-gesellschaften auch kapitalmäßig zum Tiefabbau in der Lage, was die früheren Eigenlöhnerbetriebe niemals schaffen konnten.

Infolge der stürmischen Entwicklung der deutschen Industrie in den fünfziger Jahren nahm auch das Revier Oelsnitz einen stürmischen Aufschwung. Der Kapitalismus war insgesamt noch ungeheuer ausdehnungsfähig. Auch durch die Weltwirtschaftskrise von 1857 wurde das Oelsnitz-Lugauer Revier nicht allzustark betroffen; da im Jahre 1858 die benachbarten Zwickauer Schächte in einer Muldenhochflut eroffen und dort die Förderung monatelang sehr gering war, kam dies dem Kohlenabsatz des Oelsnitz-Lugauer Beckens zugute.

Aber kurze Zeit danach begann das Tempo der Bergbauentwicklung langsamer zu werden. In der Krise von 1867 und infolge der Kriege in den sechziger Jahren erreichte sie 1867/68 einen Tiefstand, wie dies die Tabelle auf Seite 42 zeigt.

Nachteilig wirkten sich die durch den Mangel an amerikanischer Baumwolle hervorgerufenen Schwierigkeiten in der Textilindustrie und die damit verbundene Stockung im mittelsächsischen Maschinenbau auf die Kohlenförderung aus.

Die Absatzschwierigkeiten und der verschärfte Konkurrenzkampf der Kohlenwerke und der Reviere untereinander, der sich daraus ergab, wurden auf dem Rücken der Bergarbeiter ausgetragen. Alles das wurde noch durch verschiedene lokale Umstände verschärft. Geologische Gutachten anerkannter Professoren, wie Gleinitz (Dresden), v. Cotta (Freiberg) und Naumann (Leipzig), erwiesen sich als falsch. Ein weiterer Grund waren die schlechten Verkehrsverhältnisse, unter denen das Revier litt.

Als 1863 der Norddeutsche Eisenbahnverband durch den sogenannten Pfennigtarif (1 Pfennig je Zentner und Meile) das rheinisch-westfälische Kohlenrevier unerhört begünstigte, wurden der Fernabsatz der sächsischen Kohle eingeeengt und die Kohlenpreise im Revier herabgedrückt. Alles

dies führte schließlich zur ersten, einfachen monopolistischen Vereinigung im Oelsnitz-Lugauer Revier in Form der „Ständigen Konferenz der Vereinigten Kohlenwerke des Chemnitz-Lugau-Würschnitz-Oelsnitzer Bassins“, die zugleich Preiskartell und Unternehmerverband war und zum Vorläufer des Bergbaulichen Vereins wurde. Führender Mann dieser Vereinigung, die im Februar 1862 gegründet wurde, war der Leipziger Advokat Volkmann, der Nachfolger Albert Dufour-Feronces im Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbauverein, zugleich aber auch Teilhaber und Vertreter des Erlbach-Leipziger Steinkohlenbergbauvereins, der Sächsischen Steinkohlencompagnie und einer Grünaer Aktiengesellschaft.

„Die Werke des Würschnitzer Reviers traten am 22. Februar 1862 zusammen, da die hohen Frachtsätze der Wüstenbrand-Würschnitzer Kohlenbahn den Wettbewerb mit Zwickau beeinträchtigten. Es betrug die Fracht von Lugau nach Wüstenbrand 2 Thlr., 10 Ngr. (von Zwickau 2 Thlr., 18 Ngr.), nach Chemnitz 3 Thlr., 4 Ngr. (von Zwickau 3 Thlr., 6 Ngr.), nach Döbeln 5 Thlr., 20 Ngr. (von Zwickau 5 Thlr., 18 Ngr.), nach Berlin 14 Thlr. (von Zwickau 12 Thlr., 10 Ngr.), nach Gößnitz 4 Thlr., 8 Ngr. (von Zwickau 2 Thlr., 1 Ngr.), nach Leipzig 7 Thlr., 21 Ngr. (von Zwickau 5 Thlr., 14 Ngr.).^{7a} Während also nach Osten hin der Unterschied geringfügig war, wurde er nach dem Westen und sogar nach dem Norden hin zugunsten Zwickaus sehr groß. Die Werke forderten deshalb ihre Aktionäre auf, Aktien der geplanten Bahn Gößnitz-Gera zu zeichnen, um den Bahnweg abzukürzen.

Das Würschnitzer Revier litt damals hauptsächlich unter dem Mangel an Klarkohlenabsatz. Umfangreiche Versuche zur Brikettierung, die der Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauverein allerdings mit ungewaschener Kohle angestellt hatte, waren unbefriedigend verlaufen. Man fürchtete auch, daß niemand für den Zentner Briketts 35 Pfennige zahlen werde, wenn er die gewohnte Kohle zu diesem Preis erhalten könne.

Da die Händler damals die Preise durch Erzählung von angeblich billigeren Angeboten der Nachbarwerke immer tiefer drückten, wurde in der Würschnitzer Konferenz vereinbart, daß jedes Werk seine Preise durch Aushängen und etwaige Änderungen acht Tage vorher anzeigen sollte. Großabnehmern durften Nachlässe hierauf gewährt werden. Doch scheint dieser Beschluß häufig Anlaß zu Zwistigkeiten gegeben zu haben.“⁸

^{7a} Thlr = Thaler; Ngr = Neugroschen; 1 Thlr = 30 Ngr.

⁸ Eckardt/May, „Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaues im Erzgebirgischen Becken“, Zwickau 1936, S. 131.

Über die wirtschaftliche Entwicklung dieser Zeit sprechen Zahlen über Belegschaft, Menge und Wert der Kohlenförderung eine deutliche Sprache. Es betragen im Revier Oelsnitz-Lugau⁹:

Jahr	Belegschaft		insgesamt	Kohlenförderung	
	Beamte	Arbeiter		Menge in t	Wert in Mark
1859	51	1134	1185	104 036	918 402
1860	61	1243	1304	118 856	836 877
1861	63	1551	1614	162 670	1 008 078
1862	67	1763	1830	179 960	949 041
1863	68	1915	1983	199 599	1 043 754
1864	71	1891	1962	188 364	1 325 931
1865	75	1877	1952	208 525	1 870 560
1866	76	1807	1883	202 663	1 682 475
1867	79	1970	2049	182 500	1 650 282
1868	65	1834	1899	170 500	1 444 368
1869	70	1618	1688	198 200	1 620 270
1870	66	1692	1758	197 600	1 888 284

Aus der Tabelle wird klar ersichtlich, wie sich die Produktion in den sechziger Jahren weiterentwickelte. Die Förderung stieg auf nahezu das Doppelte, und der Wert der geförderten Menge Kohle stieg sogar um mehr als das Doppelte.

Die Zahl der Arbeiter vergrößerte sich absolut. Die Zahl der Grubenbeamten stieg zwar ebenfalls, sank aber im Vergleich zur Anzahl der Arbeiter. Die Unternehmer rationalisierten ihre Betriebe im Zuge der Einführung von Maschinen und vergrößerten damit ihre Profitquellen. Auf die Steigerung der Arbeitsleistung je Arbeiter werden wir im folgenden Kapitel noch näher eingehen.

Am Ende der sechziger Jahre waren im Oelsnitz-Lugauer Revier 25 Dampfmaschinen zur Förderung, Wasserhaltung und Wetterversorgung in Betrieb. Aus der Schachtkau war das Schachtgebäude geworden (später der Förderturm), um das sich die Werkstätten, die Aufbereitungsanlagen (Kohlenwäsche) und das Huthaus (mit Betsaal) gruppierten.

⁹ J. Richter, „Allerlei zur Heimatgeschichte des Lugau-Oelsnitzer Kohlenbezirks“, Lugau 1936, S. 123.

Die Konzentration des Kapitals und der Produktion brachte viele technische Neuerungen mit sich. Das Los der Kumpel wurde dadurch nicht besser. Die Produktionsmittel lagen in den Händen der Aktionäre und wurden aus Profitstreben heraus angeschafft bzw. verbessert. Die reine Gewinnungsarbeit an der Kohle ging weiterhin nach Urväterart mit dem Flügeleisen im Scheine der Rüböllampe vor sich. Über die Arbeitsverhältnisse, das heißt über die Abbaumethoden im sächsischen Steinkohlenbergbau der damaligen Zeit, berichtete im Jahre 1867 das „Album der Sächsischen Industrie“ (Bd. I, 108/109) recht anschaulich:

„Die Tiefe der Schächte richtet sich natürlich nach der Tiefe, in welcher die Kohlenflöze sich befinden; im Durchmesser sind sie gewöhnlich 14 Fuß lang bis 5 Fuß breit und enthalten drei Abteilungen. Die mittelste Abteilung dient zum Befahren der Grube, die zweite zur Kohlenförderung, und in der dritten geht das Gestänge zur Entfernung der Grubenwässer auf und nieder.

Das Befahren der Grube geschieht jetzt gewöhnlich mittels Leiter, Fahrten genannt, auf welchen man in die Tiefe hinabsteigt. Jede Fahrt ist ungefähr sechs Ellen lang; nach je drei Fahrten befindet sich als Ruhepunkt eine Bretterbühne. — In älteren Schächten werden hin und wieder die Arbeiter noch durch die sogenannten Haspeler hinabgelassen. Gegenwärtig aber werden auf einigen Werken Fahrkünste eingerichtet, wo die Arbeiter durch Maschinen in den Schacht und aus demselben hinaus befördert werden, und ihnen so das ermüdende und zeitraubende Auf- und Absteigen der Leiter erspart wird. Der Kohlenabbau ist ein Pfeilerbau, bei welchem von dem Schacht aus in das Kohlenflöz Strecken getrieben werden und zur Unterstützung des Grubenpfeilers stehengelassen werden. Überdies wird die Decke des Baues durch Querhölzer getragen, welche wieder durch starke, auf beiden Seiten aufgestellte Holzsäulen, die sogenannten Stempel, gestützt werden. — Diese Auszimmerung und die Instandhaltung derselben ist die Arbeit des Zimmerlings.

Gewöhnlich arbeiten zwei Häuer an einem Ort und müssen bei dem Schein ihrer Grubenlichter ihre Arbeit oft liegend, also auf die unbequemste Art, verrichten; vorzüglich ist dieses bei dem sogenannten Schrämen der Fall, wo der Häuer mit seinem spitzen Kohleneisen am Fuße des Kohlenstockes eine möglichst tiefe Kerbe führt. Auf das Schrämen folgt das Schlitzen, nämlich der Häuer führt eine gleiche Kerbe an dem Kohlenstock senkrecht hinab. Nun ist der Kohlenstock auf drei Seiten

losgearbeitet, die Schwere wirkt, er sucht wieder eine feste Unterlage zu gewinnen, zerspringt und löst sich ab, wobei die Kohle knistert und prasselt, als wolle sie in Flammen ausbrechen. Aber selten wartet der Häuer, bis der Kohlenstock sich von selbst löst; dieses geht ihm viel zu langsam und er hilft entweder mit dem Eisen nach oder er benutzt die Kraft des Pulvers, um die Kohle abzusprengen.

Die Pulversprengung erleichtert die Arbeit wesentlich; denn nicht allein wird durch dieselbe der geschrämte Kohlenstock wieder gebrochen, sondern auch dessen nächste Umgebung erschüttert und aufgelockert, so daß die Abarbeitung mit dem Eisen wenig Mühe mehr kostet. Die Kohlenbeförderung geschieht dann teils durch Körbe, teils durch Schleppkästen, gewöhnlich aber durch sogenannte Hunte, welche die im Abbau begriffenen Strecken auf gelegten Eisenschienen durchlaufen. Die Hunte werden entweder durch die Förderleute fortgeschoben, oder sie laufen bei geringer Senkung — fast kein Kohlenflöz ist völlig waagrecht — von selbst dem Förderschacht zu, wo die gefüllten Hunte an Drahtseilen mittels Dampfkraft heraufgewunden und die leeren hinabgelassen werden. Es ist dieses die Arbeit der Förderleute, welche auf diese Weise in großen Gruben den Tag bis 300 Karren Kohlen fördern können. Ein Hunt faßt gewöhnlich einen Viertel Karren; bisweilen werden aber wohl auch Tonnen (ein halber Karren) oder auch ganze Karren auf einmal zu Tage gefördert. Ist ein Teil des Kohlenflözes rein abgebaut, so greift der Häuer nun auch die stützenden Pfeiler an: er baut sie ab. Ist dies geschehen, so werden die Stempel und das andere Holzwerk soweit als möglich herausgerissen, und die Decke bleibt dann mit ihren wenigen sie noch tragenden Stempeln ihrem Schicksal überlassen, dessen Entscheidung auch nicht lange auf sich warten läßt. Bald zersplittern die Stempel unter der ungeheuren Last der Decke und diese stürzt donnernd hinab, mit ihren Trümmern den abgebauten leeren Raum ausfüllend...

Der Eigenlöhner von einst hatte selbst im Schacht mitgearbeitet, mancher Aktionär der Gründerzeit von 1855 kannte jedoch nicht einmal einen Schacht von außen. Eine dem Bergherrn ergebene Beamtschaft trieb nun die Bergleute an. Rücksicht wurde nicht genommen, Einrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit gab es nicht. Dies hätte ja den Profit geschmälert. So klagten die Bergleute oft über „ruinenshafte Anlagen“ und „liederlich montierte Maschinen“. Ein alter Kumpel berichtete¹⁰:

¹⁰ Aus Langhorst, „Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter“, Zur 50jährigen Erinnerung an die Gründung der sächsischen Bergarbeiterorganisation, Zwickau 1924

„Die Wetterführung war auf den verschiedenen Gruben mangelhaft; Kompressoren kannte man noch nicht, es gab nur kleine Ventilatoren, sogenannte Windmühlen. Grubenjungen mußten diese mit der Hand drehen, um so mittels angeschlossener Holzlutton etwas Luft vor Ort zu bringen oder schlechte Wetter (Gase) durch Saugventilatoren zu beseitigen. Andernfalls wurde mit dem Grubenleder gewedelt, um etwas Luft zu schaffen, damit wenigstens die Lampe brannte.“

Über die Verteilung der Arbeitskräfte unterrichten uns folgende Zahlen. Von 1618 Arbeitern des Oelsnitz-Lugauer Reviers im Jahre 1869 waren tätig:

- 710 Arbeiter bei der Gewinnung der Kohle,
- 323 Arbeiter bei der Förderung der Kohle,
- 139 Arbeiter bei der Zimmerung und Mauerung,
- 111 Arbeiter bei Maschinen-, Zeug- und Schmiedearbeit,
- 154 Arbeiter bei der Aufbereitung,
- 181 Arbeiter bei den Platzgeschäften.¹¹

In den fünfziger Jahren finden wir Arbeitszeiten von durchschnittlich 12 Stunden und in einzelnen Fällen sogar bis 15 Stunden (einschließlich einer Stunde Pause). Die Bergherren benutzten dabei den „legalen Weg“ der Überschichten, das heißt, man verlangte 9 Schichten zu je 8 Stunden in der Woche, und die sechsmal zwölfstündige Arbeitszeit in der Woche war fertig. Lange Jahre gab es Streitigkeiten, ob die Pausen, das Ein- und Ausfahren, das Verlesen des Gebetes mit inbegriffen seien. Fest steht aber, daß die Produktion zwar stieg, aber die Arbeitsleistung und die Produktivität stagnierten.

Nach der Tabelle auf Seite 42 sehen wir, daß die Arbeitsleistung von 1859 bis 1870 ungefähr um 25 Prozent stieg. Das hat zwei Ursachen. Einmal stieg natürlich mit der steigenden Verwendung von Dampf- und anderen Maschinen die Arbeitsproduktivität, aber auf der anderen Seite ließen die Unternehmer nichts unversucht, um aus den Arbeitern eine größere Leistung durch Antreibereien und Schikanen herauszuholen. Es wurde nicht mehr die Methode der willkürlichen Arbeitszeitverlängerung angewandt, sondern man verkürzte die tägliche Arbeitszeit und zwang die Arbeiter, in einer Stunde mehr Arbeit zu leisten als vorher. Mit anderen Worten, weil die Unternehmer mit den Methoden der extensiven Produktion und Ausbeutung nicht mehr in der Lage waren, einen höheren Profit zu erzielen, gingen sie dazu über, die Arbeitsintensität zu steigern.

¹¹ Nach dem „Jahrbuch für den Berg- und Hüttenmann“, Jg. 1871, Freiberg.

„Welche Rolle im einzelnen die Erhöhung der Produktivität der Arbeit auf der einen und der Intensität der Arbeit auf der anderen Seite spielen, läßt sich statistisch direkt nicht nachweisen. Aber die Entwicklung der Unfälle ist ein klarer Beweis für die Steigerung der Arbeitsintensität.“¹² Dies behandeln wir in einem gesonderten Abschnitt unserer Arbeit.

Die Kinderarbeit war anfangs im Oelsnitz-Lugauer Bergbau sehr verbreitet und wurde auch durch das Polizeiregulativ von 1856 kaum eingeschränkt, wonach die Beschäftigung von Kindern über zehn Jahren in ihrer schulfreien Zeit „mit leichten Arbeiten“ über Tage erlaubt wurde. Selbst das Berggesetz von 1868 gestattete die Kinderarbeit bei einem Alter von zwölf Jahren für über Tage — und bei einem Alter von vierzehn Jahren für Arbeit unter Tage. Diese Grubenjungen mußten Ventilatoren drehen, Wettertüren bei der Förderung öffnen und schließen und sich bei der Schleppkästenförderung in niedrigen Stollen schinden.

Wenn jedoch die Zwölf- und Vierzehnjährigen zur Grubenarbeit kamen, hatten sie schon bitterste Kinderarbeit hinter sich; denn die Bergarbeiterkinder mußten von klein auf mit ihren Geschwistern der Mutter bei der textilen Heimarbeit helfen. Die Notlage zwang die Bergarbeiterfamilien dazu, ihre Kinder Tag für Tag bis in den späten Abend hinein äußerst schlecht bezahlte Heimarbeit verrichten zu lassen. Diese üblen Verhältnisse veranlaßten den damaligen Oelsnitzer Stiftsarzt Dr. Michaelis, in einer Denkschrift „Über die industrielle Kinderarbeit“ (ein offener Brief an alle Gemeinderäte des Sächsischen Erzgebirges und Vogtlandes von Dr. Curt Michaelis, Stiftsarzt in Oelsnitz bei Lichtenstein; abgedruckt im „Anzeiger für Stollberg und Umg.“ Nr. 15 vom 20. Februar 1867), dagegen Stellung zu nehmen. Es heißt da u. a.:

„Unter den Ursachen, welche den Gesundheitszustand fortwährend verschlechtern, die Lebensdauer verkürzen, Armut und Elend vermehren und schließlich die Gemeinden mit einem unerschwinglichen Aufwand für Armenpflege belasten, ist eine der wirksamsten die industrielle Kinderarbeit, wie sie hier und in vielen Orten des Erzgebirges und Vogtlandes betrieben wird. Es bestehen diese Arbeiten hier bekanntlich im Zusammennähen und Brodieren der Strumpfwaren und Spulen und Treiben als Nebenarbeiten der Weberei, anderwärts in Klöppeln, Sticken, Ausnähen, Tambourieren und Strohflechten.“

Der menschenfreundliche Arzt rügte besonders, daß „die Kinder mit angezogenen Schenkeln und daher gedrücktem Unterleibe auf Tischen.

¹² J. Kuczynski, „Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“, Bd. 1, Erster Teil, Verlag „Tribüne“, Berlin 1954, S. 223.

Bänken, Fensterbrettern und Fußschemeln herumhocken und abends bei sehr schlechter Beleuchtung die Augen verderben.“ (a. a. O.)

Weitgesteckte Forderungen stellte der Arzt allerdings nicht, denn er verlangte, man solle wenigstens die Kinder unter 6 Jahren nicht beschäftigen und für gute Ausgleichsbewegungen (Turnen) sorgen!!

Elend und trübselig begann das Leben für die Proletarier des Kohlenreviers. Spätestens mit 5 und 6 Jahren saßen sie gebeugt im Scheine einer armseligen Rübölfunzel bei ihrer Heimarbeit. Noch vor der Schulentlassung ging es in den Schacht, wo sich die Kräfte so verbrauchten, daß sie bei Vierzigjährigen so gut wie erschöpft waren. Die Wohnungsverhältnisse hatten sich seit der Gründerzeit und dem damit verbundenen Zuzug vieler Bergleute immer mehr verschlechtert. Behelfsmäßige einstöckige „Häuser“ (Hütten, vielfach aus „Guß“, einem Gemisch aus Schlacken und Kalk erbaut) beherbergten Dutzende von starkköpfigen Familien. Die Wohnungen, ganz gleich für wieviel Familienangehörige, bestanden durchweg aus einer Stube im Erdgeschoß und einer Dachkammer. Der Fürst von Schönburg, der geschäftstüchtige Besitzer des herrschaftlichen Kohlenwerkes in Neu-Oelsnitz, ließ einstöckige Häuser errichten, die im Volksmund „Baracken“ oder „Schafställe“ genannt wurden und die sich von den berüchtigten Gesindehäusern Ostelbiens höchstens durch besondere Baufähigkeit unterschieden.

Utopie und Mystizismus

In der Reaktionszeit, während der Ebbe revolutionärer Bewegungen, war der Einfluß utopischer Lehren noch bedeutend. Sie wurden durch Emissäre der westeuropäischen Geheimgesellschaften und durch wandernde Handwerksburschen im Lande verbreitet, jedoch war durch die sektiererische Geheimbündelei ihr Kontakt mit dem sich bildenden Industrieproletariat nur gering.

Unter den Akten des Archivs der Stadt Oelsnitz/E. fand sich eine Abschrift eines „kommunistischen“ Flugblattes von 1850. Wie das beiliegende Schriftstück erkennen läßt, forderte die Behörde im September 1850 die örtlichen Polizeiorgane auf, Jagd auf die fragliche Proklamation zu machen.

Wir erfahren auch aus der Anweisung der Behörde, wer der Urheber dieses Flugblattes war.

Es heißt, daß mit der Unterschrift Dr. Wendel-Hippler die kommunistische Proklamation an mehrere Arbeiter- und Gewerbevereine versandt

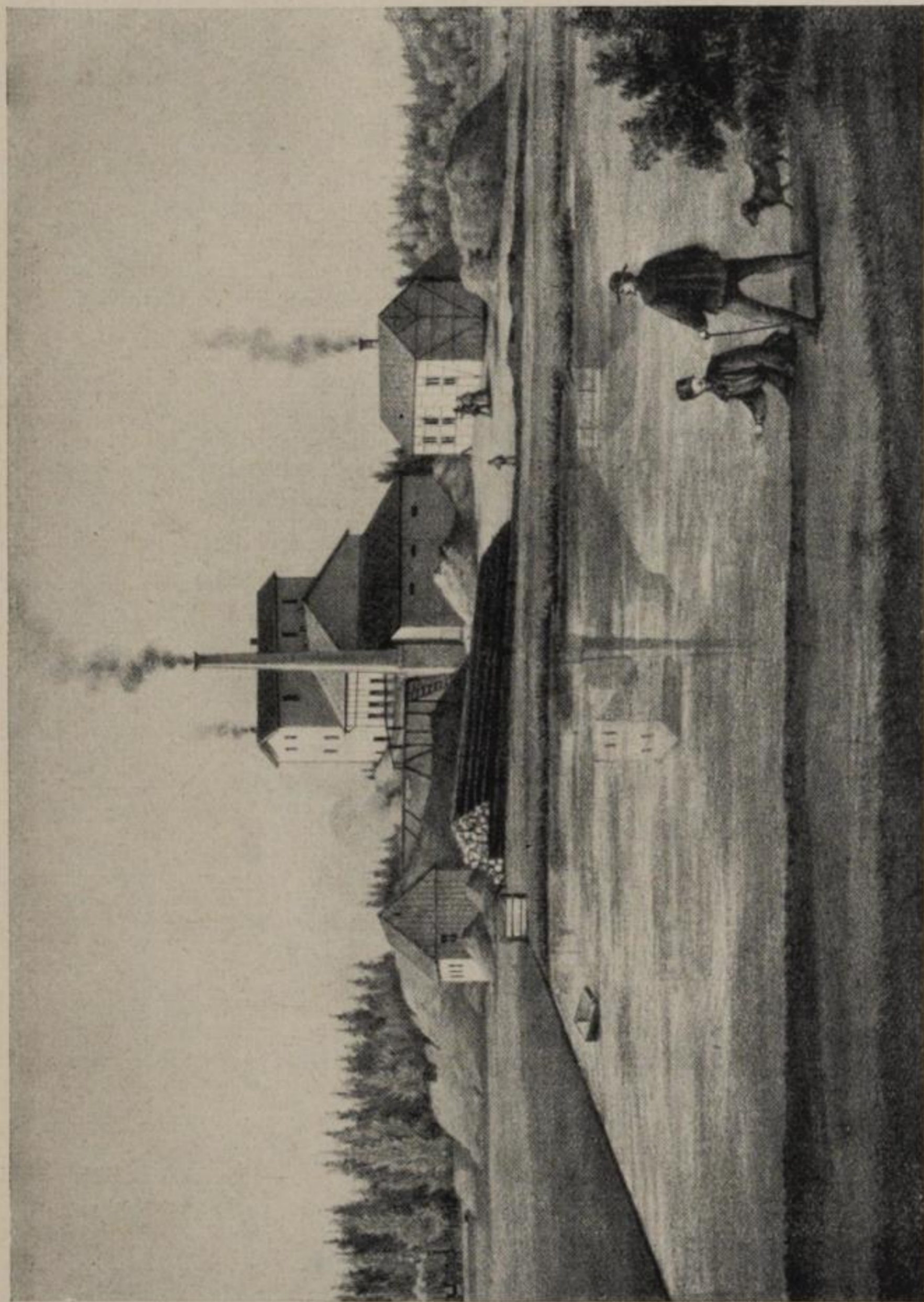
worden wäre. Der Verfasser dieser Schrift sei jedoch in Wirklichkeit der Kieler Kaufmann Karl Georg Althusen, ein „eifriger Anhänger und Verbreiter des Kommunisten Cabet“, der schon dessen „Reise nach Ikarien“ aus dem Französischen übersetzt habe.

Der Aufruf beginnt mit den aufrüttelnden Worten: „Arbeiter, denkt über Euer Los nach, und Ihr müßt einsehen, daß Euch das Elend packt, wenn Ihr den Mutterleib verlassen habt, und daß es Euch nicht eher verläßt, bis Ihr im Sarge ruht. Ihr Söhne der Proletarier wandelt einher in schmutzigen Lumpen, darbt am Geist und hungert am Magen — so steht es um Eure Kindheit. Dann kommt Arbeiten und immer Arbeiten bis auf Schweiß und Blut, Arbeit voll Gefahren, voll Ekel und ohne genügenden Lohn, Arbeitslosigkeit und Schulden, Krankheiten . . .“

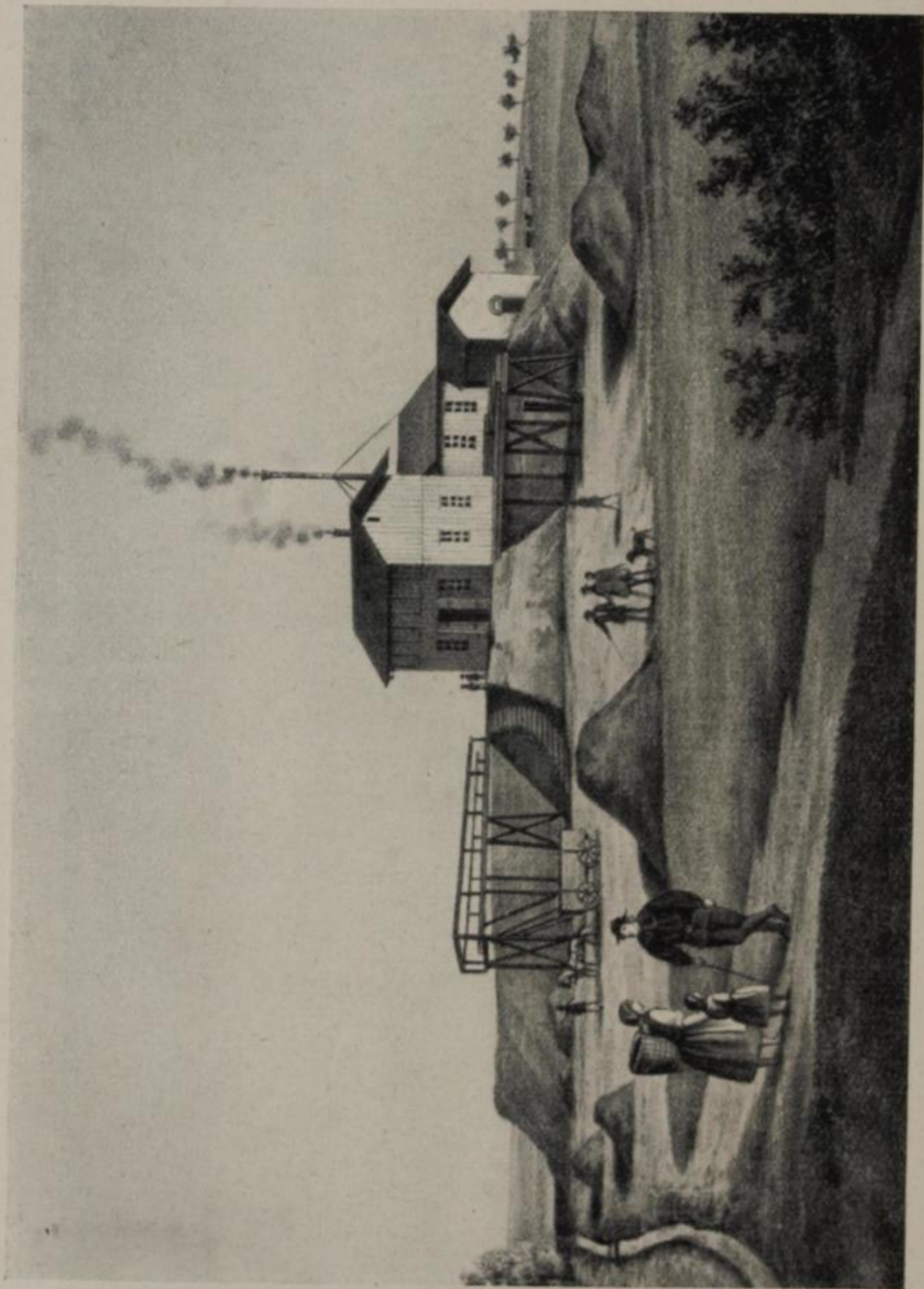
Das gleiche berichtet das Flugblatt über das Leben der erwachsenen Proletarier; denn „im Alter sei nach langem Arbeiten und vielfältigen Vaterlandsverdiensten . . . nichts als Jammer, Elend, Qualen, Hospital oder Selbstmord zu erwarten . . .“ In leuchtenden Farben malt dagegen das Flugblatt die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung. „In der ikarischen Gemeinschaft sind alle Bürger die Besitzer des allgemeinen gesellschaftlichen, nationalen Eigentums; also ist Armut unmöglich. Alle Brüder sind Assoziierte, brüderlich auf gleichem Fuß sich behandelnd, alle arbeiten je nach Fähigkeiten . . . Keine Arbeitslosigkeit, keine Konkurrenz, sondern Arbeitsorganisation, vernünftige Arbeitsregeln, je nach Erfahrung, Klugheit, öffentlicher Meinung und Umsicht der Arbeiter selber.“

Dann forderte der Maueranschlag von 1850 die Arbeiter auf, sich mit den Schriften Cabets vertraut zu machen, abendliche Zusammenkünfte mit ikarischen Vorlesungen zu organisieren, um durch Versöhnung der streitenden Klassen zur „definitiven Gütergemeinschaft“ zu kommen. „Predigen müßt Ihr, Brüder, bis diese Übergangsform und damit das Prinzip der Gemeinschaft von den Regierungen, den Kammern, der gesamten deutschen Nation, die heute hierüber nicht aufgeklärt sind, angenommen worden ist.“ Die naiven Ansichten dieser Apostel der Klassenversöhnung gipfelten dann in den Worten: „Demnach predigen wir die wahrhafte Versöhnung der streitenden Interessen, predigen einen Vertrag der Armen mit den Reichen, wollen beide glücklich wissen und wenden uns an das Recht, die Ehre und die Liebe.“

Diese utopischen unwissenschaftlichen Träume mußten in der Praxis zerschellen. Sie zeigten eine vollkommene Verkennung der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Mit Moralpredigen über Liebe und Appellen an die



D-Schacht des Niederwürschmitzer Steinkohlenbauvereins



C-Schacht des Niederwürschritzer Steinkohlenbauvereins

Nächstenliebe der Kapitalisten konnte die Existenz der Kapitalistenklasse nie gefährdet werden. Keine Ausbeuterklasse wird freiwillig auf ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen verzichten. Eine Ausbeuterklasse kann nur dann gestürzt werden, wenn sich die Ausgebeuteten unter der Führung einer Partei zusammenschließen. Diese Partei kann aber nur eine solche sein, die die Gesetze der Entwicklung der Gesellschaft erkennt und die den Kapitalismus kompromißlos bis zu seiner Beseitigung bekämpft.

Es war noch ein weiter Weg, bis sich auch im Kohlenrevier eine selbständige revolutionäre Arbeiterpartei bildete. Die Hindernisse auf diesem Wege waren nicht nur die klassenversöhnlerische, aber immerhin ein kommunistisches Ziel aufstellende Lehre Etienne Cabets, sondern auch die von den Bergherren bewußt genährten Vorstellungen und Gebräuche. Nach dem Übergang vom kleinbäuerlichen Eigenlöhnerbetrieb und den kleinbürgerlichen Gewerken zum kapitalistischen Gesellschaftsunternehmen eines Steinkohlenbergbauvereins (Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft) in größerem Ausmaß verschwanden zwar jegliche Grundlagen der ehemals vorhandenen patriarchalischen Verhältnisse, aber die Bergherren waren bestrebt, ihre äußeren Ausdrucksformen möglichst lange aufrechtzuerhalten, um mit bescheidenen Ausgaben die Bergleute zu gefügigen Untertanen zu machen. Zu nichts anderem dienten schließlich die im gesunden Volksempfinden wurzelnden, von den Bergherren jedoch mißbrauchten bergmännischen Bräuche.

Mißbraucht wurde schließlich auch die bei manchen Bergleuten vorhandene, durch die Gefährlichkeit der Berufsarbeit geförderte schwärmerische, mystisch-religiöse Einstellung. Mit Vorliebe stützten sich dabei die Bergherren auf die zugewanderten obererzgebirgischen Bergleute, die ihnen infolge der sektiererischen Frömmerei und der sprichwörtlichen erzgebirgischen Bedürfnislosigkeit für ihre schändlichen Zwecke besonders geeignet erschienen. Allerdings sei festgestellt, daß ein großer Teil der obererzgebirgischen und böhmischen Bergleute mit der Zeit die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkannte und den Weg zur Arbeiterbewegung fand. Bei der entwurzelten Dorfarmut, den verelendeten ehemaligen Webern, Wirkern und Tagelöhnern des unteren kapitalistisch weiter entwickelten Erzgebirges dagegen war den raffinierten Methoden der Bergherren von vornherein kaum Erfolg beschieden. Die Erfahrungen aus der 48er Revolution waren in der Arbeiterklasse noch frisch.

Die Knappschaften, die früher genossenschaftlich und später von staatlichen Beamten verwaltet wurden, sind dann im „freien“ Kapitalismus

mit Hilfe der Werkbeamten und Steiger von den Zechenherren in ihrem Interesse dirigiert worden. Das Ziel der Knappschaften war es, die Arbeiter zu konservativem Denken und unterwürfiger Haltung zu erziehen. Die Methoden der Bergherren waren recht mannigfaltig. So war jeder Bergmann zur Teilnahme an Kirchenparaden und am Gebet vor der Einfahrt verpflichtet; er wurde bestraft, wenn er sich dem entzog. Die romantisch-mystische Einstellung mancher Bergleute nährte man bewusst, weil sie dazu beitrug, daß diese die brutale Ausbeutung gottergeben hin nahmen. Die Knappschaften waren nach militärischem Muster organisiert. Von den mit Säbel ausgerüsteten Bergherren und Steigern über die Knappen und Förderleute bis zu den Grubenjungen ging eine militärische Stufenleiter. Das vorgetäuschte innige Verhältnis der Arbeiter zu den Bergherren wurde in der Presse fleißig propagiert. So schrieb die „Leipziger Illustrierte Zeitung“ am 11. Juli 1857 über das Revier:

„Über allem stehen die Bergherren. Religiös, wie alle Bergleute sind, ist Gott ihr oberster Bergherr, ‚Glück auf!‘ ihr Wahlspruch. — Die Arbeiter teilten sich in Zimmerlinge, Häuer, Lehrhäuer und Fördermänner . . .

Sie vereinigen sich in Berufsgenossenschaften nach Gruben und Werken, haben eigene Knappschaftskassen zur Unterstützung bei Unglücksfällen, bei Krankheiten und Tod, führen eigene Fahnen, haben malerische Bekleidung und Musikbanden bei Bergfesten und Aufzügen.“

Einen besseren Einblick in den Charakter dieser Knappschaften zeigt uns ein „Tagesbefehl“ über ein Bergbier des Werkes „Gottes Segen“ aus dem Jahre 1865:

„Die sämtlichen Mannschaften haben sich Sonntag Nachmittag, von 5 bis $1\frac{1}{2}$ Uhr im Bucherschen Saale in Lugau zu versammeln, wo selbst Punkt $1\frac{1}{2}$ Uhr das Verlesen derselben . . . beginnt. Die Mannschaften haben einfache bergmännische Kleidung, schwarze Beinkleider, Kittel mit übergeschnalltem Leder, schwarzes Halstuch oder Binde und Bergmannsmütze anzulegen, und nur die so Bekleideten dürfen am Bergbier teilnehmen . . .“

Das Bergbier sollte — wie es weiter heißt — zur Bildung eines „echten bergmännischen Corpsgeistes“ dienen, und der Tagesbefehl schloß: „Heil dem Bergmannsstand, Glück und Segen dem Werke!“¹³

Dieser Tagesbefehl gibt uns einen Einblick in den militärischen Charakter und die Versuche der Unternehmer, die Arbeiter mit allen Mitteln an sich zu ketten und sich zu unterwerfen.

¹³ Betriebsarchiv des VEB „Karl Liebknecht“ Oelsnitz/E.

*Die erste Tätigkeit August Bebels
und Wilhelm Liebknechts im Kohlenrevier*

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sollte das Wirken August Bebels und Wilhelm Liebknechts von großer Bedeutung werden. Beiden Arbeiterführern gelang es, durch unermüdliche Arbeit und unter größten persönlichen Entbehrungen und Schwierigkeiten die ersten politischen Arbeitervereine im unteren Erzgebirge zu bilden.

Ihre ersten Agitationsreisen unternahmen Bebel und Liebknecht nach 1866, besonders anlässlich der Wahlen zum Reichstag des von Bismarck gegründeten Norddeutschen Bundes, in die erzgebirgischen Weberdörfer, zum Beispiel des Mülsengrundes. Ihre Agitation fand hier einen guten Boden. Die Weberbevölkerung litt hier schon seit Jahrzehnten große Not, die sich in Krisenzeiten noch steigerte. Bei dieser politischen Arbeit war ein scharfer Kampf gegen die Lassalleaner notwendig, die im Erzgebirge ebenfalls Anhänger hatten. Eine Reihe von politischen Arbeitervereinen wurde gegründet, durch Bebel im 17. Reichstagswahlkreis (Glauchau) und durch Liebknecht im 19. Reichstagswahlkreis (Stollberg-Schneeberg), wozu auch der größte Teil des Kohlenreviers gehörte.

Das Wirken der beiden Parteiführer ist um so höher zu bewerten, wenn man die damaligen Verhältnisse im Erzgebirge betrachtet. Nur äußerst mangelhafte Verkehrsmittel standen ihnen zur Verfügung. Besonders schwer hatte es Liebknecht, der — da die Eisenbahn noch fehlte — im Sommer bei glühender Hitze und im Winter bei Schneegestöber zu Fuß gehen mußte; denn sein Wahlkreis reichte weit ins Gebirge hinein. Vor den Wahlen im Sommer 1867 schrieb er an die Lößnitzer Genossen, daß es ihm unmöglich sei, weitere Versammlungen abzuhalten. „Denken Sie“, schrieb er, „am Montag hatte ich von Stollberg nach Geyer zu Fuß zu laufen, am Dienstag gar von Geyer nach Lugau!“¹⁴ Und dabei die furchtbare Hitze, das unregelmäßige Leben . . . Das halte ein anderer aus!“¹⁵

Die ersten größeren politischen Erfolge wurden bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im August 1867 errungen, wobei die Stimmen im Kohlenrevier für Liebknechts Wahlsieg entscheidend waren. Wilhelm Liebknecht hatte schon damals in den klassenkämpferisch gesinnten Bergarbeitern des Oelsnitz-Lugauer Reviers eine feste Stütze.

¹⁴ Anmerkung: Der Fußmarsch von Geyer nach Lugau betrug bei den damaligen Wegeverhältnissen etwa 25 Kilometer.

¹⁵ Ernst Heilmann, „Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge“, Chemnitz, 1912, S. 60.

Bebel stellte damals in einem Brief zufrieden fest:

„In Sachsen haben wir die Bewegung im besten Gange. Arbeiter- und Volksvereine schießen wie Pilze aus der Erde, in unserem Wahlkreis ist kein größerer Ort, an dem nicht ein Arbeiter- oder Volksverein besteht. Einzelne Städte, wie Zwickau, Crimmitschau usw., haben auf allen Nachbardörfern Filialen errichtet und zählen auch unter den Bauern nicht wenig Mitglieder. Dagegen hält sich die ganze Bourgeoisie, ganz vereinzelt Ausnahmen abgerechnet, feindlich gegen uns, und das entspricht natürlich unseren Wünschen. Das einzige Übel, an dem wir leiden, ist die gänzliche Mittellosigkeit der Partei. Alles muß pfennig- und groschenweise zusammengebracht werden. Sie können danach ermessen, was es für Mühe kostete, bis wir zum Beispiel unser Wochenblatt gründen konnten. Dieses hat aber einen guten Boden gefunden (wir zählen jetzt über 1200 Abonnenten), und damit haben wir das Mittel gesichert, die Partei zusammenzuhalten und ihr Wachstum zu fördern.“¹⁶

Das „Demokratische Wochenblatt“ brachte nun ständig Nachrichten über Neugründungen von Arbeitervereinen, wobei die älteren, stärkeren Vereine die Patenschaften übernahmen. Die Zeitung wurde somit zum Organisator der Arbeiterbewegung in diesen Bezirken. Das Bergarbeiterdorf Lugau galt schon zu dieser Zeit als Hochburg. So berichtete das „Demokratische Wochenblatt“ im April 1868:

„In Dorfchemnitz bei Stollberg hat sich ein Arbeiterverein gebildet. Dank der Rührigkeit der Arbeiter- und Volksvereine in Hormersdorf, Stollberg, Auerbach, Lugau usw. greift auch in diesem, bisher etwas zurückgebliebenen Teil des Erzgebirges die demokratische Bewegung immer mehr um sich.“¹⁷

Die Krisenjahre 1866/1867

Die Krise der Jahre 1866/67 war im Lugau-Oelsnitzer Revier besonders schwer. Die Textilindustrie litt an Rohstoffmangel, die Gruben konnten die Kohle nicht absetzen und die Heimindustrie war zu der Zeit endgültig ruiniert. Besonders schwer wurden die Randgebiete des Reviers, der Mülsengrund, Hohenstein und Oberlungwitz, betroffen. Es entstand eine Situation, die der von 1847/48 in manchem ähnlich war, wenngleich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands

¹⁶ August Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. I, Dietz Verlag Berlin, 1953, S. 185.

¹⁷ „Demokratisches Wochenblatt“ Nr. 17 vom 25. April 1868, S. 131.

inzwischen große Fortschritte gemacht hatte und die Bourgeoisie „ihre allmähliche gesellschaftliche Emanzipation mit dem sofortigen Verzicht auf eigene politische Macht“¹⁸ erkaufte hatte. Wie groß die Notlage der Massen war, schilderte das „Demokratische Wochenblatt“ im Frühjahr 1868:

„Aus Hohenstein-Ernstthal berichtet man uns: Der Notstand ist bei uns ebenfalls ein sehr großer unter den Webern, und weil die Weberei die vorherrschende Industrie in unseren beiden Städten ist, so leiden alle anderen Gewerbe mit. Viele Arbeiter stehen brotlos da und es ist eine ordentliche Jagd nach Arbeit bei den Verlegern (Faktoren), und wenn einer das Glück hat, ein bißchen zu bekommen, dann sind die Löhne derart, das es gerade nur heißt, er hat Arbeit und obendrein müssen wir hernach erst abwarten, was wir aus Gnade und Barmherzigkeit erhalten. Ohne Abzug kann es nicht abgehen, die Ware mag geliefert werden wie sie nur will, und ist das Stück halbwegs fehlerhaft, so setzt es auch gleich gar keinen Lohn. Auf der anderen Seite werden die Arbeitslosen und diejenigen, welche kaum genug verdienen, um notdürftig sich satt zu essen, mit Auspfändung bedroht, wegen rückständiger Kommunalabgaben. Die Not und die Schinderei ist so groß und ein Bedrängnis im Geschäft, wie man sich noch gar nicht zu erinnern weiß.“¹⁹

Auch in den Bergarbeiterdörfern zeigten sich die Symptome: Verelendung, Seuchen und Massensterblichkeit, Ansteigen der Kriminalität und des Bettelwesens. Die einzige Maßnahme der sächsischen Regierung war die Stationierung von Polizeisoldaten in den Bergarbeiterdörfern.²⁰ Den verhältnismäßig niedrigen Löhnen der Bergarbeiter standen hohe Lebenshaltungskosten gegenüber, der Zuschuß durch heimarbeitende Familienangehörige kam in Fortfall, und Hunger und Not hielten überall Einkehr. Den schnell steigenden Lebensmittelpreisen folgten die Löhne in keinem Verhältnis. In der nachfolgenden Tabelle werden die Getreidepreise mit den Löhnen der Bergarbeiter verglichen. Deutlich zeigt sich dabei, daß die Löhne im Oelsnitz-Lugauer Revier mit zu den niedrigsten in Sachsen zählten.

Selbst wenn in den 60er Jahren der Reallohn vorübergehend während einiger Zeit stieg, war das Existenzminimum für die Bergarbeiterfamilien nicht gegeben.

¹⁸ Friedrich Engels Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg“, Dietz Verlag, Berlin 1946, S. 8/9.

¹⁹ „Demokratisches Wochenblatt“ Nr. 13, 28. März 1868, S. 99.

²⁰ Vgl. Emil Junghannß, „Chronik von Oelsnitz/E.“, Oelsnitz/E., 1901, S. 445.

Jahr	Arbeitslohn ²¹		Getreide- preise	Jahr	Arbeitslohn ²¹		Getreide- preise
	Dresden	Lugau			Dresden	Lugau	
1857	100	100	100	1863	105	98	96
1858	107	103	106	1864	112	107	81
1859	107	103	107	1865	125	112	85
1860	102	97	112	1866	125	111	124
1861	108	103	102	1867	133	118	146
1862	102	98	109				

Über das Verhältnis zwischen dem Einkommen und den Lebenshaltungskosten einer Bergarbeiterfamilie berichtet uns das „Demokratische Wochenblatt“²²:

„Ein Rechenexempel

(von einem Bergarbeiter aus der Umgebung von Zwickau)

Der Bedarf einer Familie von 5 bis 6 Personen zu ihrem Lebensunterhalt täglich:

6 bis 7 Pfd. Brot à 13 Pf. pro Pfd.	7 Gr.	8 Pf.	bis	9 Gr.	1 Pf.
6 bis 7 Loth* Butter à 4 Pf. pro Loth	2	4		2	8
1/2 Metze** Kartoffeln	2	—		2	—
Oel	1	—		1	5
Schulgeld und Gemeindeabgaben	1	—		1	—
Hauszins***	2	—		2	5
Salz, Seife, Kaffee etc.	1	—		2	—
Bekleidung	3	—		4	—
	20 Gr. 2 Pf.		bis	24 Gr. 9 Pf.	

Einnahme täglich 15 bis 18 Groschen.

Ausgabe täglich 20 Groschen, 2 Pf. bis 24 Gr., 9 Pf.

Ergibt sich ein Defizit von 5 Gr., 2 Pf. bis 6 Gr., 9 Pf. pro Tag, das heißt monatlich 5 bis 7 Thlr. und jährlich 60 bis 84 Thlr.“

* Loth (altes Handelsgewicht) = 1/32 Pfund.

** 1 Metze (altes Hohlmaß) = etwa 6 1/2 Liter.

*** Hauszins war in dieser Gegend das gebräuchliche Wort für Wohnungsmiete.

Das Existenzminimum war somit nicht gegeben. Wenn man bedenkt, daß die obige Haushaltsrechnung kein Gramm Fleisch berücksichtigt und die aufgeführten Lebensmittel mengenmäßig äußerst niedrig angesetzt sind, so ergibt sich, daß die Bergarbeiter mit ihren Familien ein elendes Hungerdasein führen mußten.

²¹ Die Indexzahlen sind errechnet nach Statistiken des „Jahrbuchs für den Berg- und Hüttenmann“, und dem „Stollberger Anzeiger“.

²² „Demokratisches Wochenblatt“ 1868, S. 91.

Der Übergang zur intensiven Produktion und Ausbeutung ist durch rücksichtslose Straf- und Disziplinarordnungen, mörderische Gedingesysteme und Lohndrückerei überhaupt gekennzeichnet. Rücksichtslos, von unerhörter Profitgier getrieben, ging die Bourgeoisie vor. Wie die elende Lohndrückerei und die Willkür der Unterbeamten beim Gedingewesen sich auswirkten, zeigt folgende Arbeiterkorrespondenz im „Demokratischen Wochenblatt“.²³

Der Bergarbeiter A. Munkelt berichtete, wie es ihm auf dem Unglückschacht „Neue Fundgrube“ in Lugau ergangen ist, als er mit sechs anderen Häuern und einem Zimmerling Gesteinsarbeiten in einem Querschlag verrichtete:

„Es wurde uns Arbeitern ein Gedinge gestellt, gleich einem Generalgedinge, und zwar: für die ersten 40 Lachter (ein altes bergmännisches Längenmaß; 1 Lachter — 80 Zoll = $6\frac{2}{3}$ Fuß = 2,092 m), à Lachter 19 Thlr., für die nächsten 50 Lachter à Lachter 20 Thlr. und von da bis zur Grenze à Lachter 21 Thlr. Das Gedinge wurde zwischen uns Arbeitern und den beiden Untersteigern Kröder und Krüger abgeschlossen, als unabänderliches Gedinge von beiden Seiten. Dies Verhältnis setzte sich fort bis zum Monat Juli 1866, wo uns Arbeitern oben besagtes Gedinge, und zwar, wie es hieß, infolge der Kriegereignisse von 21 auf 18 Thlr. à Lachter herabgedrückt wurde. Infolge des festen Gebirges waren wir im Monat September 1866 nicht imstande, den normalmäßigen Schichtlohn verdienen zu können. Es wurde uns selbst aufgedrungen, die abgebrachten Gebirge (Erde und Steine) zu versetzen oder zu fördern, was durchaus nicht in unser Gedinge gehörte.

Im September 1866 führten wir Beschwerde bei Herrn Direktor Müller über wenigen Verdienst und das herabgedrückte Gedinge, wobei wir in Erfahrung brachten, daß derselbe nicht einmal wußte, daß unser Gedinge für die Monate Juli und August auf 18 Thlr. herabgesetzt worden war. Nachdem Herr Direktor Müller unsere Beschwerde gehört, entließ er uns mit dem Bedeuten, erst mit den Steigern sprechen zu wollen. Nach einigen Tagen aber fragten wir bei Untersteiger Kröder an, ob derselbe über unser Gedinge mit dem Herrn Direktor gesprochen habe; darauf gab uns Kröder zur Antwort: „Munkelt, das geht Euch nichts an, das mache ich, wie ich will!“

²³ „Demokratisches Wochenblatt“, Artikelserie „Weiße Sklaven“ III, 1868, S. 37/38.

Und wir sind bis zur Grenze à Lachter mit 18 Thlr. verdingt geblieben. Es ist mir aber auch nicht unbekannt geblieben, daß Herr Betriebsdirektor Müller vom ersten Lachter bis zur Grenze, also die ganze Länge des Querschlags, an die beiden Untersteiger Kröder und Krüger verdingt hat, und zwar à Lachter zu 24 Thlr., so daß wir nur ein Aftergedinge hatten und es somit in dem Willen der Untersteiger stand, uns nach ihrem Ermessen das Gedinge zu stellen und zu halten. Es ist mir aber auch ferner nicht unbekannt geblieben, daß die beiden Untersteiger Kröder und Krüger neben ihrem festen Gehalt und ihrer vierteljährlichen Kohlendividende die Summe von 554 Thlr. in einem Zeitraum von 11 Monaten durch dieses hier beschriebene Gedinge verdient haben.“

Die berüchtigten Strafordnungen verwandelten die Werke in Zuchthäuser, und die Entrechtung der Knappschaftsmitglieder machte die Bergleute geradezu zu Leibeigenen, unterband faktisch ihre Freizügigkeit und nahm ihnen die Menschenwürde. Erschütternd sind die Korrespondenzen der Bergarbeiter in der Artikelserie „Weiße Sklaven“ des „Demokratischen Wochenblattes“. Durch die mannigfaltigsten Lohnabzüge stahl man den Bergleuten einen bedeutenden Teil ihres ohnehin geringen Lohnes. Geldstrafen gab es für jedes kleinste Vergehen, Hunte wurden willkürlich „genullt“, das heißt nicht angerechnet, weil sie angeblich nicht ganz voll waren oder Berge enthielten. Das Öl für das Geleucht, ja sogar sein Werkzeug, das Gezähe, hatte der Bergmann lange Zeit selbst zu kaufen. An jeder Tonne Kohle klebten der Schweiß und das Elend, zuweilen aber auch das Blut der Bergarbeiter.

Die Intensivierung der Ausbeutung und die Profitgier der Zechenherren führten zur Erhöhung der Zahl der Betriebsunfälle und großen Grubenunglücken. Einer der furchtbarsten Massenunfälle ereignete sich am 1. Juli 1867, als in Lugau der einzige Schacht der „Neuen Fundgrube“ des Zwickau-Lugauer Steinkohlenbergbauvereins zusammenbrach. Es war nur ein Schacht vorhanden, und die Leitung des benachbarten Werkes „Gottes Segen“ hatte sich geweigert, eine Verbindung herzustellen. Hauptursache des Unglücks war jedoch die schauerhafte Beschaffenheit des Schachtausbaues der „Fundgrube“. Der Schacht war zusammengestürzt. 101 Bergleute in einer schauerlichen Tiefe begraben. In verbrecherischer Weise hatte die Betriebsleitung trotz warnender Stimmen und bedrohlicher Anzeichen die Schachtzimmerung in gröbster Weise vernachlässigt. Kapitalistische Aktionäre, darunter die schwerreichen Fabrikanten Meinert und Esche, luden die schreckliche Schuld auf ihr Gewissen. 44 Ehefrauen den Mann und 137 Kindern den Vater und Ernährer geraubt zu

haben. In Zusammenarbeit mit der Klassenjustiz wurde die Schuldfrage vertuscht, das Verfahren eingestellt und Betriebsdirektor Müller, der vor der empörten Menge in Schutzhaft genommen war, wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl 59 Zeugen — mit nur einer Ausnahme (Obersteiger) — die schwersten Beschuldigungen gegen ihn erhoben hatten.

Die Empörung der Bergarbeiterbevölkerung zwang die Regierung, eine Untersuchung der Ursachen und Umstände einzuleiten. Der amtliche Bericht der Untersuchungs- und Rettungskommission²⁴ umging jedoch die Ursache des Schachtbruches.

Unter dem Druck der Arbeiter behandelte ein Teil der Presse das Massenglück in ihren Spalten. So schrieb das „Chemnitzer Tageblatt“ schon vor der Veröffentlichung des Berichtes am 7. Juli 1867²⁵: „... Der Direktor der ‚Neuen Fundgrube‘ ist teils zu seiner eigenen Sicherheit, teils weil ihm große Fahrlässigkeit vorgeworfen wird, verhaftet worden...“

Kurz nach der Veröffentlichung des amtlichen Berichtes schrieb die „Constitutionelle Zeitung“ (Dresden) am 13. Juli 1867²⁶:

„... und dann, wie steht es mit der gehandhabten Bergpolizei? Ist es wahr, daß der liederliche Zustand des Schachtes schon längst in der Umgegend bekannt war und daß derselbe im Volksmund nicht anders als ‚der liederliche Schacht‘ hieß, und wenn es wahr ist, hat man nicht auch seitens der Bergpolizei davon Kenntnis gehabt? Und weiter! Wenn man diese Kenntnis gehabt, ist etwas und was ist geschehen, um dieser Liederlichkeit abzuhelfen? Auf diese und viele andere Fragen verlangen wir klare und bündige Antwort...“

So zwangen die Werktätigen die Regierung, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Für den oben erwähnten Prozeß war es nötig, vom königlichen Berginspektor Kühn (Zwickau) eine Stellungnahme zum Schachtbruch einzuholen. Kühn verfolgte mit seinem Bericht zwei Ziele, erstens die Unschuld der Unternehmer und zweitens die der Regierung (speziell die des Regierungsbeamten Kühn) zu „beweisen“.

Deshalb schrieb dieser in seinem Bericht²⁷ am 20. Juli 1867:

„Was zunächst das immer noch mit Beharrlichkeit auftretende Gerücht, daß der Zustand des Schachtes von ‚Neue Fundgrube‘ bereits seit längerer Zeit als gefahrdrohend bekannt gewesen sei, und daß ich denselben in meinen, neuerdings erstatteten Berichten nicht Erwähnung getan habe...“

²⁴ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Rep. IXb Abt. A, Bl. 29a, 29b, 30a.

²⁵ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, Rep. IXb Abt. A.

²⁶ Ebenda, Bl. 39a—b.

²⁷ Ebenda, Bl. 47a—54a.

betraf, so wollte er sich bis zum Ausgang des Prozesses gegen Müller eigentlich der Stimme enthalten. Kühn ist natürlich überzeugt, daß es sich um eine „von gewissen Kreisen absichtlich hochgehaltene Stimmung gewisser Arbeiterkreise zu Lugau“ handelt.

Herr Kühn hatte die Grube in dem Jahre vor dem Schachtbruch (das letzte Mal einige Wochen vor dem Unglück) dreimal befahren und dabei war ihm „nichts Gefahrdrohendes oder sonst einer Rüge oder Anordnung bedürftendes im Zustande des Schachtes aufgefallen“. Das Oberbergamt zu Freiberg bestätigte nur zu gern die „saubere Arbeit des Herrn Kühn“.²⁸ Die Logik des Herrn Bergbeamten war sonderbar. Ein ungeheures Unglück hatte sich ereignet, aber nach dem Bericht dieses Herrn zu schließen, hatte dieses Unglück keine Ursache, denn „nichts Gefahrdrohendes“ war ihm aufgefallen.

So standen sich die Berichte der Bergarbeiter und die Berichte der unternehmerhörigen Bergbeamten entschieden gegenüber. Die Arbeiter hatten auf den gefahrdrohenden Zustand des Schachtes der „Neuen Fundgrube“ schon vor der Katastrophe aufmerksam gemacht, was alles von der Betriebsdirektion in den Wind geschlagen oder bagatellisiert wurde.

Nicht nur die Logik des Herrn Berginspektors stand auf schwachen Füßen, auch seine Scharfsichtigkeit war wenig entwickelt.

So, wie die Bergbeamten im Falle der „Neuen Fundgrube“ alle Hinweise der Arbeiter auf den gefahrdrohenden Zustand des Schachtes in den Wind geschlagen hatten, so tat es auch Herr Kühn im Falle des „Otto-Schachtes“. Die Bergarbeiter waren unermüdlich, immer wieder zu erklären, daß aus dem Unglück auf der „Neuen Fundgrube“ wenigstens die eine, aber dringende Lehre gezogen werden müsse, daß der miserable Zustand des „Otto-Schachtes“ beseitigt werden müsse.

Allgemein war bekannt, daß es noch gefährlichere „Löcher“ als die „Fundgrube“ gab. Den „Otto-Schacht“ in Niederwürschnitz bezeichnete man als eine Ruine, die Beschaffenheit des Schachtes ließ das Schlimmste vermuten. Die Bolzenschrotzimmerung war so verdorben, daß sich schließlich die Arbeiter weigerten, in die gefahrdrohende Tiefe zu steigen. Der selbstherrliche Bergverwalter ignorierte die warnenden Hinweise und ließ sogar nach den „Aufwieglern“ fahnden. Als er feststellen mußte, daß alle Bergleute einer Meinung waren, ließ er die Reparaturarbeiten beginnen. Herr Kühn dagegen fand auch in bezug auf den „Otto-Schacht“ in seinem Bericht alles in Ordnung. Er schrieb²⁹:

²⁸ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda.

²⁹ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda.

„Schließlich halte ich es hier noch am Orte zu erwähnen, daß auch die in Bezug auf den ‚Otto-Schacht‘ zu Niederwürschnitz und den ‚Hedwig-Schacht‘ zu Oelsnitz (wo sich erst ein Jahr vorher durch eine Grubenexplosion das erste große Unglück im Revier ereignete — d.Vf.) betreffs des Zustandes dieser Schächte aufgetauchten Gerüchte unbegründet sind . . .“

Er fand also alles in Ordnung, wie der Betriebsdirektor Müller vor der Katastrophe auf der „Neuen Fundgrube“ alles in Ordnung befunden hatte und auch Herr Kühn nach dreimaligem Befahren der Grube nichts Gefahrdrohendes entdeckt hatte.

Doch wenige Monate später erfuhr der Zweckoptimismus des Herrn Kühn ein furchtbares Dementi. Der vom königlichen Bergamtsinspektor für in Ordnung befundene „Otto-Schacht“ brach im Januar 1868 (wohlgemerkt: 6 Monate nach dem Schachtbruch auf der „Neuen Fundgrube“) zusammen.

Glücklicherweise war gerade niemand im Schacht. Als nun die Kritik auch auf den „Gottes-Segen-Schacht“ übergriff, ließ der dortige Zechenpascha Kneisel im „Stollberger Lokalanzeiger“ die Drohung verbreiten, er würde jeden „Ruhestörer“ gerichtlich verfolgen lassen.³⁰ Schließlich wurden dann doch die dringendsten Reparaturen vorgenommen.

So schwach die Logik Kühns war, so mußte er doch irgend jemanden für das Unglück auf „Neue Fundgrube“ verantwortlich machen, das so viele Opfer gekostet hatte. Aber wen?

Natürlich mußte er erst noch dem Betriebsdirektor Müller bescheinigen, daß er keine Schuld hatte,³¹ „ . . . da es gegen alle menschliche Vernunft ginge, wenn derselbe über hundert Menschen, seine und die Existenz des Werkes gegen besseres Wissen selbst aufs Spiel gesetzt hätte“.

War Kühns Logik auch schwach, so war sie doch in ihrer Art findig. Er fand nämlich, daß nur die Arbeiter selbst an ihrem Unglück schuld seien. Denn, so behauptete er, es seien ja dem Bergamt keine Mitteilungen über den schlechten Zustand des Schachtes gekommen. Wenn er auch zugibt, daß offizielle Beschwerden für die Arbeiter zu gefährlich seien (aus dem Bericht von Marx und Engels wird uns ja klar, warum!), so hätten die Arbeiter nach Kühns Meinung anonym schreiben können.³²

³⁰ „Demokratisches Wochenblatt“, Artikelserie „Weiße Sklaven“ VIII, 1868, S. 127.

³¹ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda.

³² Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda: „ . . . der Weg, den sie wegen etwaiger Bedenken in bezug auf die Sicherheit des Schachtes zur Prüfung beziehentlich Abhilfe einzuschlagen hatten, war ihnen unzweifelhaft bekannt, und konnte von ihnen, ohne sich ihrer Grubenverwaltung gegenüber zu kompromittieren, mittels anonymen Zuschrift betreten werden . . .“

Ja, allen Arbeitern wirft Kühn vor, daß sie überhaupt eingefahren sind, „... denn ich möchte“, schreibt er, „die Gewalt kennen, die sie vermocht hätte einzufahren, wenn sie eine Katastrophe, wie die eingetretene, nur entfernt möglich gedacht hätten“.

Die Demagogie des Herrn Kühn hat hier geradezu kühne Formen angenommen. Erst taten die Bergbeamten alles, um den Widerstand und Protest der Bergarbeiter zu brechen, ja sogar einen frömmelnden Fatalismus zu erzeugen, und dann wurden die Arbeiter noch beschimpft, wenn sie sich nicht mit Energie und Geschlossenheit ihrer Haut gewehrt hatten. Im Zuge der Verleumdungen wurden die Bergarbeiter noch weiter von Kühn beschmutzt³³:

„Nach diesen allen sehe ich das in Frage befangene Gerücht vorläufig als ein unbegründetes und innerlicher Wahrheit entbehrendes an ... In letzter Beziehung ist in Erwägung zu ziehen, daß in Lugau die Bergarbeiterbevölkerung zu einem großen Teil nicht in Leuten besteht, die von Jugend auf sich der Bergarbeit gewidmet haben, sondern in Leuten, die unmittelbar aus der ungebundenen Beschäftigung am Web- und Strumpfwirkerstuhl zum Bergbau übergegangen sind und sich an die in einem Grubenetablissement erforderliche Disziplin nicht gewöhnen mögen.“ Dafür, daß im Zuge der kapitalistischen Entwicklung die kleinen Warenproduzenten und in der Hausindustrie Beschäftigten ins Industrieproletariat geschleudert wurden, daß sie eben in den Bergbau gehen mußten, wenn sie nicht verhungern wollten, verhöhnt sie Herr Kühn noch. Diese Arbeiter waren die profitabelsten Ausbeutungsobjekte für die Unternehmer; ihre sozialen Verhältnisse waren besonders schlecht.

Aber letzten Endes verrät sich Kühn doch³⁴:

„Darin scheint mir auch der Schwerpunkt bei dem Unglücksfall auf ‚Neue Fundgrube‘ zu liegen, indem sich in der Gegend der Bruchstellen, soviel mir zur Zeit bekannt geworden, in der Woche oder doch drei bis vier Tage vor dem Unglücksfall nicht undeutliche Zeichen plötzlichen Eintrittes ungewöhnlichen Druckes eingestellt haben mögen.“

Der ganze Bericht Kühns sollte veröffentlicht werden. Doch gerade dieser letzte Teil erschien dem Ministerium in Dresden nicht geeignet, die gerechte Proteststimmung weiter Kreise der Bevölkerung zu beschwichtigen. Auf einen entworfenen Artikel schrieb daher ein Beamter des Ministeriums³⁵:

³³ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda.

³⁴ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda.

³⁵ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda, Bl. 55 s.

„Nebenstehender Entwurf ist von S. Exzellenz dem Herrn Minister, weil die Veröffentlichung des 2. Teiles des Kühn'schen Berichtes doch nicht allenthalben ohne Bedenken sei, am 3. September 1867 an den Ref. zurückgegeben.“

Aus Angst vor den Arbeitern wurde kein offizieller Bericht über die Ursachen des Schachtbruches gegeben, wenn auch sonst in der Presse dazu Stellung genommen wurde. Der wahre Grund dafür war ein offenes Geheimnis.

Dies offenbarte die Stärke des Proletariats, zugleich aber auch die noch vorhandene Schwäche. Das Proletariat war so stark, daß die Regierung es nicht wagen konnte, es öffentlich zu verleumden, aber es war zu schwach, um von der Regierung öffentlich Rechenschaft zu erzwingen.

Der Zechenpascha Kneisel vom Schacht „Gottes Segen“, der aus Profitgründen einen Durchbruch zur benachbarten Zeche „Neue Fundgrube“ verhindert und damit den Verunglückten die Möglichkeit des Ausstiegs durch den Schacht „Gottes Segen“ genommen hatte, sollte für seine „Verdienste“ bei den Rettungsarbeiten auf Vorschlag des Oberbergamts Freiberg mit dem „Ehrenkreuz des Albrechtordens“ dekoriert werden. Das Ministerium mußte jedoch davon Abstand nehmen, da die Bergarbeiterbevölkerung Kneisel als Leuteschinder und Mitverantwortlichen am Unglück brandmarkte. Regierung und Bourgeoisie mußten der Stimmung der Bevölkerung Rechnung tragen.³⁶

Die Verlegenheit der herrschenden Klasse war insofern auch groß, als dieses Unglück gerade in die Wahlkampagne des Jahres 1867 fiel. Vor allem waren es die Konservativen, die versuchten, den Unwillen und die Empörung der Arbeiter für sich auszunutzen und zu verhindern, daß die Arbeiter in wachsender Erkenntnis ihrer wirklichen Klasseninteressen zu Anhängern von August Bebel und Wilhelm Liebknecht wurden. Die konservative Demagogie wurde erleichtert, weil die meisten kapitalistischen Unternehmer liberal eingestellt waren. Ein Beispiel der konservativen Wahldemagogie lieferten die „Dresdner Nachrichten“ vom 16. August 1867.³⁷

„Daß der Staat auch dem Arbeiter das Recht der Existenz gewährleisten, ihn gegen Unterdrückung schützen will, das nennt Herr Müller ‚Bevormundung‘, und daß den Kohlenarbeitern dieselben Garantien der Sicherheit gewährt werden sollen wie dem Regalarbeiter (das heißt

³⁶ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda, Bl. 102 f.

³⁷ Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden, ebenda, Bl. 63.

Arbeiter im damaligen staatlichen Erzbergbau, in dem der feudale Einfluß besonders stark vorhanden war [d. Vf.], das sind die ‚unübersehbaren Nachteile‘, von denen Herr Müller redet!“

Verstärkung der Aufsicht durch den feudalen Staat, das heißt Verstärkung der feudalbürokratischen Gängeleien und Bevormundung, das war also die Losung der Konservativen, die sie den Arbeitern schmackhaft machen wollten. War aber das wirklich im Interesse der Arbeiter? Im Interesse der Arbeiterklasse lag, daß sich Deutschland so schnell wie möglich von allen feudalen Hemmnissen befreite und ein wirklich demokratischer einheitlicher Staat wurde.

Nicht der feudalbürokratische Staat, sondern nur die wachsende Organisation der Arbeiterklasse konnte Schutz gegen die kapitalistische Willkür und Ausbeutung erkämpfen und die kapitalistische Ausbeutung schließlich überwinden. Die Arbeiter kämpften auch gegen die Demagogie der Konservativen erfolgreich an. Im „Stollberger Anzeiger“ veröffentlichten Arbeiter ein Gedicht zur Wahl von Wilhelm Liebknecht³⁸:

„Ihr Arbeiter alle, laßt Euch nicht berücken
durch Worte und durch Lippen,
seid einig in Wahl und Recht —
aus *Liebe* der Wahrheit *Knecht*.

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
und wollte uns verschlingen,
wir wollen den Herrn Grafen³⁹ nicht,
für Herrn Liebknecht wollen wir stimmen!“

Im Herbst 1867 wählten die Kumpel des niederen Erzgebirges August Bebel und Wilhelm Liebknecht und erteilten damit sowohl den Konservativen als auch den Liberalen die richtige Antwort.

Auf dem Geraer Arbeiterversammlungstag im Oktober 1867 nahmen die versammelten Delegierten auf Grund des Lugauer Unglücks zu den Problemen der Bergleute in einer Entschließung Stellung⁴⁰:

„Die in letzter Zeit im Bergbau vorgekommenen Unglücksfälle machen es den Arbeitern zur Pflicht, die Landesregierungen zu veranlassen, daß Gesetze geschaffen werden, wonach jeder Arbeitgeber oder Unternehmer

³⁸ „Stollberger Anzeiger“, 3. Februar 1867.

³⁹ Gegenkandidat war Graf zur Lippe.

⁴⁰ August Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 168/169.

eines industriellen Etablissements die Verpflichtung hat, für jeden Schaden, den der Arbeiter während der Verrichtung seiner Tätigkeit erleidet und der durch Fahrlässigkeit seitens des ersteren entstanden ist, einzutreten. Insbesondere wird bezüglich der Bergarbeiter als notwendig erkannt:

1. Strengste Kontrolle des Staates über die Bergwerksgesellschaften.
2. Gesetzliche Einführung des Zweischachtsystems, bestehend in einem Förder- und einem Sicherheitsschacht.
3. Einführung des Entschädigungsprinzips an die Verunglückten und deren Hinterlassenen auf Grund eines zu erlassenden Gesetzes sowie strengste Handhabung der Bestimmungen in bezug auf Tötung oder Beschädigung aus Fahrlässigkeit.
4. Entschiedene Bekämpfung der einseitigen Einführung sogenannter Knappschaftsordnungen (Geldstrafen, Gedingewesen, Knappschaftskassen betreffend) durch Werkbesitzer und Werkgenossenschaften ohne Vereinbarung und Zustimmung der Arbeiter.
5. Verwaltung der Knappschaftskassen durch die Arbeiter.“

August Bebel selbst hielt das Referat auf dem Geraer Vereinstag, und eine Sammlung ergab 1400 Taler für die vom Unglück Betroffenen.

Viele Arbeiter der „Fundgrube“ und des „Otto-Schachtes“ waren nun arbeitslos. Ihrer knappschaftlichen Rechte gingen sie verlustig, obwohl manche Bergleute seit zehn Jahren viele Taler in die Knappschaftskasse gesteuert hatten. Es gab keine Arbeit. Auf den übrigen Werken verschärften sich die Lohndrückerei, die Strafen und die Schikanen. Dazu wurde die Gegend noch durch die Choleraepidemie, eine Folge des Krieges von 1866, und die Kreditkrise von 1867 in Mitleidenschaft gezogen. Alles das trug dazu bei, daß sich ein revolutionäres Zentrum der Arbeiterbewegung in Lugau beschleunigt herausbildete, an dessen Spitze die Arbeiter der „Neuen Fundgrube“ und des „Otto-Schachtes“ standen.

Das Jahr 1868 brachte für Sachsen das neue Berggesetz. Die Bourgeoisie hatte nun freie Hand im Bergbau, das heißt, alle Hindernisse, feudale Schranken, die bisher dem Vordringen des Kapitalismus im Wege gestanden hatten, fielen. Zweifellos eine bedeutungsvolle Tatsache. Soweit dieses Berggesetz feudale Schranken beseitigte, war dies auch im Interesse des Proletariats. Da jedoch mit diesem Berggesetz die *kapitalistische* Ausbeutung gefestigt wurde, mußte der Kampf des Proletariats verstärkt weitergehen.

Bei der Ausarbeitung und Beschlußfassung über das Gesetz wurden die Eingaben und Wünsche der Bergarbeiter jedoch ignoriert, und einen sozialistischen Abgeordneten im Landtag gab es noch nicht.

„Wir erfahren aus Briefen alter sächsischer Knappen, daß vor Erlaß des Berggesetzes von 1868, und der auf ihm beruhenden Arbeits- und Strafordnung, Versammlungen von Bergarbeitern in Zwickau, Gersdorf, Lugau, Oelsnitz und im Plauenschen Grunde stattgefunden haben. Die dort laut gewordenen Wünsche und Beschwerden verhallten aber im Winde. Regierung, Bergbehörde und ständische Kammern waren darauf bedacht, der privatkapitalistischen Hörigkeit des ‚freien‘ Knappen den Weg zu ebnen.“⁴¹

Auch die Forderungen des Geraer Vereinstages nach verbessertem Arbeitsschutz und Haftpflicht der Unternehmer blieben so gut wie unberücksichtigt. Dagegen wurde aber alles unternommen, um die Arbeiterklasse zu knebeln.

Besonders berüchtigt war der Paragraph 80 des Berggesetzes, der den Bergleuten jegliches Koalitionsrecht streitig machte. Danach konnte sofort eine fristlose Entlassung erfolgen, „wenn sich der Arbeiter wiederholt Ungehorsam gegen bestehende Vorschriften oder gegen die Anordnungen der Bergwerksbesitzer, deren Beamte oder Offizianten sowie der fahrenden Staatsbeamten (Staatsbeamte, die eine Inspektion durchführten, d. Vf.) zuschulden kommen läßt; . . . wenn er andere Arbeiter zum Ungehorsam gegen die vorgenannten Personen aufreizt; . . . wenn er ohne Urlaub oder triftige Entschuldigung länger als einen Tag von der Arbeit wegbleibt; . . . wenn er mit anderen Arbeitern Handlungen verabredet, durch welche von den Bergwerksbesitzern oder deren Beamten Vorteile erzwungen oder sonst gegen dieselben ein unerlaubter Zwang ausgeübt werden soll . . .“⁴²

Durch das Berggesetz von 1868 wurde aber nicht nur die Willkürherrschaft der Bergherren und deren Trabanten sanktioniert, sondern man forderte die Grubenbesitzer ausdrücklich auf, „Arbeits- und Strafordnungen“⁴³ zu erlassen, die heute noch erschütternde Dokumente der Tyrannei sind. Wilhelm Liebknecht sagte später über die Arbeitsordnung auf einem Bergarbeiterkongreß, „daß man die Bergarbeiter teils wie die Schulbuben, teils wie Spitzbuben behandle, ihnen förmlich Fallen stelle und so tue, als ob man ihnen keinen Schritt trauen könne“.

⁴¹ Otto Hué, „Die Bergarbeiter“, Bd. II, Stuttgart 1913, S. 77.

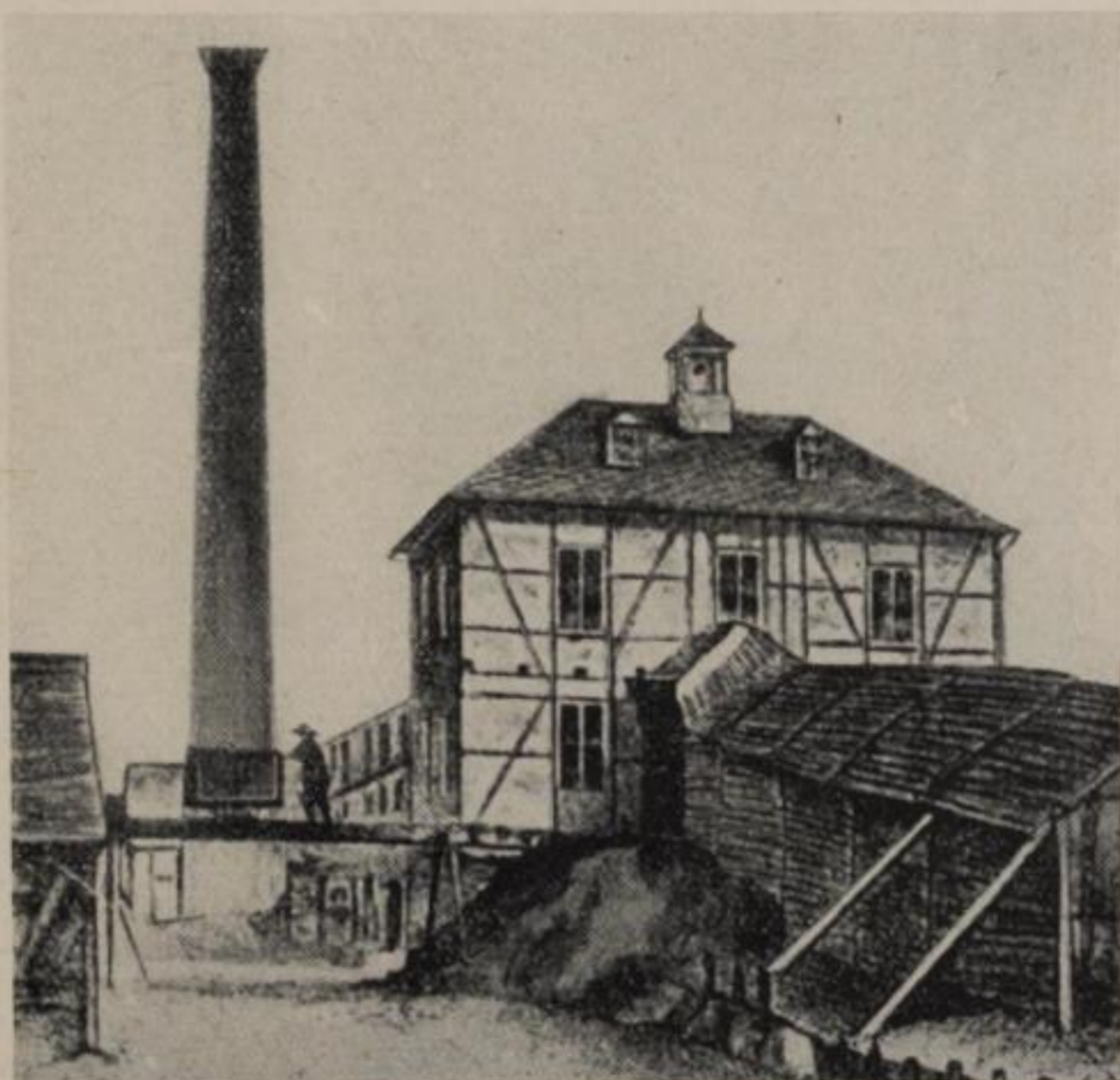
⁴² Das allgemeine Berggesetz für das Königreich Sachsen vom 16. Juni 1868 nach dem Soz. Stande, bearbeitet von Dr. jur. W. Dannenberg, S. 54 bis 57.

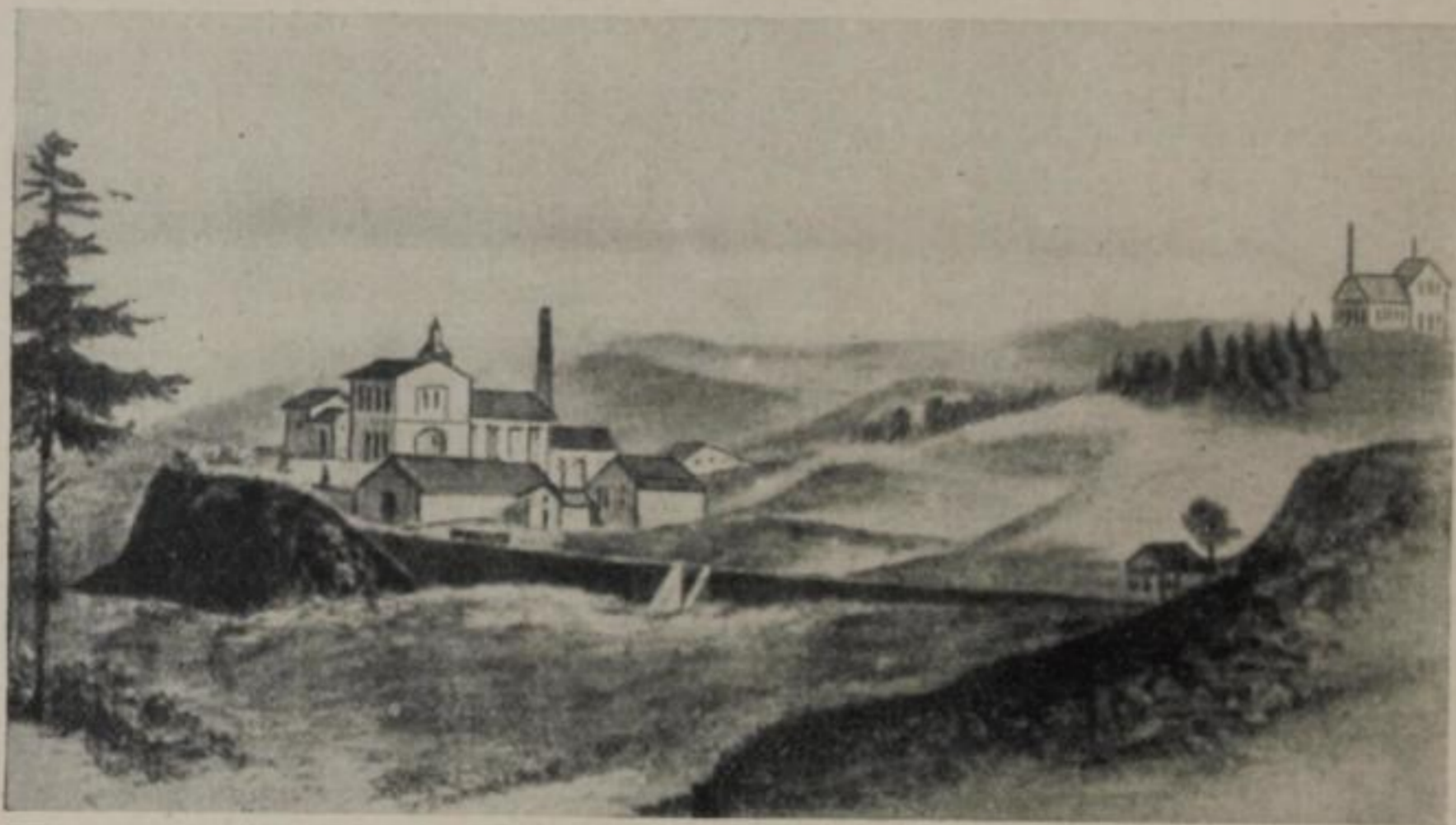
⁴³ W. Dannenberg, ebenda, S. 51.



„Albert-Schacht“
des Lugau-
Niederwürschnitzer
Steinkohlenbauvereins
(Leipziger „Illustrierte
Zeitung“ Nr. 732
vom 11. Juli 1857)

„Otto-Schacht“
des Niederwürschnitz-
Kirchberger
Steinkohlenbauvereins
(Leipziger „Illustrierte
Zeitung“ Nr. 732
vom 11. Juli 1857)





„Neue Fundgrube“, Lugau (Leipziger „Illustrierte Zeitung“ vom 10. 8. 1867)



In den Unglückstagen vor der „Neuen Fundgrube“
Zeitgenössische Originalzeichnung von Herbert König
(Leipziger „Illustrierte Zeitung“ vom 3. 8. 1867)

Schön
und C
geset
w
v
der
Berg
graph
gestell
sich de
rechtl
liebe
graph
Arbeit
ordnu
gen. je
über
acht z
Außer
Bergw
zu
Gesun
nehm
gefäh
führ
zur S
verwa
Ungl
im Au
bei Dr
am
und li
Das Pr
den Sch

„Ose P
„W. Da
5 Erg

Schon vor dem allgemeinen Berggesetz galten für die Reviere Zwickau und Oelsnitz-Lugau polizeiliche Arbeitsordnungen, die das spätere Berggesetz in fast wörtlicher Formulierung „als verbindlich“ übernahm. So wurde in den Revieren Zwickau und Oelsnitz-Lugau das Polizeiregulativ vom 23. Mai 1856 für den Betrieb des Steinkohlenbergbaues im Bezirk der Königlichen Kreisdirektion zu Zwickau in den Arbeitsbüchern der Bergleute nachgedruckt, und zwar die Paragraphen 40 bis 55. Der Paragraph 51 lautete: „Mit dem ihm nach der (von dem Grubenbesitzer aufgestellten) Lohnordnung des betreffenden Werkes zufallenden Lohn hat sich der Arbeiter stets zu begnügen und Erhöhung desselben nur durch rechtliche und löbliche Mittel, durch gute Aufführung, Fleiß, Ordnungsliebe und Ehrlichkeit anzustreben, nicht aber zu fordern!“ Im Paragraphen 55 schrieb man den Bergarbeitern das Verhalten außerhalb der Arbeitszeit vor: „Jeder Bergarbeiter hat sich außer der Arbeit eines ordnungsgemäßen, ehrlichen und nüchternen Lebenswandels zu befleißigen, jederzeit ein gesetztes und ruhiges Betragen zu beobachten und auch außer dem Dienste die seinen Vorgesetzten schuldige Achtung nie außer acht zu lassen.“⁴⁴

Außer der platonischen Erklärung im Paragraph 55 des Gesetzes⁴⁵: „Die Bergwerksbesitzer sind verpflichtet, beim Betriebe des Bergbaues dafür zu sorgen, daß dadurch die öffentliche Sicherheit, das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter, die Sicherheit benachbarter Bergwerksunternehmungen und der Grundstücke und Gebäude auf der Oberfläche nicht gefährdet werde“ und außer der bergpolizeilichen Vorschrift über die Einführung des Zweischachtsystems im Steinkohlenbergbau — geschah nichts zur Sicherheit der Arbeiter im Bergbau. Darum ist es auch gar nicht verwunderlich, daß im sächsischen Steinkohlenbergbau weitere schwere Unglücke erfolgten. Das schwerste Unglück war zweifellos das, welches im August 1869 im Burgker Steinkohlenwerk im Plauenschen Grunde bei Dresden eintrat. Durch ein schlagendes Wetter kamen 274 Bergleute ums Leben. Zahlreiche Arbeiterfamilien waren ihrer Ernährer beraubt und litten bitterste Not.

Das Proletariat aber resignierte nicht, es nahm verstärkt den Kampf mit den Schuldigen, den herrschenden Klassen auf.

⁴⁴ Otto Hué, ebenda, S. 72/73.

⁴⁵ W. Dannenberg, ebenda, S. 34.

*Die Knappschaftskasse — ein Werkzeug der Kapitalisten zur Unterdrückung
der Bergarbeiter*

Dem frühzeitigen Verbrauch der Arbeitskraft der Bergarbeiter, von den Auswirkungen der Massenunfälle ganz zu schweigen, stand eine klägliche soziale Versorgung gegenüber. Die Versorgung oblag den Knappschaften. Nach den Worten der Bergherren sollten sie „ethischen“ Zwecken dienen. In Wirklichkeit waren sie der größte Betrug und dazu bestimmt, das Proletariat zu unterdrücken. Nach dem Polizeiregulativ von 1856 bestand Versicherungspflicht, das heißt, jeder Steiger und Arbeiter mußte einer Knappschaftskasse angehören. Das Berggesetz von 1868 enthielt dieselbe Bestimmung. Der Mitgliedsbeitrag (Büchsengeld) war ein Prozentsatz des Bruttolohnes und schwankte bei den verschiedenen Knappschaftskassen. Jedes Werk hatte nämlich seine eigene Kasse. In einigen Werken war es vorgeschrieben, daß Arbeiter, wenn sie in eine höhere Lohnklasse aufrückten, einen bis vier Monate lang den Mehrverdienst an die Kasse abzuliefern hatten. Die recht zahlreichen Strafgeelder flossen ebenfalls in diese Kasse. Die Beiträge der Unternehmer zur Knappschaftskasse betrugen ursprünglich denselben Prozentsatz wie die der Bergarbeiter, aber sie wurden auf den meisten Werken stark herabgesetzt.

Die Grubenbesitzer maßten sich jedoch die Verwaltung der Kasse an. Die eine Hälfte des Verwaltungsrates bestand aus direkten Vertretern der Grubenherren. Die andere Hälfte sollte von den Knappschaftsmitgliedern gewählt werden, aber in vielen Fällen ernannten die Bergherren die sogenannten „Knappschaftsältesten“ einfach, und sie waren damit indirekt ebenfalls Vertreter der Grubenherren. Dieser Knappschaftsvorstand war gleichzeitig Disziplinarrat, verhängte die Strafen über die Bergarbeiter und war damit ein brutales Instrument zur Unterdrückung der Bergarbeiter durch die Zechenherren.

Die Leistung dieser Knappschaftskassen war unvorstellbar gering. Ein Bergarbeiter berichtete 1868 im „Demokratischen Wochenblatt“, wie den Arbeitern die Statuten für die Knappschaft des Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauvereins aufgezwungen worden waren, wobei man den Bergarbeitern weismachen wollte, das Ministerium sei der Urheber und Verfasser dieser Statuten. Der Bergarbeiter berichtete:

„... erst 1864 im Frühjahr, bei naßkalter Witterung wurden selbige (gemeint sind die Statuten, d. Verf.) uns unter freiem Himmel proklamiert. Die Kälte von außen, die Statuten von innen, brachten bei den Arbeitern so einen Frost hervor, daß das Zähneklappern deutlich zu hören war. Es wäre vielleicht noch schlimmer gewesen, wenn einer verstanden hätte

oder hätte berechnen können, wieviel die Bruchteile seiner Pension per Tag machen. Zum Beispiel statutengemäß erhält der Arbeiter von einer Arbeitszeit

bis zu	5 Jahren	5 %	seines Lohnes resp.	Gehaltes als Pension,
von 5 bis	10 Jahren	10 %	seines Lohnes resp.	Gehaltes als Pension,
von 10 bis	15 Jahren	15 %	seines Lohnes resp.	Gehaltes als Pension,
von 15 bis	20 Jahren	20 %	seines Lohnes resp.	Gehaltes als Pension,
von 20 bis	25 Jahren	25 %	seines Lohnes resp.	Gehaltes als Pension,
von 25 bis	30 Jahren			

und darüber 30 % seines Lohnes resp. Gehaltes als Pension.

Wie soll ein Arbeiter, der von Kind an im Schweiß seines Angesichts sein Brot verdienen muß, solche Exempel rechnen? Das wird wohl jeder wissen, daß in den Schulen, die wir besucht haben, derartige Rechnungen nicht vorkommen, und es ist wohl auch jetzt noch nicht besser geworden. Kurz, die Arbeiter verstanden das nicht; es bekam aber auch niemand eher Statuten, als bis alle einzeln in die Faktorei bestellt worden waren und dem Herrn Schnorr Handschlag auf die Statuten (die sie in Wirklichkeit noch gar nicht kannten!) gegeben hatten. Nun gingen uns erst die Augen auf, da wir durch Sachverständige erfuhren, wie elend wir da standen.⁴⁶

Derartige schändlich niedrige Pensionsgelder wurden tatsächlich ausgezahlt. Wie der Arbeiterkorrespondent im „Demokratischen Wochenblatt“ berichtet, erhielt der Berginvalid Dostmann in Stollberg, den es im Schacht zum Krüppel geschlagen hatte, in der Woche seine 37 oder 39 Pfennige ausgezahlt, und die Witwe Schönherr, deren Mann in der Grube tödlich verunglückt war, bekam gar nur 2 Ngr. in der Woche für sich und ihr Kind.⁴⁷

Einige Sätze im Niederwürschnitzer Kassenstatut enthüllen die ganze Brutalität der Bergherren. So heißt es dort: „Die Mitglieder der Knappschaftskasse haben kein Eigentum an der Knappschaftskasse.“ Oder: „Jedes Knappschaftsmitglied hat mit dem ihm nach der Lohnordnung zustehenden Lohn zufrieden zu sein. Ist er nicht zufrieden, so kann der Mann entlassen werden.“ So hatte auch der technische Leiter der Grube, Herr Schnorr, beschwerdeführenden Arbeitern gesagt: „Wer die Statuten nicht anerkennt, kann nicht hier in Arbeit bleiben.“ Besonders schamlos trat die Knechtung der Arbeiter bei Verlust der Mitgliedschaft durch freiwilligen oder unfreiwilligen Abgang (Maßregelung) zutage. Der Berg-

⁴⁶ „Demokratisches Wochenblatt“ 1868, Artikelserie „Weiße Sklaven“ XV, S. 231.

⁴⁷ „Demokratisches Wochenblatt“ 1868, ebenda.

arbeiter verlor dann alle seine Rechte auf Versorgung, obwohl er doch oft Hunderte von Talern beigesteuert hatte. „Alte“ Leute, von etwa 40 oder 45 Jahren, nahm dann keine Kasse aufs neue an. Diese Arbeiter konnten — den Bergherren machte es nichts aus — elend verhungern. So fesselten die Bergherren die entrechteten Arbeiter an die Zeche, degradierten sie fast zu Leibeigenen, zu Lohnsklaven, die sich jede Lohndrückerei und sonstige Gemeinheit geduldig gefallen lassen sollten.

Das Proletariat fand sich jedoch mit diesen Zuständen nicht ab. Elend war das Leben der alten, arbeitsunfähigen Bergarbeiter. Oft brachen bergbauliche Unternehmen im Revier zusammen, dann versiegte der Zufluß der Knappschaftsbeiträge, das Justizamt beschlagnahmte die Kasse. Es konnten dann Jahre vergehen, bis die Bürokraten das Geld freigaben, um die Renten an die alten Bergarbeiter zu zahlen. Lag schon der Lohn der beschäftigten Bergarbeiter unter dem Existenzminimum, so waren die alten und arbeitsunfähigen Bergleute dem schleichenden Hungertode preisgegeben. Wie traurig es um den Lebensabend der Kumpel bestellt war, zeigt ein „Eingesandt“ im „Stollberger Anzeiger“:

„Dem Wunsche mehrerer seiner Kameraden zu genügen, unternimmt es ein Bergarbeiter, ein kleines Bild über den Notstand und den Druck, dem letztere unterliegen müssen, und mit welcher Bangigkeit jeder Bergarbeiter der Zukunft und seinem Alter entgegensieht, zu entwerfen. Wir wenden uns zu einer Familie in Würschnitz. Der Mann und Ernährer derselben, namens Pietzsch, auf dem „Bach-Schacht“ in Arbeit stehend und dem Knappschaftsverband Niederwürschnitz-Lugauer Steinkohlenbergbauverein, genannt „Bach-Schacht“, angehörig, als dessen Knappschaftskassenvorstand Herr Direktor Müller fungiert, ist nun seit 8 Jahren auf genanntem Werk in Arbeit und bereits seit $\frac{3}{4}$ Jahren krank, gedachte sich durch unermüdliches, angestregtes Arbeiten einen Notpfennig aufzusparen für seine spätere Lebenszeit, schon voraussehend, wie jeder andere, daß sich von einer solchen Kasse, wie die ihrem Statut nach bestehende Verbandskasse, nicht viel Unterstützung als alter Invalide erwarten lasse. Durch schwere Arbeit nun erkrankt, und noch dazu an einer langwierigen Krankheit leidend, sowie Vater von drei unerzogenen Kindern, erhält derselbe wöchentlich 23 Ngr. Invalidengeld aus obengenannter Kasse, welche ein Vermögen von über 20 000 Thalern besitzt. Von einer solchen Unterstützung kann sich dieser Mann, zumal bei jetziger Zeit, kaum vor der Kälte schützen.

Es wäre übrigens besser und sogar wünschenswert, wenn sich der Verwalter der Knappschaftskasse, Herr Direktor Müller, selbst persönlich

um solche bedauernswerte Notleidende bekümmerte und Einsicht davon nähme, wie die armen Kohlenarbeiter, wenn sie zur Arbeit untauglich und vielleicht sogar zum Krüppel geworden sind, trotz der aufgehäuften Kapitalien große Not leiden müssen. —

Notgedrungen nun, keine andere Hilfe und keinen Ausweg mehr findend, sich nebst Familie auf kurze Zeit vor dem Hunger und Frost schützen zu können, wendet sich genannter Pietzsch an die Mitglieder der Nachbarverbandskasse des „Christel-Schachtes“ mit einem Bittgesuch, welches in der Betstube genannten Schachtes für jeden Arbeiter zur Einsicht aushängt, infolgedessen nun die armen Arbeiter im Angesichte solchen Elends von Mitleid ergriffen, eine Sammlung veranstalten, um von ihrem sauer verdienten Lohn den Notleidenden wenigstens eine kleine Linderung zu verschaffen. Zugleich aber auch, um das angehäuften Kapital zu schonen (für wen? —). Wiewohl die Angehörigen letztgenannter Verbandskasse dieselbe Not und denselben Druck fast noch mehr zu leiden haben als die der erstgenannten Kasse, da bei derselben einem Schwerverunglückten täglich 6½ Pfennig Invalidengeld ausgezahlt worden ist, obgleich bei selbiger Kasse sich das angehäuften Kassenvermögen auf 14 000 Thaler beläuft. — Trotz aller Klagen nun vergißt man solcher in Elend schmachtender vieler Armen, die durch ihren sauren Schweiß die zur Unterstützung bestimmten Kapitalien aufgehäuften haben, welche dann trotz ihres zur Beihilfe bestimmten Invaliden- und Krankengeldes communliche Almosen und mildtätige Herzen in Anspruch nehmen müssen. Muß da nicht jeder arme Bergarbeiter, trotzdem daß er schon viele Jahre zur Sicherung seines Alters, oder wenn er sonst zur Arbeit untauglich werden sollte, die sauer verdienten Groschen zur Knappschaftskasse niedergelegt hat, mit Bangigkeit und Schaudern in die Zukunft schauen, wenn ihm keine bessere und genüendere Unterstützung in Aussicht steht? —⁴⁸

Man konnte schlechterdings nicht erwarten, daß die Bergarbeiter weiterhin alles geduldig hinnehmen würden — zumal sie dann noch härter betroffen wurden durch das Krisenjahr, das Massenunglück auf der „Neuen Fundgrube“ und den offenen kapitalistischen Klassencharakter des Berggesetzes vom Juni 1868.

Für die Bergarbeiter galt es, zwei Prinzipien der Reorganisation der Knappschaftsvereine zu prüfen: Die Reorganisation nach dem Prinzip der Zusammenarbeit der Bergarbeiter mit den Kapitalisten oder die

⁴⁸ „Stollberger Anzeiger“ Nr. 93, vom 18. November 1866.

Reorganisation nach dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Bergarbeiter. Der erste Weg war opportunistisch und bedeutete praktisch die Unterwerfung der Bergarbeiter unter die Gewalt der Zechenherren; der zweite Weg war revolutionär, weil mit Hilfe der proletarischen Klassenkampforganisation die revolutionäre Parole der Ersten Internationale: „Die Befreiung der Arbeiterklasse ist das Werk der Arbeiterklasse selbst“, in die Tat umgesetzt werden konnte. Das opportunistische Prinzip wurde von dem Zwickauer Bergarbeiterführer Dinter vertreten, das revolutionäre Prinzip von der Richtung August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's, die von Marx und Engels beraten wurden.

*Im Kampf um selbständige Klassenkampforganisationen der Bergarbeiter —
Die Hilfe durch Karl Marx und Friedrich Engels*

Die Geschichte der Arbeiterbewegung im Oelsnitz-Lugauer Revier ist nicht vollkommen zu trennen von der des benachbarten Zwickauer Reviers. Beide Reviere gehörten auch zum Inspektionsbezirk des Bergamtes Zwickau.

Da der Bergbau im Zwickauer Revier schon alt und traditionsreich war, konnte es nicht verwunderlich sein, daß die dortige Arbeiterbewegung gegenüber der Oelsnitz-Lugauer Arbeiterbewegung einen gewissen Vorsprung hatte. Weil aber die Zwickauer Bergarbeiterbewegung auf dem Boden eines alten und traditionsreichen Bergbaus stand, war sie andererseits stärker mit alten überkommenen Vorstellungen behaftet, wie dies übrigens auch in allen alten Bergbaurevieren der Fall war.

Die ersten Zusammenschlüsse von Bergarbeitern in Zwickau waren Solidaritätsorganisationen zur Unterstützung kranker und besonders bedürftiger Kollegen. Sie drückten das wachsende Klassengefühl des Proletariats aus, ohne daß jedoch schon eine klare politische Zielsetzung und der Wille zum offensiven Vorgehen gegen die Zechenherren vorhanden gewesen wären. Eine solche Organisation war der 1863 von dem gemäßregelten Zwickauer Bergzimmerling Heinrich Rau gegründete „Bergarbeiter-Verein“. Dieser „Bergarbeiter-Verein“ erhob wöchentliche Beiträge. Da jedoch sein Vorstand über den ursprünglichen Zweck einer Solidaritätsorganisation nicht hinausgehen wollte, die Lage der Bergarbeiter und die Mittel, um diese Lage zu verbessern, gar nicht oder völlig unzureichend diskutierte, konnte der „Bergarbeiter-Verein“ sich nicht festigen oder gar weiterentwickeln. Massenweise traten die Bergarbeiter wieder aus und gründeten daneben eine zweite Organisation, den „Bergknappen-Verein“. Es ist zu vermuten, daß dabei reaktionäre

Machenschaften mit im Spiele waren — zumal 1865 auf dem Stiftungsfest des „Bergknappen-Vereins“ ein Hoch auf den sächsischen König ausgebracht wurde.

Die Reaktion hatte es vorläufig geschafft, daß sich zwei Bergarbeiterorganisationen in Zwickau eine Zeitlang feindlich gegenüberstanden. Eine Wendung trat erst dann allmählich ein, nachdem zum Vorsitzenden des „Bergarbeiter-Vereins“ der Bergarbeiter Dinter gewählt worden war.⁴⁹ Da in beiden Vereinen nur etwa fünf Prozent aller Zwickauer Bergleute organisiert waren, es sich also herausgestellt hatte, daß die Zersplitterung keiner der beiden Organisationen zugute gekommen war, lag der Versuch einer Verständigung nahe. Tatsächlich kam es zu der Vereinbarung, ein gemeinsames, über beiden Vereinen stehendes Komitee zu bilden. Vorsitzender dieses Komitees wurde Dinter.

Bei Kriegsausbruch 1866 wurde der „Bergarbeiter-Verein“ verboten; die reaktionären Machenschaften innerhalb des „Bergknappen-Vereins“ kamen aber diesem auch nicht zugute, infolge persönlicher Streitigkeiten löste er sich selbst auf.⁵⁰

Nachdem sich das Bergarbeiterkomitee konstituiert und in den beiden Lokalblättern Zwickaus einen Aufruf veröffentlicht hatte, wurde Dinter gemäßregelt.⁵¹ Das Verdienst Dinters für die Sache der Bergarbeiter bestand darin, daß er die Bergarbeiterfragen überhaupt erst einmal vor die *Masse* der Bergarbeiter brachte. Das Bergarbeiterkomitee ging dazu über, öffentliche Bergarbeiterversammlungen abzuhalten.

Der Krieg von 1866 und die Cholera-Epidemie hemmten die Arbeit des Bergarbeiterkomitees ungemein; öffentliche Versammlungen konnten nicht abgehalten werden; die Agitationsmittel schmolzen dahin, nur die Komiteesitzungen fanden statt.

Dinter schlug vor, alle Knappschaftskassen im Inspektionsbezirk zu vereinigen. Das war gut. Nach seinen Vorschlägen wäre jedoch die Herrschaft der Kapitalisten auch über diese vereinigte Knappschaftskasse

⁴⁹ „Volksstaat“, Jg. 1872, Beilage zu Nr. 82.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Im Aufruf (siehe „Zwickauer Wochenblatt“ Nr. 125 vom 1. Juni 1865) hieß es u. a.: „Kameraden, darüber sind wir alle einig, daß unsere Vereins- und Werks-Statuten nicht mehr zeitgemäß sind und einer Umarbeitung bedürfen, und diese aber nicht allein durch die Werkvorstände, sondern unter Mitwirkung der Arbeiter vorzunehmen ist. Wir wollen keine Arbeitsverweigerung, keine Betriebsstörung irgendeiner Art heraufbeschwören, wir leben aber der gerechten Hoffnung, daß die Herren Arbeitgeber unseren Wünschen bereitwilligst entgegenkommen werden, und begehren vor allem, daß sämtliche Knappschaftskassen auf eine einzige Knappschaftskasse gebracht und diese durch das Statut verwaltet wird.“ Unterschrieben war der Aufruf von Dinter, Dietze und anderen.

Nach seiner Maßregelung erhielt Dinter vom Bergarbeiterkomitee 10 Taler Gehalt. Seine Bezahlung durch die Arbeiter war der Polizei bekannt. (Siehe Sächsisches Landeshauptarchiv Dresden; AH Zwickau).

beibehalten worden. Darin lag der Opportunismus seines Vorschlags. Dinter glaubte, durch seine opportunistischen Vorschläge die Lage der Bergarbeiter verbessern zu können, weil die vereinigte Kasse leistungsfähiger sei und auch der übliche Verlust der Mitgliedschaftsrechte bei Arbeitsplatzwechsel oder Entlassung wegfallen würde. Es gelang Dinter, Teile der Arbeiter — besonders in Zwickau — für seine opportunistischen Anschauungen zu gewinnen.

Dinter richtete in seiner Eigenschaft als Präsident des Bergarbeiterkomitees der Berginspektion Zwickau mehrmals Eingaben an das Finanzministerium und an den Unternehmerverband (Verein für bergbauliche Interessen). In diesen Eingaben verlangte er, die Werksknappschaftskassen zu vereinigen und die Altersgrenzen und den Verlust der Mitgliedschaft bei Arbeitsplatzverlust und -wechsel abzuschaffen. Alle diese Vorschläge Dinters, die er 1866/67, 1868, 1869 und 1871 erneuerte, wurden ohne weiteres abgelehnt.

Die Bergarbeiter des Oelsnitz-Lugauer Reviers billigten zwar Dinters Losung „der Verschmelzung der Knappschaftskassen“, aber als Allheilmittel erkannte man sie nicht an. Die Kumpel im Revier hatten darüber ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Unter Führung der Grubenherren gab es dort seit zehn Jahren eine solche vereinigte Kasse, deren Leistungen keineswegs besser waren als die der übrigen Kassen. Am 12. Juli 1857 hatte man im Gasthaus „Braunes Roß“ in Oelsnitz den „Lugauer Knappschaftsverband“ feierlich gegründet und das erste Bergfest des Reviers abgehalten.⁵² Die Knappschaften des „Gottes-Segen-Schachtes“, die Oelsnitzer Bergbaugesellschaft mit dem „Hedwig-Schacht“, der Zwickau-Lugauer Steinkohlenbergbauverein mit der „Neuen Fundgrube“ und später noch die Werke „Westphalia“ und „Montania“ hatten sich zu dieser Kasse vereinigt. Auf Vorschlag eines Teils der Bergarbeiter, die nun glaubten, die Morgenröte einer besseren Zeit zu sehen, wurde sogar eine Grube in „Vereinigungs-Schacht“ umgetauft. Die Freude währte aber nicht lange. Bald stellten die Kumpel fest: die Macht der Bergherren hatte sich in der vereinigten Knappschaftskasse vervielfacht, der Einfluß der Arbeiter aber nicht. Nach dem Zusammenbruch der „Fundgrube“ war das Schicksal dieses Knappschaftsverbandes besiegelt. Bergdirektor Kneisel von „Gottes Segen“ löste in seiner Eigenschaft als Kassenvorsteher den „Lugauer Knappschaftsverband“ einfach auf.^{52a} So waren wieder Einzelkassen entstanden.

⁵² Emil Junghanns, ebenda, S. 444, und Eckardt/May, ebenda, S. 160.

^{52a} „Demokratisches Wochenblatt“, 1868, Artikel: „Weiße Sklaven“ I, S. 21.

Die Erfahrung lehrte hier die Arbeiter, daß es ihre Hauptaufgabe war, den Einfluß der Bergherren auf die Knappschaft zu beseitigen und nicht die Knappschaften zu vereinigen. Die Knappschaftsfrage war deshalb mit der Schaffung einer gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter unlösbar verbunden. Die Bergarbeiter kämpften deshalb entschieden dafür, eine Klassenorganisation der Bergarbeiter, eine Gewerkschaft zu bilden.

Die Kumpel des Oelsnitz-Lugauer Reviers waren weit weniger durch hemmende knappschaftliche Traditionen belastet. Wie schon dargelegt, traten hier im neuen Steinkohlenabbau die brutalen Züge des Kapitalismus sehr deutlich zutage.

Die Kumpel hatten sich schon aktiv an den politischen Kämpfen der Jahre 1866/67 beteiligt. 1867 gründeten die Lugauer und Niederwürschnitzer Bergarbeiter einen Arbeiterbildungs- und einen Arbeiterkonsumverein. Im gleichen Jahre schon betätigte sich Karl Wilhelm Jungnickel, damals noch Schachtzimmerling in Niederwürschnitz, als aktives Mitglied des Wahlkomitees, das für die Wahl Wilhelm Liebknechts in den Norddeutschen Reichstag arbeitete.

Karl Wilhelm Jungnickel und der Vorsitzende des Bergarbeiterkonsumvereins, Gustav Adolf Bachmann, sind es auch gewesen, die sich im Auftrag der revolutionären Kumpel nach London an Karl Marx wandten.⁵³ Die Lugauer baten um Aufnahme in die Internationale und um Rat bei der Lösung des Knappschaftsproblems; sie standen, wie aus dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels hervorgeht, einige Monate in Verbindung mit den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus. Schon im ersten Antwortschreiben an Marx hatte Engels am 8. Dezember 1868 in Manchester festgestellt: „Der Brief der Lugauer macht ihnen alle Ehre.“⁵⁴ Der Bericht an den Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation⁵⁵ und Hinweise für die Lugauer, die zur Bildung einer Arbeitergewerkschaft führten, waren die Ergebnisse dieses wichtigen Briefwechsels. Dabei vermerkten Marx und Engels: „Diese braven Lugauer Minenarbeiter sind die ersten in Deutschland, die direkt mit uns in Verbindung treten.“⁵⁶

Marx und Engels schrieben in ihrem Bericht an den Generalrat über Dinters Vorschläge des Jahres 1869:

⁵³ Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefwechsel“, IV. Bd. (1868—1883), Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 159.

⁵⁴ Siehe Anhang.

⁵⁵ Siehe Anhang.

⁵⁶ Siehe Anhang.

„In Folgen der Agitation unter den Bergarbeitern ist neulich ein provisorischer Statutenentwurf zur Vereinigung der Knappschaften aller sächsischen Kohlensteinwerke veröffentlicht worden (Zwickau 1869). Er ist das Werk eines Arbeiterkomitees unter dem Vorsitz des Herrn J. G. Dinter. Die Hauptpunkte sind: 1. Alle Knappschaften sind in einer gemeinsamen Knappschaft zu vereinen. 2. Mitglieder bewahren ihre Ansprüche, solange sie in Deutschland wohnen und ihre Beiträge zahlen. 3. Eine Generalversammlung aller erwachsenen Mitglieder bildet die höchste Autorität. Sie ernennt einen vollziehenden Ausschuß usw. 4. Die Beiträge der Meister zur Knappschaftskasse sollen die Hälfte der von ihren Arbeitern gezahlten Beiträge erreichen.

Dieser Entwurf drückt keineswegs die Ansicht der intelligentesten sächsischen Bergarbeiter aus. *Er stammt vielmehr von einer Sektion, welche reformieren möchte mit Erlaubnis des Kapitals.*⁵⁷ Er trägt den Stempel des Unpraktischen auf der Stirn. Welche naive Unterstellung in der Tat, daß die Kapitalisten, bisher unbeschränkte Herrscher über die Knappschaftsvereine, ihre Gewalt an eine demokratische Generalversammlung abtreten und trotzdem Beiträge zahlen werden!“

Durch diese Worte sind die Dinterschen Reformpläne genügend gekennzeichnet. Reformistische Führer der Bergarbeiter haben Arbeiten zur Geschichte der Bergarbeiter geschrieben. Es ist aber bezeichnend, daß Hué, Ebert und Langhorst das revolutionäre Zentrum in Lugau 1868/69 mit dem Bergarbeiter und aktiven Funktionär Karl Wilhelm Jungnickel verschwiegen und die wirklichen Umstände bei der Entstehung der Bergarbeitergewerkschaft im Jahre 1870 nicht schilderten.

Zum Jahreswechsel 1868/69 gründeten die Lugauer Kumpel eine Gewerkschaft mit dem festen Willen, für den schweren Klassenkampf mit den Grubenherren eine starke Organisation zu schaffen. Drei Artikel im „Demokratischen Wochenblatt“ berichteten über die Gründung der Gewerkschaft, die man damals oft als „Gewerksgenossenschaft“ bezeichnete. „Lugau, den 26. Dezember (1868. d. Vf.). Heute soll in Niederwürschnitz im Gasthaus ‚Zum braven Bergmann‘ eine Versammlung der Bergarbeiter abgehalten werden, um über die Gründung einer vereinigten Kasse zu beraten; auch soll dabei die Gründung einer Gewerksgenossenschaft der Bergarbeiter zur Besprechung gelangen. Wir ersuchen hiermit die Bergleute der Zwickauer und Freiburger Gegend, ebenfalls sich an dieser Gewerksgenossenschaft zu beteiligen. Kein Teil des Arbeiterstandes

⁵⁷ Von uns hervorgehoben, d. Vf.

befindet sich in einer so abhängigen Lage, hat so viel mit Maßregelungen und Schikanen aller Art zu kämpfen, wie die Bergarbeiter. Selbst von seiten des Staates hat man sie den anderen Arbeitern gegenüber zurückgesetzt. Diesen hat man die volle Selbstverwaltung ihrer Kranken- und Unterstützungskassen eingeräumt, die Bergarbeiter stellt man nach wie vor unter Vormundschaft, zwingt sie, die Hälfte der Sitze an die Beamten der Arbeitgeber abzutreten, und stellt die Kassen unter deren Oberaufsicht. Wollen die Bergarbeiter sich aus dieser unwürdigen Stellung befreien, sich den ewigen Quälereien ihrer Aufseher entziehen, dann gibt es nur ein Mittel: „Vereinigung.“ Auf, ihr Bergarbeiter! Tretet zusammen; steht Mann für Mann, und ihr werdet sehen, daß diejenigen, die euch jetzt mißhandeln und verachten, euch sehr bald fürchten und achten lernen werden.“⁵⁸ Wie das „Demokratische Wochenblatt“ später berichtete,⁵⁹ kam es in dieser Versammlung noch nicht zur Gründung einer Gewerkschaft, weil Anhänger Dinters lang und breit über die „mit Erlaubnis des Kapitals“ (Engels) zu erstrebende vereinigte Knappschaftskasse diskutierten. Immerhin wurde ein Komitee gewählt, das auf der Grundlage des Leipziger Musterstatuts⁶⁰ einen Statutenentwurf für die Gewerksgenossenschaft ausarbeiten sollte.

Über die Gründung der Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter in Lugau berichtete das „Demokratische Wochenblatt“:

„Lugau, den 10. Januar (1869. d. Vf.). Die Versammlung am letzten Sonntag in Niederwürschnitz wegen Gründung einer Bergarbeitergenossenschaft war sehr zahlreich besucht. Herr Jungnickel eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in der er auf den Zweck und die Bedeutung der

⁵⁸ „Demokratisches Wochenblatt“ Nr. 1 vom 2. Januar 1869, S. 7.

⁵⁹ „Demokratisches Wochenblatt“ Nr. 3 vom 16. Januar 1869, S. 32.

⁶⁰ Der Nürnberger Vereinstag der Arbeitervereine (5. bis 7. September 1868) beschloß die Gründung von Gewerksgenossenschaften und erteilte dem Vorort Leipzig einen diesbezüglichen Auftrag. August Bebel schreibt darüber in seinem Buch „Aus meinem Leben“, I. Teil (Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 202): „Der dem Vorort Leipzig vom Nürnberger Vereinstag zugeteilten Aufgabe kamen wir nach und entwarfen ein Normalstatut für Gewerksgenossenschaften, dessen Verfasserschaft mir zufiel (das war das sogenannte Leipziger Musterstatut, d. Vf.). Sobald dasselbe fertiggestellt war, ging es in Massen an die Organisationen mit der Aufforderung, für die Gründung internationaler Gewerksgenossenschaften — welchen Titel wir gewählt hatten — tätig zu sein. Ich selbst legte Hand mit an, indem ich zahlreiche Versammlungen für die Gründung solcher Gewerkschaften abhielt. Der Titel „Internationale Gewerksgenossenschaften“ ging eigentlich etwas zu weit, denn wir konnten doch nur darauf rechnen, die deutschsprechenden Länder in die Organisation zu ziehen. In der Hauptsache sollte mit dem Namen die Tendenz ausgedrückt werden. Es kamen denn auch eine Anzahl solcher Organisationen zustande, so die Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der Maurer und Zimmerer, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schneider, Kürschner und Kappenmacher, der Schuhmacher, der Buchbinder, der Berg- und Hüttenarbeiter.“

Vgl. auch: Herbert Warnke: „Überblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Verlag „Tribüne“, Berlin 1952, S. 17 bis 19.

Versammlung hinwies. Herr Hofmann aus Leipzig hatte die Freundlichkeit, uns einen längeren Vortrag über Gewerksgenossenschaften zu halten, der sehr beifällig aufgenommen wurde. In der hierauf folgenden Debatte wurde das von dem gewählten Komitee auf Grund des Vorortstatuts ausgearbeitete Statut durchberaten und schließlich mit großer Majorität angenommen. Das Statut setzt 2^{1/2} Neugroschen Einschreibgebühr und einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pfennige fest. Bei der am Schluß der Versammlung erfolgten Einzeichnung in die Mitgliederlisten beteiligten sich sofort 100 Mann. Mit den Knappschaften des Zwickauer Reviers sind verschiedentliche Anknüpfungen und zustimmende Antworten erfolgt. Vom Freiburger Revier und aus dem Plauenschen Grund sind gleiche Erklärungen zu erwarten. Der Name des neuen Vereins ist: „Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter“.⁶¹

Aus diesen Quellen geht klar hervor, daß es die Oelsnitz-Lugauer Kumpel waren, die die erste wirklich unabhängige und den Namen Gewerkschaft verdienende Kampforganisation der deutschen Bergarbeiter schufen. Otto Hué schwieg sich in seinem zweibändigen Werk darüber aus.

Die Lugauer Gewerkschaft zählte bald 400 Mitglieder, eine beträchtliche Zahl, der vierte Teil der Gesamtbelegschaft. Am 26. März 1869 fand im Gasthaus „Zum Jägerhaus“ in Lugau die Hauptversammlung dieser „Gewerksgenossenschaft Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter in Lugau und Umgegend“ statt.⁶²

Man muß dabei das Datum dieser Versammlung besonders beachten. Es waren wenige Tage vergangen, nachdem Wilhelm Liebknechts „Demokratisches Wochenblatt“ den von Engels verfaßten Bericht an den Generalrat der I. Internationale über die Lage der sächsischen Bergarbeiter veröffentlicht hatte. Der Briefwechsel mit Marx und Engels und ihre Ratschläge waren für die Lugauer Kumpel eine große Hilfe, ihre Gewerkschaft auf der Grundlage des Klassenkampfes und nicht der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu gründen und sie zu einer Schule des Klassenbewußtseins zu entwickeln. Karl Wilhelm Jungnickel als Vorsitzender der Gewerksgenossenschaft und Gustav Adolf Bachmann als Vorsitzender des Konsumvereins waren die anerkannten Führer der Lugauer Bergarbeiter.

Das nächste Ziel war es nun, die Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter auch auf andere Reviere auszudehnen. Der einfache Schächtzimmerling Jungnickel ging auch in dieser Beziehung bahn-

⁶¹ „Demokratisches Wochenblatt“ Nr. 4 vom 23. Januar 1869, S. 42.

⁶² Nach einem Inserat im „Stollberger Anzeiger“ vom Jahre 1869.

brechend voran; er nahm briefliche Verbindung mit den Bergarbeitern anderer sächsischer Kohlen- und Erzbergbaugebiete sowie mit westdeutschen Revieren auf und agitierte im Sommer 1869 in Zwickau, um auch dort die Gewerksgenossenschaft auf die Beine zu stellen.⁶³ Das gelang. Mit dem Zwickauer Bergarbeiterkomitee, das ja bekanntlich unter der Führung Dinters stand, war schon vorher Verbindung aufgenommen worden. Dinter hatte auch in Lugau zu den Bergarbeitern gesprochen, allerdings fand er hier mit seinen reformistischen Ansichten, lediglich eine vereinigte Knappschaft zu schaffen, weit weniger Anklang als in Zwickau. Trotzdem gab es natürlich auch im Revier Oelsnitz-Lugau Bergleute, die Dinters Politik unterstützten. So bestand seit einigen Jahren in Lugau ein Zweigkomitee (Bergarbeiterkomitee Lugau-Niederwürschnitz und Oelsnitz bei Lichtenstein) unter der Leitung des Lassalleansers E. K. Schneider.

Umgekehrt gründete Jungnickel auch in Zwickau die Gewerksgenossenschaft, die — seinen Angaben zufolge — im September 1869 bereits 2400 Mitglieder gehabt hat.⁶⁴

Die Unternehmer antworteten auf die Gründung der Bergarbeitergewerkschaft mit Drohungen und Spott. Im „Stollberger Anzeiger“ wurden die Führer der Bergarbeiter verleumdet und geschmäht. Die Unternehmer versuchten, die Arbeiter zu spalten, sie aufeinanderzuhetzen und vor allem die Arbeiter der Grube „Gottes Segen“ gegen ihre Kollegen aufzuwiegeln.

Aufgerüttelt durch das furchtbare Massenunglück im Plauenschen Grunde bei Dresden⁶⁵, organisierten die Bergarbeiter eine Versammlung am 22. August 1869, zu der Jungnickel einen Aufruf im „Stollberger Anzeiger“ veröffentlichte. Darin hieß es unter anderem:

„... Beweist, daß auch der Bergarbeiter noch ein von Gerechtigkeit durchdrungenes Herz im Leibe trägt, beweist, daß auch der Bergarbeiter noch imstande ist, seinen Drängern (die ihm lieber Steine statt Brot, Fußtritte statt Gerechtigkeit geben möchten) die Stirne zu bieten.“⁶⁶

Auf Grund dieses Aufrufes wurde Jungnickel gemäßregelt, fristlos entlassen, und alle Bergherren des Reviers verabredeten, ihn nicht wieder aufzunehmen. Die von ihm einberufene Versammlung fand aber mit großem Erfolg statt, und Resolutionen über Lohnforderungen und den weiteren Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter

⁶³ Siehe Jungnickels Bericht im „Demokratischen Wochenblatt“, 1869, S. 486.

⁶⁴ Siehe Jungnickels Bericht a. a. O.

⁶⁵ Siehe Artikel: „Eine Mahnung — von einem Bergarbeiter“ im „Demokratischen Wochenblatt“, 1869, S. 402.

⁶⁶ Jungnickels Bericht a. a. O. und „Stollberger Anzeiger“ Nr. 66 vom 18. August 1869.

wurden angenommen. Die Kumpel von Lugau und Oelsnitz scharten sich nun in ihrer Gewerkschaft, die von Anfang an zur I. Internationale stand, eng zusammen, um ihre Rechte zu erkämpfen. Alle Versuche der Grubenherrn und ihrer gekauften Subjekte, die Bewegung zu verleumden, die Funktionäre lächerlich zu machen, wankelmütige Bergarbeiter durch Drohungen einzuschüchtern oder mit Versprechungen auf den Leim zu locken⁶⁷, hatten spärlichen Erfolg; die Front der Kumpel blieb unerschüttert. Gestützt auf die Weisungen von Marx und Engels hatte Jungnickel erläutert, eine Vereinigung der Knappschaften sei erstrebenswert, aber die entscheidende Frage sei es, den kapitalistischen Einfluß in den Knappschaften zu beseitigen.

Der Bergarbeiterführer Jungnickel war so beliebt und das Klassenbewußtsein der Kumpel bereits so entwickelt, daß seine Maßregelung einen Streik hervorrief⁶⁸. Das war unseres Wissens der erste Streik im Revier. Es war zugleich ein politischer, ein Solidaritätsstreik für einen gemäßregelten Arbeiterfunktionär, und unter den geschilderten Zuständen gehörte ungeheurer Mut dazu, in den Streik zu treten. Obgleich diesem Streik kein Erfolg beschieden war, so zeigte er doch, wie das Klassenbewußtsein der Bergarbeiter bereits höhere Stufen erreicht hatte.

Die Gewerksgenossenschaft der Berg- und Hüttenarbeiter in Lugau und Umgegend wurde immer stärker und kampfkraftiger. Im Jahre 1869 war sie die zahlenmäßig stärkste Bergarbeiterorganisation in Deutschland, die treu zum Marxismus und zur I. Internationale stand. In einer Versammlung am 5. September 1869 verteilte die Gewerksgenossenschaft in Lugau die Mitgliedsbücher der Internationalen Arbeiterassoziation.⁶⁹ Es wurde über die Abführung der Jahresbeiträge an den Generalrat in London und über die Aufnahme neuer Mitglieder in die Arbeiterassoziation beraten. Immer mehr Bergarbeiter stießen zur Gewerksgenossenschaft, die zur stärksten Klassenorganisation des Proletariats im Kohlenrevier wurde. Eine organisatorische Untergliederung wurde deshalb notwendig. Die Bergarbeiter von Neu-Oelsnitz, Niederwürschnitz, Niederdorf und Stollberg versammelten sich in Niederwürschnitz, die von Oelsnitz, Lugau, Erlbach und Gersdorf in Niederlugau. Zugleich bildete sich mit der Festigung der Organisation ein Stamm zuverlässiger Funktionäre, Bevollmächtigter, Kassierer und Kontrolleure heraus, die allerdings den ganzen Haß der Grubengewaltigen auf sich zogen.

⁶⁷ Siehe Jungnickels Korrespondenz an den „Volksstaat“, 29. März 1870.

⁶⁸ Jungnickels Bericht im „Demokratischen Wochenblatt“ 1869, S. 486.

⁶⁹ „Stollberger Anzeiger“ vom 1. September 1869 (Veranstaltungsankündigung).

Die fortschreitende Entwicklung ging auch über das Dintersche Komitee hinweg. Zuerst geschah das mit dem Zweigkomitee in Lugau, das bald an den Sitzungen und Versammlungen der Gewerksgenossenschaft teilnahm und darin aufging. Trotzdem setzten einige unverbesserliche „Knappschaftsreformer“ ihr arbeiterfeindliches Treiben — teils aus Dummheit, teils im Auftrage der Grubenherren — fort, wie folgendes „Eingesandt“ im „Stollberger Anzeiger“ beweist:

„Als Bergarbeiter müssen wir bloß den Wunsch hegen, eine Vereinigungskasse zu erlangen, sollte diese aus besonderen Gründen nicht zu erlangen sein, so müssen wir versuchen, die Kasse bei jedem Werke soviel wie möglich zu verbessern und zumal das Krankengeld und die Pension zu erhöhen, hierbei aber *mit unseren Beamten und Vorgesetzten (!!!) Hand in Hand gehen und im Guten diese Forderungen zu verlangen*, dann werden wir es auch erzwingen.“⁷⁰

Die fortwährenden Mißerfolge Dinters, die Vereinigung der Knappschaften durch Petitionen zu erreichen, öffneten vielen Bergleuten die Augen. Dinter und das kleine Häuflein seiner Getreuen trat in die Gewerksgenossenschaft ein und versuchte von Zwickau aus, dem Zentrum des sächsischen Bergbaues, die Leitung der Gewerksgenossenschaft an sich zu reißen. Dinter näherte sich entsprechend der Massenstimmung äußerlich der konsequenten Richtung in der Bergarbeiterbewegung, um sie von innen um so besser zersetzen zu können.

Der Bergarbeiter-Kongreß 1870

Anfang 1870 schien es an der Zeit, von der lokalen Gewerksgenossenschaft zu einer gesamtdeutschen oder gar internationalen Vereinigung der Bergarbeiter zu kommen. Im Frühjahr 1870 nahm sich Wilhelm Liebknecht anscheinend der Sache an, eine gemeinsame Plattform für alle vorhandenen Bergarbeiterorganisationen zu schaffen. Das Dintersche Bergarbeiterkomitee bestand immer noch neben der Gewerksgenossenschaft. Der Beweis dafür ist, daß im Februar 1870 unter Anwesenheit Dinters in Lugau eine gemeinsame Sitzung des Bergarbeiterkomitees mit sämtlichen Lokalvereinigungen der Lugauer Gewerksgenossenschaft stattfand. Wahrscheinlich hat Wilhelm Liebknecht in seinen Reden am 5. März 1870 in Stollberg und am 6. März 1870 in Niederwürschnitz erläutert, wie notwendig es sei, einheitliche Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen. Der

⁷⁰ „Stollberger Anzeiger“ Nr. 9, vom 29. Januar 1870. (Von uns hervorgehoben, R. und W.)

Wortlaut dieser Reden ist uns allerdings nicht überliefert. Durch alle diese Maßnahmen wurde ein Bergarbeiter-Kongreß vorbereitet, dessen Aufgabe es sein mußte, die Gewerkschaftsarbeit der Bergarbeiter auf einer höheren Ebene zu organisieren. Im Aufruf von Dinter zu diesem Kongreß im „Volksstaat“ wird unter anderem gesagt:

„Brüder! Unsere höchst traurige Lage zu verbessern, uns der unwürdigen Fesseln zu entbinden, unter denen unsere ganze Klasse durch den Druck der großen Kapitalbesitzer, durch gesellschaftliche Einrichtungen aller Art niedergehalten und ausgebeutet wird, ist jedes einzelnen Pflicht. Die Arbeiterklasse zu einer menschenwürdigen Stellung zu erheben ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Auf, Kameraden! Helft uns an der Gründung eines menschenwürdigen Daseins für alle unsere Brüder, für alle Arbeiter! Helft uns zur Errichtung unserer Gewerksgenossenschaft, indem ihr euren Zutritt erklärt und einen Abgeordneten zur Beratung nach Zwickau sendet.“⁷¹

Dieser erste Kongreß der deutschen Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter tagte am 23., 24. und 25. April 1870 in Zwickau.⁷² Hauptaufgabe des Kongresses war die Konstituierung der „Internationalen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter“, die als gewerkschaftliche Vereinigung alle Arbeiter des Bergbaues, der Teerschwelereien, Kokereien, Schmelzhütten, Poch-, Wasch- und Hammerwerke, Stahl- und Walzwerke, Salinen sowie die Brunnenbauer umfassen sollte. Als ihre Hauptforderung bezeichnete die Genossenschaft: Gesetzliche Regelung der Haftbarkeit der Bergwerks- und Hüttenbesitzer für den Unterhalt der bei der Arbeit verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebenen, gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Ein- und Ausfahrt der Bergleute eingerechnet, strenge Bergaufsicht, unentgeltliche Benutzung des Unterrichts an allen Berg- und Hütterschulen, Unterstützung bestehender und Errichtung neuer Produktiv-, Konsum- und anderer Genossenschaften.

Die Zwickauer Delegierten, unter ihnen Dinter, vertraten 1500 Gewerkschafter der etwa 7800 Mann zählenden Gesamtbelegschaft des Zwickauer Reviers. Jungnickel besaß das Mandat von 1500 Mitgliedern aus dem Oelsnitz-Lugauer Revier, während der Kumpel Schönherr aus Stollberg seine 100 Kameraden des Niederwürschnitzer „Christel-Schachtes“ vertrat. Demnach war der größte Teil der Belegschaft des Oelsnitz-Lugauer

⁷¹ „Volksstaat“ Nr. 28, 1870.

⁷² Vgl. die Kongreßberichte im „Volksstaat“ Nr. 35 (30. April), Nr. 40 (18. Mai), Nr. 41 (21. Mai), Nr. 42 (25. Mai), Nr. 43 (28. Mai), Nr. 44 (1. Juni), Nr. 45 (4. Juni), Nr. 46 (8. Juni), Nr. 47 (11. Juni), Jahrgang 1870, vgl. auch Otto Hué a. a. O., S. 276/277.

Reviere Mitglied der Gewerksgenossenschaft oder hatte wenigstens die Unterschrift für das Mandat Jungnickels geleistet. Die konsequente Klassenpolitik Jungnickels hatte die Masse der Bergarbeiter viel eher gewonnen als die reformistische Politik Dinters.

Jungnickel war aber nicht nur der Vertreter der Oelsnitz-Lugauer Kumpel, sondern er besaß noch die Mandate einiger sächsischer und außersächsischer Organisationen mit folgenden Mitgliederzahlen: Neundorf-Anhalt (50 Mitglieder), Ehrenfriedersdorf (42 Mitglieder), Essen (50 Mitglieder), Weisweiler (100 Mitglieder), Eschweiler (600 Mitglieder). Da deswegen die Majorität bei Beschlüssen in einer Person vereinigt war⁷³, wurden einige Mandate Jungnickels an neun bestimmte Zwickauer „Delegierte“ vergeben, was entschieden ein taktischer Fehler und ein Zurückweichen vor den Reformisten war. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Dinter, zum Stellvertreter Jungnickel gewählt.

Die Oelsnitz-Lugauer Bergarbeiter waren aber nicht nur zahlenmäßig die stärkste Gruppe, die auf dem ersten deutschen Bergarbeiterkongreß vertreten war, sondern ihr Vertreter Jungnickel brachte auch die klarsten und konsequentesten Vorschläge und Anträge ein. So führte Jungnickel im Auftrage seiner Kumpel eine harte Diskussion gegen einige Zwickauer Delegierte, die die Forderung nach der Achtstundenschicht als Programmpunkt ablehnten, und zerschlug dabei die Argumente, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auch zu einer Lohnkürzung führen müsse. Ideologische Differenzen traten außerdem bei der Frage eines gewerkschaftlichen Organs auf.

Auf dem Kongreß wurde Zwickau zum Vorort (Sitz des Vorstandes) der Internationalen Genossenschaft, Eschweiler zum Sitz der Kontrollkommission und Lugau zum Sitz der Kassenkommission gewählt. In der Aussprache hatte Dinter es fertiggebracht, den Anschein zu erwecken, als habe er den reformistischen Weg verlassen. So wurde er zum Vorsitzenden gewählt, während Jungnickel durch die Machenschaften Dinters aus dem Vorstand hinausmanövriert wurde und ihm nur die Funktion des Bezirksbevollmächtigten für das Oelsnitz-Lugauer Revier blieb.

Zum Bergarbeiterkongreß 1870 hatten auch Gruppen von Bergarbeitern aus den Revieren Freiberg, Schneeberg und dem Plauenschen Grund ihren Eintritt in die Genossenschaft in Aussicht gestellt. Die „Internationale Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter“ hatte wahrscheinlich kurz nach dem Kongreß einige tausend zahlende Mitglieder.

⁷³ „Volksstaat“ Nr. 40, vom 18. Mai 1870, S. 3.

Die erste Belastungsprobe der jungen Gewerkschaft war der Bergarbeiterstreik im Juli 1870, unmittelbar vor dem Deutsch-Französischen Krieg. Etwa 5000 bis 6000 Bergarbeiter in den Revieren Zwickau und Oelsnitz-Lugau streikten. Am 11. Juli 1870 lagen bereits alle größeren Gruben in Zwickau still.⁷⁴ Die Bergarbeiter stellten die Forderungen: Verkürzung der unmenschlich langen Schichtzeit, ausreichende Löhne, Abschaffung der übelsten Gedinge. — Die Grubenherren in Zwickau gingen sofort auf Dummenfang. Sie erklärten, erst dann in *Lohnverhandlungen zu treten*, wenn die Arbeiter wieder sechs Tage gearbeitet hätten.

In ihrem Aufruf verkündeten die Grubenherren, daß sie mit keinem Streikenden verhandeln würden, ja erst recht nicht mit Vertretern der Bergarbeitergewerkschaft. Verhandlungen stellten sie erst dann in Aussicht, wenn der Streik beendet sei und dann natürlich nur mit Vertretern der unternehmerhörigen Knappschaft.⁷⁵

Erst wollte man die Arbeiter entwaffnen und brutal unterdrücken. Der Staat erwies sich als der getreue Büttel des Kapitals. Kreisdirektoren, Gerichtsamtänner, Bürgermeister und Stadträte begannen zu überreden, zu mahnen, ja zu drohen. In den Kohlenrevieren wurde die Gendarmerie verstärkt, und der Zwickauer Garnisonkommandant stand Gewehr bei Fuß. Er hatte den Zechenherren seine „Hilfe bereitwillig zugesichert“.⁷⁶ Wenn die Streikenden binnen drei Tagen ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen hatten, drohte man sie zu entlassen.

Unter Dinters Einfluß hatte ein Teil der Belegschaften wieder die alte Forderung nach einer vereinigten Knappschaftskasse aufgestellt. Da die Grubenkapitalisten erklärten, mit Vertretern der Gewerkschaften nicht verhandeln zu wollen, sondern nur mit Knappschaftsvertretern, so war der Verdacht nicht unbegründet, daß die Grubenherren bei den Forderungen nach knappschaftlichen Vereinigungen die Hände mit im Spiele hatten, um die Bergarbeitergewerkschaft auf ein totes Gleis zu schieben. Aus den späteren Enthüllungen im „Volksstaat“ ist ersichtlich, daß Dinter im Auftrage der Grubenherren handelte, sich mit dem Aushängeschild eines Gemaßregelten versah und sich nach den vielen Jahren immer noch

⁷⁴ Siehe „Volksstaat“ Nr. 28, 1870.

⁷⁵ Stadtarchiv Zwickau E. L. 3699, Akta, die im Jahre 1870 im Zwickauer Steinkohlenrevier stattgehabte Arbeitseinstellung betreffend. Ergangen vor dem Rate zu Zwickau, 1870, V. Abt. A 1, Nr. 100.

⁷⁶ Ebenda.

als gesetzlicher Vertreter der Bergleute in den Revieren Zwickau und Oelsnitz-Lugau aufspielte.⁷⁷

Am Vortage des Streiks, am Sonntag, dem 10. Juli 1870, hatte in Neudörfel bei Zwickau eine von Dinter, dem damaligen Vorsitzenden der Internationalen Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, einberufene Versammlung getagt. Es sollte ein Streikkomitee aus Funktionären der Gewerkschaften und aus direkt gewählten Vertretern der Belegschaften gebildet werden. Dinter und 23 Vertreter der Bergarbeiter wurden am 13. Juli vor die Zwickauer Behörden geladen, wo man sie eindringlich ermahnte, auf die Folgen aufmerksam machte und ihnen vorwarf, daß es keine Art und Weise sei, gleich zu streiken. Obwohl die Arbeiter vorbrachten, sie hätten schlechte Erfahrungen gesammelt und sie trauten den Werkbesitzern nicht, erklärte doch die Dintersche Abordnung am Schluß, daß man sich die Sache überlegen wolle. In einer Versammlung des Volksvereins am 14. Juli sprach sich Dinter auf Grund der Stimmung der Arbeiter allerdings für die Weiterführung des Streiks aus. Bereits am 12. Juli hatten sich die Behörden offen auf die Seite der Grubenherren gestellt.⁷⁸

Am 15. Juli 1870 war auch im Revier Oelsnitz-Lugau der Bergarbeiterstreik ausgebrochen, zuerst beim Lugau-Niederwürschnitzer Steinkohlenbergbauverein (Karl-Schacht). Sogar auf dem Werke „Gottes Segen“, wo es angeblich die werktreuesten Bergleute geben sollte, griffen die Kumpel nach erfolglosen Verhandlungen zum Kampfmittel des Streiks.

Am 17. Juli 1870 tagten Bergarbeiterversammlungen, wobei die Achtstundenschicht und als Mindestlohn für Bergarbeiter 25 Neugroschen und für den Grubenjungen 17 Neugroschen je Schicht gefordert wurden. In einer Versammlung der Bergarbeiter in Zwickau am 18. Juli 1870 schlug Dinter den Abbruch des Streiks vor, die politische Lage sei zur Weiterführung zu ungünstig, und da die Forderungen der Kreisdirektion übergeben seien, könne man immer noch Hoffnung haben. Die Zwickauer Versammlung stimmte Dinter zu.

Infolge Kriegsausbruch und Mobilisierung der Armee war der Streik vom 19. Juli 1870 ab auch im Oelsnitz-Lugauer Revier nicht mehr zu halten. Im Bericht⁷⁹ wird angedeutet, daß der taktische Hinweis zum Streikabbruch von der ersten sächsischen Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die am 17. Juli 1870 in Chemnitz tagte,

⁷⁷ Siehe „Volksstaat“ vom 15. Oktober 1875.

⁷⁸ Stadtarchiv Zwickau, E. L. 3699.

⁷⁹ Ebenda.

gekommen sei. Das ist durchaus möglich, denn bei Kriegsausbruch war mit einem verstärkten Eingreifen der Militärbehörden zu rechnen.

Fest steht, daß bald darauf jedoch die Werktätigen des niederen Erzgebirges gemäß dem von Marx verfaßten Aufruf der I. Internationale unter Führung von Bebel und Liebknecht gegen die der deutschen Nation feindliche Politik Napoleons III. und die Fortsetzung des Krieges nach Sedan durch Bismarck protestierten.

Auf einzelnen Werken wurde jedoch bis zum 22. Juli gestreikt. Erfolge wurden kaum errungen, nur wenige Werke gewährten geringe Lohn erhöhungen. Viele Kumpel wurden entlassen und gingen ihrer knappschaftlichen Rechte verlustig.

Es ist verständlich, daß der Ausbruch des Krieges nicht nur den Streik, sondern auch die junge Bergarbeiterorganisation empfindlich treffen mußte. Die Organisation war noch nicht genügend gefestigt, und die Fäden, die eben erst geknüpft waren, zerrissen wieder. Kein Wunder, daß die Organisation nach dem Krieg erst wieder aufgebaut werden mußte. Dazu kam noch, daß Dinter, der sich den Vorsitz in der Bergarbeitergewerkschaft durch Demagogie und Regiekünste erschlichen hatte, immer wieder versuchte, die Bergarbeiter vom Klassenkampf abzulenken, ja sie sogar den Unternehmern zu unterwerfen. Schon 1869 kritisierte Friedrich Engels, wie wir gesehen haben, daß Dinter die Knappschaftsvereine „mit Erlaubnis des Kapitals“ reformieren und sie nicht als selbständige Klassenkampforgane der Bergarbeiter aufbauen wollte. Die Kritik von Engels berührte jedoch Dinter wenig. Obwohl er von den Bergarbeitern im August 1869 zum Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach delegiert war, verschmähte er es, den Bergarbeitern darüber zu berichten. Ja, er verbot den Bergarbeitern geradezu, den „Volksstaat“, das Organ der marxistischen Richtung in der Arbeiterbewegung, zu abonnieren. Bewußt isolierte er sich von der Partei, die das deutsche Proletariat führte. Bewußt sperrte er sich gegen die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus und darum auch gegen die Ratschläge von Marx und Engels. Er wurde immer mehr zum Feind der Bergarbeiter und der selbständigen Bergarbeiterbewegung. Anlässlich des Streiks der Waldenburger Bergarbeiter im Dezember 1869, des ersten großen deutschen Bergarbeiterstreiks, veranstalteten die Kumpel von Oelsnitz, Lugau und Zwickau eine Geldsammlung. Dinter sabotierte diese Aktion, indem er das Geld zurückbehielt, um es zur Gründung einer eigenen, vom „Volksstaat“ unabhängigen Zeitung zu verwenden.⁸⁰ Die Machenschaften Dinters

⁸⁰ „Volksstaat“ Nr. 16, 23. Februar 1870.

zwangen den „Volksstaat“ im Jahre 1875, endgültig mit ihm abzurechnen. Dabei rief der „Volksstaat“ den Bergarbeitern zu: „Seid auf der Wacht, der Feind steht in eurem eigenen Lager!“⁸¹

Während seit dem von Marx und Engels verfaßten Bericht der I. Internationale über die Lage der sächsischen Bergarbeiter die klassenbewußten Bergarbeiter den Grundsatz der „Loslösung der Knappschaftskasse von dem Einfluß und der Teilnahme der Werkbesitzer“, also die „vollste Selbstverwaltung“ der Arbeiterkassen proklamiert hatten, wagte es Dinter, 1875 mit Statutenentwürfen, die an Arbeiterfeindlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig ließen, vor die Bergarbeiter zu treten. Hier hatte nicht mehr ein vielleicht noch irrender Arbeitervertreter die Feder geführt, sondern ein Söldling der Kapitalisten. Das Tollste, was sich Dinter in seinem Knappschaftskassenentwurf an arbeiterfeindlichen Vorschlägen leistete, war die Bestimmung, daß der Vorsitzende und Schriftführer des Knappschaftsausschusses stets aus der Mitte der Werkbesitzer zu wählen seien. Der Opportunist Dinter der sechziger Jahre war jetzt zum offenen Verräter an der Sache des Proletariats geworden.

Die Bergarbeiterbewegung, aufgeklärt durch die richtungsweisenden Berichte von Karl Marx und Friedrich Engels, aufgeklärt durch die Wachsamkeit der marxistischen Partei in Deutschland selbst, stieß Dinter aus ihren Reihen aus. Niemand unter den klassenbewußten Arbeitern dachte daran, diesen Fahnenflüchtigen, wie ihn der „Volksstaat“ nannte, in Schutz zu nehmen. Klassenbewußte Arbeiter konnten ihn eben nicht in Schutz nehmen. In trauer Seelenverwandtschaft geschah das später lediglich durch den opportunistischen Bergarbeiterführer Otto Hué.

Dinter war ein Musterbeispiel dafür, wie ein Arbeiterführer unweigerlich zum Arbeiterverräter werden mußte, weil er, entgegen der wissenschaftlichen Lehre vom Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, hartnäckig den Weg der Klassenversöhnung beschritt und sich von der Partei des Proletariats, der in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, entfernte.

Umgekehrt wurden die Bergarbeiterführer in Oelsnitz-Lugau die treibende und führende Kraft in der sächsischen Bergarbeiterbewegung, weil sie die entschiedensten Verfechter der Eisenacher und damit der marxistischen Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung, die unversöhnlichen Gegner der Theorie von der Klassenversöhnung waren.

So bedeutsam das Wirken der beiden Arbeiterführer August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Kohlenrevier auch war, so gewaltig ihr Verdienst

⁸¹ „Volksstaat“ Nr. 114, 15. August 1875.

ist, den Bergarbeitern den ersten Impuls gegeben zu haben — die andere Seite der Wechselwirkung ist ebenso wichtig: Bebel und Liebknecht wurden von den Oelsnitz-Lugauer Kumpeln revolutionär erzogen. Die Bergarbeiter sahen zuweilen klarer, sie hatten ungeduldig zur Internationale und damit zur organisatorischen Trennung von der kleinbürgerlichen Demokratie, das heißt der sächsischen Volkspartei gedrängt. Es besteht kein Zweifel, daß die Kumpel von Oelsnitz-Lugau zu den aktivsten Elementen der deutschen Arbeiterklasse der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zählten.

Ihr bewunderungswürdiger Mut, ihr — trotz unmenschlicher Knechtung und tiefster Erniedrigung — stolzes Klassenbewußtsein war ein Teil der Kraft, die die marxistische Partei von Eisenach trug.

Die Kumpel ruhten nie auf ihren Lorbeeren aus. Das Revier Oelsnitz-Lugau blieb das revolutionäre Zentrum der sächsischen Bergarbeiter. Die Kumpel setzten die revolutionären Traditionen in den harten Streik-kämpfen der Jahre 1889, 1900, 1906 und 1912, in der Novemberrevolution und während der revolutionären Nachkriegsjahre fort. Sie kämpften unter dem Sozialistengesetz ebenso illegal wie unter dem Hitlerfaschismus. Sie blieben standhaft und wachsam gegen alle Provokateure, Verräter und Agenten, gleich welcher Schattierung. Diese revolutionäre Tradition ist heute lebendiger denn je! Auf den Fördertürmen flattern die roten Fahnen und leuchten abends die roten Sterne, die stolz von der Planerfüllung künden. Sie leuchten weit in das Kohlenrevier, in das Land der Arbeiter und Bauern. Überall erinnern Bilder und Losungen an Karl Marx, sein Vermächtnis zu erfüllen, das den Kumpeln unendlich teuer ist. Das Karl-Marx-Jahr 1953 beendeten die Bergarbeiter der sächsischen Reviere mit heroischen Arbeitsleistungen. In optimistischer Kampf Stimmung holten die Kumpel die Planrückstände auf und erfüllten allen störenden Faktoren zum Trotz die Planaufgabe. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht der Deutschen Demokratischen Republik hat in den Kumpeln von Oelsnitz-Lugau eine feste, zuverlässige Stütze. Der alte Bergmannsgruß „Glück auf!“ klingt jeden Tag tausendfach, seit 1945 selbstbewußt, hoffnungsvoll und sieghaft, durchs Revier.

III ANHANG

Friedrich Engels

Bericht über die Knappschaftsvereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens

Die erste beste *Lohnordnung*, zum Beispiel die der Niederwürschnitzer Kompanie, zeigt uns die allgemeine Lage der Bergarbeiter in den Kohlenwerken des Erzgebirges. Der Wochenlohn beträgt für erwachsene Bergarbeiter 2 Taler bis 3 Taler 12 Silbergroschen 6 Pfennig, für Jungarbeiter 1 Taler 10 Silbergroschen bis 1 Taler 20 Silbergroschen. Der Wochenlohn des Durchschnittsbergarbeiters beträgt ungefähr 2 Taler 20 Silbergroschen. Auf Verlangen müssen sich die Arbeiter zu Stücklohn verdingen. Daß der Stücklohn den gewöhnlichen Taglohn kaum übersteigen kann, dafür sorgt die *Lohnordnung*. Jeder Arbeiter muß nämlich seine Kündigungsfrist monatlich geben, und zwar am ersten Tag jeden Monats. Weigert er sich also, unter den angebotenen Bedingungen auf Stücklohn zu arbeiten, so wird er dazu *gezwungen*, wenigstens für 4 bis 8 Wochen. Es ist einfach lächerlich, unter solchen Umständen von Regelung des Stücklohns durch wechselseitige Übereinkunft zu schwatzen, von freiem Kontrakt zwischen Arbeiter und Kapitalist!

Die Löhne werden in zwei Stücken gezahlt, am 22. des Monats eine Abschlagssumme, am 8. des folgenden Monats der Lohnrest des verflossenen Monats. Der Kapitalist behält also seinen Arbeitern den *geschuldeten* Lohn im Durchschnitt für drei volle Wochen vor — eine herrschaftliche Zwangsanleihe, umso wohltuender, als Geld damit gemacht, aber kein Zins dafür gezahlt wird. — Die Ablösungen der Leute sind in der Regel zwölfstündig, und die oben angegebenen Wochenlöhne gelten für 6 zwölfstündige Tage. Der zwölfstündige Arbeitstag enthält zwei Stunden (zwei halbe Stunden und eine ganze Stunde) für Mahlzeiten, oder sogenannte *Aufsetzzeit*. Bei dringender Arbeit sind die Ablösungen achtstündig (das heißt 3 Ablösungen in 48 Stunden per Mann) mit *einer halben Stunde* Mahlzeit — und sogar sechsstündig. In letzterem Fall wird „gar keine *Aufsetzzeit* gestattet“.

Das Vorstehende liefert bereits ein trübes Bild von der Lage dieser Bergarbeiter. Zum Verständnis ihrer leibeigenschaftlichen Zustände bedarf es jedoch einer Durchmusterung der *Statuten der Knappschaftsvereine*. Nehmen wir diese Statuten für die Kohlenwerke I. des hohen und mächtigen *Prinzen Schönburg*, II. der *Niederwürschnitzer* Kompanie, III. der *Niederwürschnitz-Kirchberger* Kompanie und IV. der *Vereinigten Lugauer* Kompanien.

Die Einnahmen der Knappschaftsvereine bestehen 1. aus den Eintrittsgeldern und Beiträgen der Arbeiter, Strafgeldern, nicht reklamierten Löhnen usw. und 2. aus den Beiträgen der Kapitalisten. Die Arbeiter zahlen 3 oder 4 Prozent von ihren Löhnen, die Meister zahlen in I. 7 Groschen 5 Pfennig monatlich für jeden Beitrag zahlenden Bergarbeiter, in II. 1 Pfennig von jedem Scheffel verkaufter Kohle, in III. als erste Anlage und zur Begründung der Knappschaftskasse 500 Taler, im übrigen dieselben Beiträge wie die Arbeiter, endlich in IV., wie sub II., aber mit einem Begründungseinschuß von 100 Taler für jede der vereinigten Kompanien.

Überheimelt uns hier nicht ein Stück freundlicher Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? Wer wagt da noch, von einem Gegensatz ihrer Interessen zu faseln? Aber, wie der große deutsche Denker Hansemann gesagt hat, in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Es fragt sich also: Was kostet dem Arbeiter die Großmut der „hohen Werkseigentümer“? Sehen wir zu.

Die Kapitalherrschaft tragen in einem Fall (III.) so viel bei wie die Arbeiter, in allen andern beträchtlich weniger. Dafür verlangen sie folgende Rechte, *was das Eigentum an der Knappschaftskasse* betrifft:

I. „An der Knappschaftskasse steht den Knappschaftsmitgliedern *ein Eigentumsrecht nicht zu*; auch können dieselben ein Mehreres als die Gewährungen, worauf sie eintretendenfalls den Statuten gemäß Anspruch erlangen, aus der Kasse nicht begehren, insonderheit *nicht auf Teilung derselben und der Bestände antragen*, selbst dann nicht, im Fall der Betrieb des einen oder anderen Werkes aufhören sollte. Sollte der Betrieb Fürstlich-Schönburgscher Steinkohlenwerke in Oelsnitz ganz aufhören“, so — nach Abfindung vorhandener Ansprüche — *„steht wegen des übrigen dem fürstlichen Werkbesitzer die Verfügung zu.“*

II. „Sollte der Fall eintreten, daß der Niederwürschnitzer Steinkohlenbau-Verein sich auflöste, so muß auch der Knappschaftskassenverband gleichzeitig mit zur Auflösung gebracht werden. Über den dann noch ver-

bleibenden Bestand *steht dem Direktorium die Verfügung zu*. Die Mitglieder der Knappschaft haben *kein Eigentumsrecht an der Knappschaftskasse.*“ — p. III. wie sub. II.

IV. „Die Knappschaftskasse wird als ein *unveräußerliches Eigentum* der jetzt lebenden und künftig noch eintretenden Mitglieder des Vereins betrachtet . . . Nur wenn der unerwartete Fall eintreten sollte, daß die Auflösung sämtlicher beteiligter Steinkohlenbau-Vereine vor sich ginge und daher auch der Knappschaftsverband seiner Auflösung entgegenzuführen wäre“ — nun, in diesem unerwarteten Fall erwartet man, daß die Arbeiter den etwa vorhandenen Überschuß unter sich teilen werden. Beileibe nicht! In diesem Fall „haben die Direktoren der zuletzt sich auflösenden Vereine der *Königl. Kreisdirektion* Vorschläge einzureichen. Die letztgenannte Behörde aber hat über jene Verwendung zu *entscheiden.*“

In anderen Worten: Die Arbeiter zahlen den größten Teil der Beiträge zur Knappschaftskasse, aber die *Kapitalisten maßen sich das Eigentum dieser Kasse an*. Die Kapitalisten scheinen ihren Arbeitern ein Geschenk zu machen. In der Tat werden die Arbeiter zu einem Geschenk an ihre Kapitalisten gezwungen. Diesen fällt mit dem Eigentumsrecht von selbst auch die Kontrolle über die Kasse zu.

Vorsteher des Kassenvorstands ist der Geschäftsführer des Kohlenwerks. Er hat die Hauptverwaltung der Kasse, entscheidet in allen zweifelhaften Fällen, bestimmt die Höhe der Geldstrafen usw. Ihm auf dem Fuß folgt der *Knappschaftsschreiber*, der zugleich der Kassierer ist. Er wird entweder von dem Kapitalisten erwählt oder bedarf dessen Bestätigung, wenn er von den Arbeitern ernannt wird. Dann kommen die gewöhnlichen *Mitglieder des Vorstands*. Sie werden im allgemeinen von den Arbeitern gewählt, aber in einem Falle (III.) ernennt der Kapitalist drei dieser Vorstandsmitglieder. Was es überhaupt mit dem Vorstand auf sich hat, zeigt die Bestimmung, daß „er mindestens *einmal im Jahre eine Sitzung halten*“ soll. Tatsächlich gebietet der Vorsteher. Die Vorstandsmitglieder dienen ihm als Handlanger.

Dieser Herr Vorsteher, das heißt der Geschäftsführer des Werks, ist auch sonst ein mächtiger Herr. Er kann die Prüfungszeit neuer Mitglieder abkürzen, Extraunterstützungen verleihen, sogar Arbeiter (III.), deren Ruf ihm anstößig dünkt, verjagen, stets aber an den Kapitalherren appellieren, dessen Entscheidung *in allen Anliegenheiten der Knappschaft* schlußgültig ist. So können Prinz Schönburg und die Direktoren, deren Aktiengesellschaften die Vereinsstatuten ändern, die Arbeiterbeiträge erhöhen, Krankenunterstützungen und Pensionen schmälern.

Ansprüche auf die Kasse mit neuen Hindernissen und Formalitäten umgeben, kurz *alles, was ihnen beliebt, mit dem Geld der Arbeiter tun*, unter dem einzigen Vorbehalt der Bestätigung von Regierungsbehörden, welche bisher niemals gezeigt haben, daß sie die Lage und Bedürfnisse der Arbeiter auch nur kennen lernen *wollen*. In den Kohlenwerken III. behalten sich die Direktoren sogar vor, jeden Arbeiter aus der Knappschaft zu verjagen, der von ihnen *gerichtlich* verfolgt, aber — *freigesprochen wurde!*

Und für welche Vorteile unterwerfen die Bergarbeiter ihre eigenen Angelegenheiten so blindlings dem fremden Machtgebot? Hören wir!

1. In *Krankheitsfällen* erhalten sie ärztliche Behandlung und eine wöchentliche Unterstützung, in den Kohlenwerken I. zum Drittel ihres Lohnes, in III. zur Hälfte des Lohnes, in II. und IV. zur Hälfte, resp. $\frac{2}{3}$ und $\frac{3}{4}$ des Lohnes, wenn die Krankheit durch Unfälle während der Arbeit verschuldet ist. 2. *Invaliden* erhalten eine Pension, je nach der Dauer des Dienstalters, also auch ihrer Beiträge zur Knappschaftskasse, von $\frac{1}{20}$ bis $\frac{1}{2}$ der letztverdienten Löhne. 3. Bei dem *Todesfall* eines Mitglieds erhält seine Witwe eine Unterstützung von $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{3}$ der Pension, wozu ihr Ehemann berechtigt war und ein winziges wöchentliches Almosen für jedes Kind. 4. *Begräbnisgelder* bei Todesfällen in der Familie.

Der erlauchte Prinz und die erleuchteten Kapitalisten, welche diese Statuten entwarfen, und die väterliche Regierung, welche sie bestätigte, schulden der Welt die Lösung einer Aufgabe: Wenn ein Bergarbeiter bei dem vollen Durchschnittslohn von $2\frac{2}{3}$ Taler per Woche halb verhungert, wie kann er leben mit einer Pension von zum Beispiel $\frac{1}{20}$ dieses Lohnes, sage 4 Silbergroschen per Woche? Die zarte Rücksicht der Statuten für das Kapitalinteresse leuchtet hell aus der Behandlung der Minenunfälle. Mit Ausnahme der Werke II. und IV. wird keine Extraunterstützung gewährt, wenn Krankheit oder Tod durch Unfälle „im Dienst“ verursacht wird. *In keinem einzigen Fall wird die Pension erhöht, wenn die Invalidität Folge von Minenunfällen ist.* Der Grund ist sehr einfach. Dieser Posten würde die Kassenausgabe bedenklich schwellen und sehr bald dem blödesten Auge die Natur der kapitalherrlichen *Geschenke* verraten.

Die von den sächsischen Kapitalisten oktroyierten Statuten unterscheiden sich von Louis Bonapartes oktroyierter Konstitution dadurch, daß die letztere stets noch auf den krönenden Abschluß harrt, während die ersteren ihn bereits besitzen, und zwar in folgendem, allen gemeinsamen Artikel:

„Jeder Arbeiter, der die Dienste des Vereins, sei es freiwillig, sei es gezwungen, verläßt, tritt dadurch aus der Knappschaft aus und verliert alle Rechte und Ansprüche sowohl an die Kasse derselben, als an das von ihm selbst eingezahlte Geld.“

Also ein Mann, der 30 Jahre in einem Kohlenwerke gearbeitet und zur Knappschaftskasse beigesteuert hat, verliert alle, so teuer erkauften Pensionsansprüche, sobald ihn der Kapitalist zu *entlassen beliebt*. Dieser Artikel verwandelt den Lohnarbeiter in einen Leibeigenen — bindet ihn an die Scholle, setzt ihn widerstandslos der schändlichsten Mißhandlung aus. Wenn er kein Liebhaber von Fußtritten ist, wenn er sich wehrt gegen Herabdrückung des Lohnes auf den Hungerpunkt, wenn er willkürliche Geldstrafen zu zahlen sich weigert, wenn er gar auf amtliche Prüfung der Maße und Gewichte dringt — er erhält stets dieselbe eintönige Antwort: Pack dich, aber deine Kassenbeiträge und deine Kassenansprüche gehen nicht mit auf die Reise!

Es scheint paradox, von Leuten in so verworfener Lage männliche Unabhängigkeit und Selbstachtung zu erwarten. Dennoch zählen diese Bergarbeiter, zu ihrer Ehre sei es gesagt, unter den Vorkämpfern der deutschen Arbeiterklasse. Ihre Meister beginnen daher eine gewisse Unruhe zu fühlen, trotz des ungeheuren Halts, den ihnen die jetzige Organisation der Knappschaftsvereine bietet. Das jüngste und gemeinste ihrer Statuten (III., es datiert von 1862) enthält folgenden grotesken Vorbehalt gegen Strikes und Kombination: „Jedes Knappschaftsmitglied *hat mit dem ihm nach der Lohnordnung zufallenden Lohne stets zufrieden zu sein*, zu gemeinschaftlichen, die Erzwingung einer Erhöhung seines Einkommens bezweckenden Handlungen sich niemals herzugeben, geschweige dergleichen durch Verführung seiner Kameraden zu veranlassen.“ — Warum haben die Lykurge des *Niederwürschnitz-Kirchberger* Steinkohlen-Aktienvereins, die Herren *B. Krüger*, *F. W. Schwamkrug* und *F. W. Richter*, nicht auch zu beschließen geruht, daß von nun an jeder *Kohlenkäufer* mit ihren höchstgehändig festgesetzten *Kohlenpreisen* „*stets zufrieden zu sein hat*“? Dies schlägt denn doch den „beschränkten Untertanenverstand“ des Herrn von Rochow.

Infolge der Agitation unter den Bergarbeitern ist neulich ein *provisorischer Statutenentwurf* zur Vereinigung von Knappschaften aller sächsischen Kohlenwerke veröffentlicht worden (Zwickau, 1869). Er ist das Werk eines Arbeiterkomitees unter dem Vorsitz des Herrn *J. G. Dinter*. Die Hauptpunkte sind: 1. Alle Knappschaften sind in eine gemeinsame Knappschaft zu vereinen. 2. Mitglieder bewahren ihre Ansprüche,

solange sie in Deutschland wohnen und ihre Beiträge zahlen. 3. Eine Generalversammlung aller erwachsenen Mitglieder bildet die höchste Autorität. Sie ernennt einen vollziehenden Ausschuß usw. 4. Die Beiträge der Meister zur Knappschaftskasse sollen die Hälfte der von ihren Arbeitern gezahlten Beiträge erreichen.

Dieser Entwurf drückt keineswegs die Ansicht der intelligentesten sächsischen Bergarbeiter aus. Er stammt vielmehr von einer Sektion, welche reformieren möchte mit Erlaubnis des Kapitals. Er trägt den Stempel des Unpraktischen auf der Stirn. Welche naive Unterstellung, in der Tat, daß die Kapitalisten, bisher unbeschränkte Herrscher über die Knappschaftsvereine, ihre Gewalt an eine demokratische Generalversammlung von Arbeitern abtreten und trotzdem Beiträge zahlen werden!

Das *Grundübel* besteht gerade darin, daß *die Kapitalisten überhaupt beitragen*. Solange dies dauert, ist ihnen die Leitung der Knappschaftskasse und des Knappschaftsvereins nicht zu entziehen. Um wirkliche Arbeitergesellschaften zu sein, müssen die Knappschaftsvereine ausschließlich auf Arbeiterbeiträgen beruhen. So nur können sie sich in Trades-Unions verwandeln, welche individuelle Arbeiter vor der Willkür individueller Meister schützen. Die unbedeutenden und zweideutigen Vorteile, welche die Kapitalistenbeiträge bieten, können sie je den Zustand der Leibeigenschaft aufwiegen, wozu sie den Arbeiter zurückdrängen? Mögen die sächsischen Bergleute stets bedenken: — was er immer zur Knappschaftskasse zahle, der Kapitalist *erspart ebenso viel und mehr am Arbeitslohn*. Gesellschaften dieser Art haben die eigentümliche Wirkung, *das Gesetz der Nachfrage und Zufuhr zum ausschließlichen Vorteil des Kapitalisten zu suspendieren*. In anderen Worten: durch den ungewöhnlichen Halt, den sie dem Kapital auf individuelle Arbeiter geben, drücken sie die Löhne selbst *unter* ihre gewöhnliche Durchschnittshöhe herab.

Aber sollen die Arbeiter denn die existierenden Kassen — versteht sich nach Abfindung erworbener Rechte — den Kapitalisten schenken? Diese Frage kann nur *gerichtlich* gelöst werden. Trotz *königlich-obrigkeitlicher Bestätigung* schlagen gewisse Artikel der Statuten den allgemein gültigen Prinzipien über Verträge ins Gesicht. Unter allen Umständen jedoch bleibt die Scheidung des Geldes der Arbeiter vom Geld der Kapitalisten die unerläßliche Vorbedingung zu jeder Reform der Knappschaftsvereine. Die Beiträge der sächsischen Kohlenwerkbesitzer zu den Knappschaftskassen enthalten das unfreiwillige Eingeständnis, daß das Kapital bis zu einem gewissen Punkt haftbar ist für die Unfälle, die den Lohnarbeiter

während seiner Arbeitsfunktion, in der Arbeitsstätte, an Leib oder Leben gefährden. Statt aber, wie es jetzt geschieht, diese Haftbarkeit zum Vorwand eines erweiterten Kapitaldespotismus machen zu lassen, geziemt es den Arbeitern, für *die gesetzliche Regelung der Haftbarkeit* zu agitieren.

Nach: „Social-Demokrat“ Nr. 33
vom 17. März 1869.

Marx, Engels, Lenin, Stalin:
„Zur deutschen Geschichte“,
Bd. II; 1. Halbband (19. Jahrh.),
Dietz Verlag, Berlin 1954,
Seite 860 bis 866.

Aus dem Briefwechsel
von Marx und Engels über die Lugauer Bergarbeiter

Marx-Engels — 13. Februar 1869 —

Dear Fred,

Thanks¹ für die „Zukünfte“.

Einliegend Brief von Lugau und anliegend Statuten etc. der Leute. Da ich in diesem Augenblick sehr mit meinem Buch beschäftigt bin, in der Tat nach mehrwöchentlicher Schnupfenfieberunterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen habe, so wäre es sehr gut — falls Deine Zeit nicht ebenfalls absorbiert ist —, wenn Du mir einen kurzen Bericht (womöglich englisch, zur Mitteilung an den General Council² über beiliegende Dokumente abstatten könntest. Diese braven Lugauer Minenarbeiter sind die ersten in Deutschland, die direkt mit uns in Verbindung treten, und wir müssen öffentlich für sie auftreten. Salut.

Dein K. M.

Du schickst mir das Zeug zurück, sobald Du es nicht mehr brauchst.

¹ Dank ² Generalrat

Engels-Marx — 17. Februar 1869 —

Lieber Mohr,

Den Bericht mach ich Dir ready¹ für nächsten Dienstag, obwohl ich nicht weiß, worauf es Euch hauptsächlich ankommt. Brief aus Lugau einliegend . . .

¹ fertig

Engels-Marx — 21. Februar 1869 —

Lieber Mohr,

Schönen Dank für die Pfeife, die heute abend gleich probiert wird. Hierbei der Bericht. Die Sachen selbst schick ich dir morgen zurück. Diese aus dem Mittelalter überkommenen Knappschaften — der mittelalterliche Humbug klebt ihnen noch an in den „Einkleidungs- und Parade-

dienstordnungen, Bergfesten und Kirchenparaden“ — galten in allen deutschen Bergwerken.

Da Liebknechts Blättchen doch der Moniteur dieser Lugauer ist, so könntest Du den Bericht, nachdem Du ihn verlesen, an Wilh(elm) zur Übersetzung schicken, mußt aber ausdrücklich zur Bedingung machen, daß er auf nicht mehr als zwei No. verteilt wird. Sonst hat es ja gar keinen Zweck. Das Original kann er Dir, wenn Du es wieder brauchst, zurückschicken . . .

Marx-Engels — 24. Februar 1869 —

Dear Fred,

Best thanks¹ für den Report². Er ist durchsichtig klar. Ich habe nichts geändert, außer Wegstreichung des Schlußsatzes (oder vielmehr einiger Worte darin). Gestern verlesen im Zentralrat. Adoptiert. Wird erst an Times geschickt (oder vielmehr durch Eccarius hinggebracht). Wenn die es nicht nimmt, an Daily News. Dann wird der englische Zeitungsausschnitt an Zukunft, Socialdemokrat und Wilhelm geschickt. Die Genugtuung der Lugauer poor devils³, in der englischen Presse zu figurieren, wird groß sein. . . .

¹ Besten Dank ² Bericht ³ armen Teufel

Marx-Engels — 2. März 1869 —

Dear Fred,

Du mußt mir entweder das Büchelchen von Lugau schicken — oder, noch besser, in Deutsch die Paragraphen der Statuten, die Du zitierst. Ich werde selbst die Sache übersetzen, da ich den Wilhelm nicht kompetent halte und ihm allein auch nicht die Sache einhändigen will.

Dein K. M.

Engels-Marx — 3. März 1869 —

. . . Die Lugauer Geschichten gehn per Book Post¹ heute zurück. Da ich selbst nicht mehr weiß, welche Stellen ich zitiert, kann ich sie Dir auch nicht angeben, es liegt aber eine Art Index bei den Broschüren, die ich mir gemacht und woraus Du vielleicht wirst sehen können, wo sie stehn müssen. . . .

¹ Buchpost

Die Briefe wurden mit freundlicher Genehmigung des Verlages entnommen aus Marx-Engels Briefwechsel, Band IV, Dietz Verlag, Berlin 1950, Seite 185 bis 187 und 193.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
I. Prof. Dr. Ernst Engelberg	
Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, und die sächsi- schen Bergarbeiter	7
II. Horst Rößler / Eberhard Wächtler	
Zur Geschichte des Bergbaues und der Arbeiter- bewegung im Steinkohlenrevier von Oelsnitz/E.- Lugau von 1844 bis 1870	29
Die Anfänge des Steinkohlenabbaus im Revier Oelsnitz-Lugau	32
Die Entwicklung des Kapitalismus im Steinkohlen- bergbau nach der bürgerlich-demokratischen Revo- lution von 1848/49	36
Die Arbeit der Bergleute	43
Utopie und Mystizismus	47
Die erste Tätigkeit August Bebels und Wilhelm Liebknechts im Kohlenrevier	51
Die Krisenjahre 1866/1867	52
Verschärfung der Ausbeutung und Massenunfälle Die Knappschaftskasse — ein Werkzeug der Kapita- listen zur Unterdrückung der Bergarbeiter	66
Im Kampf um selbständige Klassenkampforganisa- tionen der Bergarbeiter — Die Hilfe durch Karl Marx und Friedrich Engels	70
Der Bergarbeiter-Kongreß 1870	79
Der erste Massenstreik im Bergbau 1870	82
III. Anhang	
Friedrich Engels: Bericht über die Knappschafts- vereine der Bergarbeiter in den Kohlenwerken Sachsens	87
Aus dem Briefwechsel von Marx und Engels über die Lugauer Bergarbeiter	94



DM 2,60

Universitätsbibliothek Chemnitz



* S1:425931 *